

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sorge um die Deutschen

Von August Graf Kageneck

Für manche deutschen Ohren mag es verblüffend geklungen haben, mit welcher Entschiedenheit sich der Gaullistenchef Jacques Chirac auf deutschem Boden, in Berlin zumal, für die Wiedervereinigung der Deutschen einsetzte. Galt es nicht seit eh und je für ausgemacht, daß kein europäisches Land die deutsche Wiedervereinigung akzeptieren würde, weil ein Gesamtdeutschland den Frieden bedrohen – oder jedenfalls seine Nachbarn politisch und wirtschaftlich erdrücken – würde? Galt nicht gerade Charles de Gaulle, Chiracs großes Vorbild, als der französische Superspatriot, der ein zerschlagenes Deutschland lieber sah als ein ganzes?

Wer diese Märchen erzählte, der kannte entweder de Gaulles Aussagen nicht – oder er verfälschte sie bewußt. Der General hat in der deutschen Frage nie etwas anderes als das „natürliche Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung“ vertreten. Und zwar auf eine Wiedervereinigung in Freiheit. De Gaulle war viel zu sehr Realist – und viel zu sehr Patriot – als daß er jemals geglaubt hätte, eine große Nation werde sich mit ihrer Teilung abfinden.

Und er war viel zu sehr Realist, als daß ihm nicht die Gefahr eines Deutschland vor Augen geschwebt hätte, das nicht in Freiheit seine nationale Selbstbestimmung durchsetzen könnte und deshalb einer Wiedervereinigung unter sowjetischen Auspizien nachliefe – oder ihr zum Opfer fiel. Die Vorstellung von wieder einmal achtzig Millionen Deutschen unter dem Banner einer Welteroberung, diesmal der sowjetischen, war ein Cauchemar für ihn. Die Tatsache, daß auf Deutschlands Straßen wieder marschiert wird, zwar nicht in Stiefeln, sondern in Turnschuhen, dafür aber in einer Richtung, die wieder den Welteroberern Hoffnung macht, hätte ihn entsetzt – und entsetzt viele Franzosen heute.

Wie ernst Chirac die Lage in der Bundesrepublik einschätzt, beweisen seine Äußerungen über eine deutsche Beteiligung an der nuklearen Verteidigung Europas. Er hat sie zwar in dieser Form dementiert, aber was immer er dazu gesagt hat, es war etwas, was noch vor kurzem für alle Franzosen undenkbar war. Die Sorge um eine festere Einbindung der Deutschen in die Sache der Freiheit steht dahinter.

Erpressung, dann Mord

Von Heinz Barth

Vor genau einem Jahr errang der Sozialismus in Spanien seinen größten Wahlsieg seit der Zeit vor dem spanischen Bürgerkrieg. Aber die Hoffnung, sein weitherziges Verständnis für Dezentralisierung und den Ausbau der längst etablierten Autonomie würden zu einer allgemeinen Entspannung des politischen Klimas beitragen, hat sich bisher nicht erfüllt.

Die ETA hat ihr immenses Schuldkonto mit dem brutalen Geiselmord an einem Hauptmann der Sanitätstruppen beladen, den sie vor zwei Wochen in ihre Gewalt gebracht hatte. Mit der Drohung, ihn zu töten, erzwang sie die Veröffentlichung ihrer spanienfeindlichen Kommuniqués durch die baskische Presse, die sich – mit einer einzigen Ausnahme – dieser Erpressung beugte. Das staatliche Fernsehen versprach gleichfalls die Verlesung der Separatisten-Prosa der „ETA-Militär 8. Versammlung“, allerdings mit der Einschränkung, die Antennen erst nach der Freilassung des Entführten für das Terroristen-Kommuniqué zu öffnen.

Dennoch fand man den Sanitätschef jetzt mit zwei Kugeln im Kopf in den baskischen Bergen. Tags zuvor hatte die Terror-Mafia am anderen Ende Spaniens, im andalusischen Puerto de Santa Maria, den Gefängnisarzt mit der Begründung erschossen, alle Beamten von Strafanstalten, in denen Terroristen einsitzen, seien als „militärische Objekte“ zu betrachten.

Daß die Mehrheit der Basken nichts mit dem absurden Krieg zu tun haben will, den die Separatisten gegen die spanische Demokratie führen, ändert nichts an der Lage. Die Wurzeln des Terrorismus sitzen tief in der Bürgerkriegsära der Vergangenheit, als der iberische Anarchismus mit aktiver kommunistischer Unterstützung die Halbinsel in eine Föderation linksradikaler Republiken aufzuspalten suchte. Dieser Krieg ist noch lange nicht zu Ende. Die fortschreitende Radikalisierung, die den europäischen Sozialismus in vielen anderen Ländern erzwang, macht nicht halt vor der gemäßigten sozialistischen Regierung Spaniens. Sie muß sich entschließen, härter durchzugreifen.

Erfahrungen aus Melos

Von Peter R. Hofstätter

Er könne sich „vielleicht dazu bringen, überzeugt und überzeugend zu bekennen, daß es in der Tat nichts Wichtiges gibt, als den Krieg zu verhindern, selbst wenn der Friede die Freiheit kostet“, hat der Reform-Pädagoge Hartmut von Hentig (Jahrgang 1925) unter dem Stichwort „Heißer Herbst“ in einer Wochenzeitung erklärt. „Leben wir weiter“, meinte er, „und haben wir nicht vergessen, was Freiheit ist, können wir sie zurückgewinnen.“

Wie es auch immer um das Zurückgewinnen der Freiheit stehen mag – in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn hat man damit offenbar Schwierigkeiten –, bleibt doch zunächst die Frage, wer uns eigentlich, wenn wir hilflos sind, das Weiterleben garantiert. Nach dem Sieg der Kommunisten in Rußland, China, Vietnam und Kambodscha waren die Chancen für Millionen – namentlich für Intellektuelle – miserabel; auch an Katyn wäre zu denken.

Da Herr von Hentig Althilologe ist, kann man ihn an das Gespräch erinnern, das Thukydides im 17. Jahr des Peloponnesischen Krieges aufgezeichnet hat: Im Sommer des Jahres 416 v. Chr. lagen die Athener mit ihrer Kriegsflotte vor der Kykladen-Insel Melos. Sie forderten die Stadt mit der Begründung zur Übergabe auf, daß – wie jedermann wisse – „im zwischenmenschlichen Verhältnis das Recht nur bei Gleichheit der Kräfte gilt, daß aber der Stärkere durchsetzt, was ihm möglich ist, und der Schwächere dies hinnimmt“. Die Melier sollten sich gefälligst daran halten, „denn so würden wir ohne Mühe eure Herren, und ihr bliebet zum beiderseitigen Nutzen heil“ (V, 91).

Darauf boten die Melier einen Neutralitätsvertrag an – „euch freund und keiner Partei feind zu sein“. Die Athener aber bauten eine Mauer um die Stadt, und als die vom Hunger bedrohten Einwohner im Winter auszubringen versuchten, nahmen sie die Stadt ein; alle erwachsenen Männer wurden getötet, die Frauen und Kinder aber in die Sklaverei verschleppt.

Die Weltgeschichte ist seither nicht müde geworden, die Maxime zu bestätigen, daß ein Volk sich auf das Recht „nur bei Gleichheit der Kräfte“ verlassen kann. Jahrhundertlang haben das Staatsmänner aus dem Thukydides gelernt; wer es ihm nicht geglaubt hat, hat es an eigenem Leib erfahren.



Arbeiten am Fundament

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Katalysator als Beispiel

Von Holger Bonus

Umweltschutz und Wirtschaftswachstum scheinen sich auf den ersten Blick schlecht zu vertragen. Denn Staubfilter und Entschwefelungsanlagen sind aufwendige Fabriken, die nichts herstellen als saubere Luft; und die wird im Sozialprodukt nicht mitgerechnet. Müssen wir also auf Wachstum im herkömmlichen Sinne verzichten, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten?

Ganz im Gegenteil. Umweltschutz kann zum Wachstumsmotor werden, wenn man ihn richtig angeht. Mächtige Innovationsschübe können von ihm auf die übrige Wirtschaft ausstrahlen. Umweltschutz braucht nicht als Investitionshemmnis und Jobkiller dastehen, sondern kann die Investitionen wieder auf Trab bringen und neue Arbeitsplätze schaffen. Alles hängt davon ab, wie man ihn betreibt.

Würde jemand wohl auf die Idee kommen, Daimler-Benz durch Bürokraten vorschreiben zu lassen, welcher Stand der Technik beim Bau von Zylinderköpfen Verwendung finden soll oder etwa Siemens, wie die nächste Computergeneration auszusehen hat? Nicht im Traum würden wir das tun. Sonst würde unsere Industrie nach ihren Weltmarkt verlieren und im Export auf die hinteren Plätze abrutschen.

Beim Automobil wäre es beinahe zur verbindlichen Einführung einer ganz bestimmten Technologie gekommen. Laut Kabinettsbeschluss vom 13. Juli 1983 soll der Kraftfahrzeugverkehr bis Anfang 1986 auf bleifreies Benzin umgestellt werden, was nur beim gleichzeitigen Einbau von Katalysatoren einen Sinn macht. Der Beschluss läuft also darauf hinaus, Katalysatoren vorschreiben.

Aber nicht auf die Technologie kommt es an, sondern auf das Ergebnis. Die Abgaswerte müssen herunter. Wie das im einzelnen zu geschehen hat, ist nicht Sache des Staates; davon versteht die Industrie mehr als alle Bürokraten. Neue Probleme durch technische Innovation zu lösen ist ihr tägliches Geschäft.

So hat die WELT kürzlich über eine vielversprechende Alternative zum Katalysator berichtet, die Magergemisch-Technologie, wie sie gegenwärtig bei Ford in Köln erprobt wird. Solche Versuche würden sinnlos, wenn Katalysatoren vorgeschrieben würden.

Aufgabe der Bundesregierung ist

es, ökologische Eckwerte zu setzen, also das Ziel anzugeben. Aber den Weg zum Ziel darf sie nicht auch noch vorschreiben; sonst erstickt sie die belebende Kraft des Wettbewerbs um den besten Weg.

Erklärungen von Kabinettsmitgliedern anlässlich der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt lassen darauf hoffen, daß die Bundesregierung von ihrem ursprünglichen Beschluß abrickt. Zwar wird sie in der Sache härter werden und die Abgaswerte sogar noch unter den anspruchsvollen amerikanischen Standard senken. Aber die Wahl der technischen Möglichkeiten hierzu soll jetzt offenbar doch den Technikern überlassen bleiben.

Mit einem solchen Gestinnungswandel begäbe sich die Bundesregierung auf den richtigen Weg, und man kann ihr nur raten, diesen Weg weiterzuverfolgen. Allzuange hat der Staat auf einer rein dirigistischen Umweltpolitik beharrt, die alles und jedes im Detail vorschreiben will, und die allmählich in ein undurchdringliches Verordnungsgestrüpp eingemündet ist. Ein solcher Umweltschutz spricht marktwirtschaftlichen Grundsätzen hohn und würgt die Dynamik der Wirtschaft ab, statt sie zu stimulieren.

Vorschriften etwa, die für neue Produktionsanlagen auch den jeweils neuesten „Stand der Technik“ verbindlich machen, sind

zwar gut gemeint. Aber sie bewirken das Gegenteil des Bezielten. Denn um den strenger Anforderungen für die neue Anlage zu entgehen, zögern die Betreiber den Ersatz ihrer emissionsmindernden Anlagen möglichst lange hinaus. Der Löwenanteil aller Schadstoffe kommt aber nun einmal aus Altanlagen; und wenn ihre Erneuerung verzögert wird, bleibt die Immissionslast höher als nötig.

Und wenn Pioniertechologien im Umweltschutz zunächst einmal dazu führen, daß die Anforderungen an neue Anlagen verschärfen und die Kosten dadurch in die Höhe getrieben werden (weil der neueste Stand der Technik das neueste erlaubt), dann wird der technische Fortschritt zurückgedrängt, nicht vorangebracht. Viel zu lange haben wir so den Umweltschutz mit angezogenen Bremsen betrieben.

Statt die anzuwendende Technologie jedem Betreiber im Detail vorschreiben, könnte der Staat die zulässige Belastung auf direktem Wege begrenzen. Für einen konkreten Betrieb mögen dabei tausend Jahre Restemissionen SO₂ heraus springen, die er nicht überschreiten darf. Damit hat der Betrieb eine klare Zahl, auf die er sich einrichten kann. Wie er das tut, kann ihm selbst überlassen bleiben. Sollte sich die Schwefelbelastung insgesamt als noch zu hoch erweisen, so kann der Staat von allen Betreibern eine zusätzliche Drosselung um – sagen wir – dreißig Prozent verlangen, im konkreten Beispiel also um dreihundert Jahre Restemissionen SO₂. Auch jetzt kann er es aber dem Betrieb überlassen, wie er die dreihundert Tonnen wegbekommt will. Der Staat kann auch zulassen, daß sich mehrere Betreiber zu einem Emissionsverbund zusammenschließen, um eine gemeinsame Quote einzuhalten. Da durch wird zusätzlich Flexibilität gewonnen. Denn jetzt kann ein Betreiber, dem das leichter fällt, für den anderen einspringen, für den die Drosselung ein echtes Problem wäre.

Der so betriebene Umweltschutz wäre eine Herausforderung für die Wirtschaft, immer neue Technologien zu entwickeln und emissionsmindernde Altanlagen rasch umzurüsten oder stillzulegen. Wer das nämlich tut, gewinnt dadurch Freiraum für die eigene Expansion oder für die Niederlassung eines Neuankommings. Umweltschutz und Wirtschaftswachstum werden miteinander verträglich gemacht.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Holger Bonus lehrt Wirtschaftswissenschaften an der Universität Konstanz. FOTO: FRANZIS V. STECKHOW

Die Friedensmacht und ihr neuer blutiger Herbst

In Afghanistan sieht es für die Sowjets trüber aus denn je / Von Carl Gustaf Ströhm

In Afghanistan haben die sowjetischen Truppen ihre alljährliche Herbstoffensive gegen die Freiheitkämpfer begonnen. Nach wie vor ähnelt die Lage der Sowjetarmee in Afghanistan verblüffend der Situation der deutschen Wehrmacht in Jugoslawien während der letzten drei Jahre des Zweiten Weltkrieges. Die Besatzungsarmee kontrolliert die großen Städte und Verkehrswege, hat aber das Land – vor allem die Gebirgsregionen – nicht unter Kontrolle. Aus dem unkontrollierten und unkontrollierbaren Hinterland schlagen die Aufständischen immer wieder gegen sowjetische Nachschubkolonnen und Truppentransporter los. Sogar in Kabul und anderen Städten soll die Aktivität der Stadtguerilla in letzter Zeit zugenommen haben.

Weder die sowjetischen Militärs, die zu Weihnachten 1979 mit dem afghanischen Abenteuer begannen, noch viele westliche Experten haben seinerzeit damit gerechnet, daß der Widerstand der afghanischen Bevölkerung so lange anhalten, daß er sich mit der Zeit sogar verstärken werde. Als die Sowjets in Afghanistan einmarschierten, brachten sie etwa 90 000 Mann ins Land. Heute, nach fast vier Jahren, sind etwa 130 000 sowjetische Soldaten in Afghanistan stationiert – ein klarer Beweis dafür, daß die Lage für die Besatzungstruppen nicht besser, sondern schlechter geworden ist.

Inzwischen hat sich auch die anfängliche erdrückende Überlegenheit der sowjetischen Kampftruppen, die praktisch ohne auf Gegenwehr zu stoßen ganze Dörfer auslöschen konnten, zumindest relativiert, wenn nicht gar aufgehoben. Die afghanischen Freiheitskämpfer verfügen jetzt nämlich über kleine Boden-Luft-Raketen, mit denen sie den sowjetischen Hubschraubern empfindliche Verluste beibringen.

Die Moral der sowjetischen Soldaten in Afghanistan ist allem Anschein nach nicht hoch. Die mei-

sten von ihnen sehen keinen Sinn darin, in Gefechten gegen fremde Bergstämme in einem unwirtlichen, zerklüfteten Land ihr Leben zu riskieren. Sie haben auch kein Motiv für ihren Kampf, denn das der Afghanen die Sicherheit der Sowjetunion bedrohen, behauptet nicht einmal der kühnste kommunistische Propagandist.

Der afghanische Widerstandskampf ist auch für die Europäer lehrreich. Wenn etwa die Pazifisten bei uns neuerdings von der Notwendigkeit „sozialer Verteidigung“ anstelle „militärischer Verteidigung“ sprechen – in Afghanistan sehen wir diese soziale Verteidigung in der Praxis. Würden die Kämpfer von Afghanistan einseitig abströmen, dann hätte die sowjetische Besatzungsmacht gewonnen. Dann könnten die Okkupanten dem ganzen Land ihren Willen diktieren. Durch ihren Widerstand haben die Freiheitkämpfer für ihr Land künftige Optionen und Mög-

IM GESPRÄCH Rafik Hariri

Vermittler in Libanon

Von Peter M. Ranke

Der stämmige Mann mit dem schwarzen Schnurrbart blickt vor Energie und Optimismus. Mit seinem Aktenkoffer ist Rafik Hariri (38) jetzt in Beirut dauernd unterwegs. Mal im Präsidentenpalast von Baabda; mal bei den Drusen oder den christlichen Parteien. Wenn es zu einer Versöhnungskonferenz der libanesischen Kriegsparteien kommen sollte, so wäre das nicht zuletzt dem Vermittler Rafik Hariri zuzuschreiben.

Der Geschäftsmann aus dem südlibanesischen Saïda handelt im Auftrag des saudischen Königs Fahd, mit dem er gut bekannt ist. Noch enger vertraut ist er allerdings mit dem saudischen Verteidigungsminister Prinz Sultan und dessen Sohn Prinz Bandar Ibn Sultan, der vor ihm in Beirut den Vermittler spielte und die saudischen Interessen wahrnahm. Die Prinz Bandar aber nach Riad zurückkehren mußte und sich auch um seinen neuen Posten als Botschafter in Washington kümmern muß, sprang der agile Hariri ein.

Hariri ist Bauunternehmer und hat für die Saudis Straßen, Flugplätze und Stützpunkte gebaut. Dabei ist er so eng mit Prinz Sultan befreundet, ihm verdankt er Reichtum und die saudische Staatsbürgerschaft. Trotzdem war es nicht selbstverständlich, daß Hariri in diesem Frühjahr als erster und auf eigene Kosten begann, die verwüstete Innenstadt von Beirut aufzuräumen. Erst später ersetzte ihn König Fahd die Unkosten von 33 Millionen Dollar.

Überall in der Trümmerwüste der alten Basare am „Platz der Märtyrer“, die während des Krieges von 1975/76 in Schutt und Asche gesunken waren, konnte man in diesem Frühjahr die Bagger und Lkw von „Oger-Liban“ sehen, wie sie ausgebrannte Häuser einrissen, Straßen freischalteten und den Trümmerschutt ins Meer karrten. Der neue Krieg hat die Arbeit erst einmal gestoppt. Aber Hariri ist es gewohnt, zuzupacken, in den Trümmern wie in der Politik.



Erst einmal Trümmer aufgeräumt: Hariri. FOTO: AP

Die Einschaltung des Saïdaden Hariri als Vermittler durch die Saudis beweist, daß das Königreich dann interessiert ist, Beirut als Hauptstadt und Handelsplatz und wohl auch als Vergnügungsort in einem freien Libanon wiederherzustellen. Zu groß sind die saudischen Investitionen in Grundstücke und Liegenschaften.

Daran hat nicht zuletzt Hariri mitgewirkt. Er verkaufte nicht nur freigebliebene Trümmergrundstücke zu Spekulationspreisen, sondern auch das durch den Schutt neu erwonnene Land an der Küste Beirut. Die Stadt überließ es ihm als Dank. Und wenn Hariri beim Freiwerden der Straßen zum libanesischen Frieden ebenso erfolgreich ist wie als Unternehmer, kann man von ihm noch einiges erwarten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hochener Dolkszeitung

Im Bericht Engelmann, der im Namen der deutschen Schriftsteller vor der IG Druck die politischen Ideen des Friedensgesprächs „Hochener Dolkszeitung“ als „Blickpunkt“ und „Schlüssel“ des Friedensgesprächs darstellt, heißt es in dem Brief:

Der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes kann entweder nicht lesen oder er will nicht lesen können. Er hat freilich den Miff, die Lebensführung eines großartigen Mannes, der zwei Weltkriege miteman überlebte und entschiedenen gegen Krieg ist, mit Hohn zu überziehen. Engelmann hat die Frechheit, dem Mann, der als Oskunde durch den Feuerföhn Europas gegangen und doch ein Stück seiner Kultur geworden ist, abzumqualifizieren wie einen kleinen Parteifunktionär. Das ist unglaublich, aber leider wahr. Der eigentliche Skandal aber ist, daß dieser mittelmaßige Autor im Namen eines deutschen Geistes auftritt, daß die allermeisten seiner Kollegen kein einziges Wort dagegen sagen oder allenfalls schweigend den Verband verlassen.

Süddeutsche Zeitung

Im Bericht macht der Mitarbeiter:

Wegen eines Rednerauftritts auf der Friedensdemonstration im Oktober 1981 war Erhard Eppler vom sozialdemokratischen Regierungschef Schmidt kräftig gerügt worden. Jetzt fand die Ankündigung Brandts im Parteipräsidenten angeblich ungeleitete Unterstützung – bei Abwesenheit Schmidts.

NEUE RUHR ZEITUNG

Zur Frage des politischen Streiks heißt es in dem Heftener Brief:

Zwei Tage vor seinem Abschied vom Amt des Vorsitzenden der IG Druck und Papier hat Leonhard 1 abgelehnt, „politischen Streik“ gegen neue Atomkraftwerke nicht ausgeschlossen. Damit kam er der Gewerkschaft auf einen falschen Weg drängen. Das Streikrecht ist nach dem Grundge-

WESTFALEN-BLATT

Zur Volksabstimmung bemerkt die Westfälische Zeitung:

Es ist zu hoffen, daß die „zweite Runde“ im Streit um die Volksabstimmung von jener Sachlichkeit geprägt ist, die im Frühjahr so schmerzhaft vermisst wurde. Die Kritiker des Gesetzes mußten sich zum Teil den Vorwurf gefallen lassen, eine Angstkampagne zu schüren, die das Vertrauen in Regierung und Behörde untergraben sollte. Der gesunde Menschenverstand läßt zur Volksabstimmung keine vernünftige Alternative erkennen. Wer will schon auf Dauer hinnehmen, daß volkswirtschaftlich und sozialologisch entscheidende Daten gewissermaßen nur noch über den Daumen gemessen werden?

Kölnische Rundschau

Die Veranstaltung von Sonntag schließt das Blatt so ab:

Brandt erfüllt den moskautreuen Kommunisten in der Organisationsleitung der Großdemonstration einen alten Traum. Der im Ausland noch immer renommierte Friedensnobelpreisträger tritt zusammen mit Vertretern kirchlicher, aber auch aller möglichen kommunistischen Gruppierungen auf, welche die Volksfront – vor allem das Bündnis zwischen mehrheitsfähigen Sozialdemokraten und Kommunisten – für das erstrebenswerte Ziel halten.

Großrussen unheimlichen

Geschwindigkeit vermehren. Die Sowjets müssen damit rechnen, daß der Fundamentalismus mit allen seinen Konsequenzen über kurz oder lang auch in den estnischen Sowjetrepubliken Fuß faßt. Statt durch den Einmarsch in Afghanistan größere „Sicherheit“ für sich zu erreichen, hat Moskau genau das Gegenteil bewirkt. Nicht auszuschließen ist, daß die afghanischen Aufständischen auch bei den Sowjet-Moslems Erinnerungen an eigene Aufstände und Kleinkriege gegen Moskau und den Kommunismus wachrufen: etwa Bemerkungen an die nationalstatische „Basmaschi-Bewegung“ in Turkestan, für deren Niederlage die Sowjets vor dem Zweiten Weltkrieg fast fünfzehn Jahre brauchten. So zeigt der Fall Afghanistan, daß unter bestimmten Voraussetzungen auch heute noch die Geschichte von David und Goliath ihre Gültigkeit haben kann.

Gegen Daten-Diebstahl soll der Fingerabdruck helfen

Jugendliche Schlämberger schreien kürzlich das Wort auf. Ihnen war es gelungen, die Datenbank einer militärischen Einrichtung zu knacken. Wie ist es möglich, in ein Computernetzwerk einzudringen? Wie kann es geschützt werden?

Von A. BÄRWOLF

Die Teenager in der amerikanischen Stadt Milwaukee, die sich unlangst über ihre Heimcomputer in das Netzwerk des Atomwaffen-Laboratoriums von Los Alamos eingeschlichen hatten, zählten sicherlich nicht zu einem gemeinlichen Seminar. Sie konnten wohl auch nicht Eichenbock. Und die Welt hat an zu singen, triffst Du nur das Zauberwort.

Aber die "Whiz Kids", die Schlämberger aus Milwaukee, hatten das elektronische Zauberwort, das Kennwort, Schlüsselwort oder Passwort herausbekommen, das ihnen neben der Kenntnis der Identifikation Zugang zu den Daten jenes Waffenlaboratoriums verschaffte. Das 1945 die Bomben für die Angriffe auf Hiroshima und Nagasaki gebaut hatte. Die Schlämberger, die durch Telenet mehr als ein Dutzend Computer-Systeme von Kiste zu Kiste an der Nase herumführten, gingen schließlich beim Dialog der elektronischen Maschinen einer Bank in Los Angeles auf den Leim.

Wie ist überhaupt Unbefugten Zugriff zu Computerdaten möglich? Für ein Computernetzwerk wird das allgemeine Telefonnetz benutzt - in Amerika das der einzelnen Privatschaltstellen wie Bell, in der Bundesrepublik das der Post. Weder die Wählleitungen noch die Standleitungen sind vor Mißbrauch sicher, so wie kein bestehendes Computersystem vollkommen sicher ist.

Ein mit der Computerelektronik vertrauter Gauner könnte zum nächsten Verteilerkasten der Post gehen, den Schrank aufbrechen und sich ein Adresspaar herausuchen. Er könnte sich über einen Oszillographen den Dialog zwischen Zentralcomputer und der Benutzerstation ansehen. So erhielte er Zugang zu den Informationen, die für eine Identifizierung des

jenigen notwendig sind, der Zugang zu den Daten haben möchte.

Diese Identifizierung findet mit Hilfe eines strukturierten Namens statt, der die Benutzerstation kennzeichnet. Und dieser Name wird durch das sogenannte Passwort verifiziert, das nur der Benutzer der Station kennen sollte. Da das Passwort offen über die Leitung kommen muß, könnte der Gauner über ein Überwachungsgerät das "Zauberwort" erfahren. Mit dem Passwort könnte er in eine festgeschaltete Leitung eindringen und für den Computer so tun, als sei er ein Terminal.

In einer Variante des Computer-Mißbrauchs könnte der Mann, der sich im Postverteiler in eine Standleitung eingeschaltet hat ("Wiretapping"), auch das Ende-Zeichen des echten Terminals auffangen, den Computer an der Nase herumführen und so in eigener Regie mit der Datenübertragung weitermachen.

Die sichersten Methoden zum Datenschutz sind: Wechsel des Passworts bei jeder Transaktion (im Bankverkehr), Einbau einer zusätzlichen sogenannten softwaregesteuerten Kontrolle, die überprüft, von welchen Punkten im Netzwerk überhaupt welche Benutzer welche Dinge machen dürfen, und schließlich die Chiffrierung sämtlicher Informationen auf dem Netzwerk.

Ganz offensichtlich ist in den letzten Jahren seit Aufkommen der Datenübertragung die Technik des Passwort-Wechsels nicht ausreichend beachtet worden. Bei vielen Anwendungen, die einfach akustisch über den Telefonhörer mit dem Zentralcomputer gekoppelt werden, wird das einmal ausgegebene Passwort überhaupt nicht geändert.

Doch die Identifikationsmittel der Passworttechnik reichen nicht aus, wenn es um die Frage geht: Wer hat Zugang zu welcher Informationsbank? Da die allgemeinen Steuerprogramme sicherheitstechnisch unzulänglich sind, kann der Kunde bei dem Computer-Hersteller zusätzliche Sicherungselemente kaufen oder mieten. Dies ist eine besondere Zugriffsberechtigung, die durch Software-Pakete die Computer-Ressourcen sichert.

Die besondere Software-Sicherung wurde ursprünglich von einem großen Computerhersteller als "RSS" (Resource Security System) für militärische Anwendungen entwickelt. Das von einer anderen Firma angebotene Sicherheitspaket "ACF2" hat angeblich noch raffiniertere Besonderheiten. Beide Systeme funktionieren als Komponente des Betriebssystemes. Sie prüfen, ob ein Teilnehmer für ein bestimmtes Dialogprogramm überhaupt autorisiert ist. Auf verschiedenen Ebenen sensibler Informationen, seien es Atomwaffen oder Gehälter, findet jedesmal eine verschärfte Autorisierungskontrolle statt. Diese Phasen sind logisch getrennt von der Identifikation. Auch einem mit allen Computer-Wässern gewaschenen Spion oder Gauner dürfte es schwerfallen, durch "Wiretapping" im Verteilerkasten die Sicherung "ACF2" auszuschalten.

Doch das beste Mittel zur Sicherung der Daten auf dem Wege von der Eingabestation bis zur Empfangstation ist die Chiffrierung der Daten. Dazu ein Computerfachmann: Ohne Chiffrierung läuft letzten Endes verdammt wenig.

Bei Einsatz der Chiffriertechnik wird direkt hinter dem Terminal eine Chiffriereinrichtung eingebaut. Unmittelbar vor dem Großcomputer wird dechiffriert. Das Problem: Steuerinformationen können nur bedingt verschlüsselt werden, da der Computer wissen muß, was Befehle, was Daten sind. Für diese Unterscheidungen müssen die Geräte sehr komplex programmiert werden.

Bei fortschreitender Technik werden Computer-Eintrüche aber immer schwieriger werden. Die aufkommenden Glasfaserkabel sind gegen "Wiretapping" einbruchssicher. Wer ein Glasfaserkabel aufbricht, unterbricht die Leitung.

In nicht allzu ferner Zukunft werden Fingerabdrücke oder Handproportionen elektronisch gelesen und zur Identifizierung verwendet werden. Der Daumen mit seiner individuellen Zeichnung ist dann das Passwort. Und später, wenn man den Dialog mit dem Computer in natürlicher Sprache führt (Voice Command), könnte das Stimmprofil das Passwort zur Identifizierung sein.



In seiner Korrespondenz steckt manche Überraschung: Konrad Adenauer (1876-1967)

FOTO: UPI

Mit einem Schuß Gefühl

Man kennt ihn als ersten Bundeskanzler, die Älteren kennen ihn noch als Oberbürgermeister von Köln. Als Briefschreiber ist Konrad Adenauer sicher kaum bekannt. Diese Lücke zu schließen, ist das Anliegen einer Edition von Briefen Adenauers.

Von GEORG SCHRÖDER

Ein Mann braucht 1946 die glaubwürdige Bestätigung, daß die Welt ein guter Mensch und ein Freund der Sowjetunion gewesen ist. Sein politisches Leben ist wie das so vieler in jenen Zeiten ein Hindernis gewesen: Bis 1933 kommunistischer Stadtverordneter, 1934 bis 1937 Mitglied der NSDAP (im Auftrag der illegalen KP, wie er sagt), dann politischer Verfolger und 1944/45 im KZ Buchenwald.

Von wem erhofft sich der ehemalige Kölner Stadtverordnete diesen Persilschein? Von Konrad Adenauer. Und der bestätigt auch dem Peter Alois Knab, daß er ihn von früher her als entschiedenen Kommunisten kennt. Der habe ihn in den Jahren 1942 bis 1944 einige Male aufgesucht und Ausführungen gemacht, die erkennen ließen, daß er den Krieg für verloren hielt. Und es klang ebenfalls aus seinen Ausführungen, "eine starke Hinneigung und Bewunderung für Rußland heraus".

Den 37-jährigen, also jenen, die im Jahr 1946 geboren sind, wird das ganz und gar unwahrscheinlich wie jener Brief vom 12. Mai 1945 aus dem KZ Buchenwald, den die ehemals kommunistische Lagerleitung Konrad Adenauer dem werten Herrn Dr. Adenauer mit Wünschen "für eine erfolgreiche und glückliche Zukunft in unserem von Naziterror befreiten Vaterland" schickte.

Das ist wirklich ein Stück des unbekannten Adenauer, der nach dem Willen der Professoren Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz in dem im Siedler-Verlag herausgegebenen Band "Adenauer-Briefe 1945 bis 1947" zu Worte kommen soll. Wer jene wilden Zeiten miterlebt und miterlitten hat, übersieht zu leicht, daß heute schon zwei Generationen leben, für die das Fernste, meistens sogar Unbekannte Vergangenheit ist. Ob unsere Gruben von heute auch nur

ahnen, daß im Herbst 1945 Kölns Oberbürgermeister geradezu erobert mit der britischen Besatzungsmacht darum ringt, daß die Bäume in Köln nicht gefällt werden, weil damit der Stadt ein unabsehbarer Schaden zugefügt würde, der in Jahrzehnten nicht wiedergutmacht werden könnte? Sie werden auch nicht wissen, daß schon am 25. Februar 1946 Adenauer für Gartenstädte in den Außenbezirken der Großstädte eintritt: "Es handelt sich hier um eine Frage von größter ethischer Bedeutung für die Großstädte. Sie müssen entgiftet werden."

Vieles ist vergessen, das ist natürlich. Vergessen ist auch, daß die Petra Kelly des Jahres 1946 Maria Seyenich hieß. Auch sie eine leidenschaftliche, zur Aktion drängende junge unverheiratete Frau, eine christliche Sozialistin, zuerst bei der CDU Landtagsabgeordnete, zu der sie auch nach einem Schwenk zur SPD dann in ihren reifen Jahren zurückkehrte. Um angesichts des Hungers in Deutschland das Weltgewissen aufzurütteln, trat sie in einen vierwöchigen Hungerstreik.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, ich weiß nicht, wie das alles ausgehen soll. Ich habe nur den einen sehnlichen Wunsch, daß Ihr Opfer nicht vergeblich sein möge und daß Ihre so wertvolle Kraft uns erhalten bleibt".

Schrieb ihr Adenauer. Dann besuchte sie der rheinische Parteivorsitzende an ihrem Leidensbett in einem abgelegenen Dorf Süd-Oldenburgs.

Hier lernen wir einen Adenauer kennen, den das Mitgefühl aus seiner Reserve, die er sonst immer wahrte, herausprengt. Der Mann, der auch in seinen Briefen stets die knappen, präzisen, sparsamen Worte sucht, nimmt sich im Dezember 1946 die Zeit, ihr ausführlich von seinen Plänen zu schreiben. Er redet ihr gut zu, mit derselben Energie und Entschlossenheit, mit der sie gehungert habe, nun alles daranzusetzen, um die Folgen des Hungers zu überwinden, und zwar sowohl in körperlicher wie in geistiger Hinsicht. Geradezu beschwörend bittet er sie, sich zuerst einem so schönen und Geduld zu haben. Er dringt darauf, daß sie einen weiteren Arzt hinzuzieht.

Dies ist ein Ausnahmebrief aus der Serie der 572, die in dem Band zusammengestellt sind und dem zwei weitere Bände folgen werden. Dies

alles ist ein Quellenwerk, ein Steinbruch, aus dem mehr als ein Historiker sich authentisches Material für eigene Schriften herausbrechen wird. Der Briefschreiber Adenauer hat alles andere als literarische Intentionen. Der Mann der Tat tritt auch in der Zeit, in der er kaum handeln kann, in Stil und Inhalt ganz plastisch vor uns. Jeder Brief ist handfest, sachlich, nüchtern, knapp.

Immer wieder versichert er in den ersten Monaten, daß er sich nach anfänglichem Sträuben schließlich habe doch bewegen lassen, seine alte Position wieder anzunehmen. An einen guten Bekannten in der Schweiz schreibt er: "Mein Urteil ist, wie ich hoffe, ganz ungetrüb von Ehrgeiz. Ich beabsichtige nichts anderes zu werden und auch zu sein als Oberbürgermeister der Stadt Köln, und auch das nur für eine beschränkte Zeit, bis ich den Wiederaufbau der Stadt in seinen Anfängen wenigstens gesichert habe."

Daß dies ernst gemeint ist, zeigt ein Brief aus dem gleichen Sommer 1945 an seinen Schwager Fritz Zinner. Darin erscheint ein deprimierter Adenauer, der zum ersten, aber auch zum einzigen Mal seine Aufgabe in Köln nicht nur als sehr schwer, sondern auch als unlösbar bezeichnet: "Ich sehe für uns alle eine sehr trübe und ernste Zukunft voraus."

Es ist die gleiche Zeit, in der Adenauer zum erstenmal einen Führer aus Köln herausstreckt, sich im Mutterhaus der Missionsschwestern in Hiltrup bei Münster zusammen mit dem Hamburger Bürgermeister Petersen und dem früheren Oberbürgermeister Menge selbst einläßt, um für die Nacht ein Quartier und um Verköstigung zu finden. Zwei Monate später schreibt er an den Hamburger Bürgermeister, daß er in Hiltrup noch nicht ganz im reinen mit sich selber über das war, was zu geschehen habe: "In der Zwischenzeit bin ich mir völlig klar darüber geworden und halte die Gründung dieser Partei für eine absolute Notwendigkeit im Interesse unseres Volkes." Eine christlich-demokratische soll es nach seinem Willen sein.

Es ist also, wie sich aus diesem Brief ergibt, nicht erst seine Absetzung durch die Briten in Köln, die ihn ab 1946 dazu treibt, mit all seiner Kraft an den Aufbau der CDU heranzugehen.

WIE WAR DAS?

Als die Türken Zypern teilten

Von E. ANTONAROS

Selbstverständlich haben die Türken Zypern das Recht, ihre Zukunft selbst zu bestimmen, aber zu diesem Augenblick kann die türkische Regierung die Ausrufung eines unabhängigen Teilstaates auf Zypern nicht unterstützen. Mit diesen sehr klaren Worten hat Ankara Außenminister Türlöken in diesen Tagen den türkisch-zyprischen Volksgruppenführer Rauf Denktaş gebremst.

Was Denktaş nicht erst seit einigen Monaten anstrebt, ist die De-jure-Besiegelung einer seit über neun Jahren andauernden De-facto-Situation: Seit dem Sommer 1974, als türkische Truppen über Zypern herfielen, ist die Mittelmeerinsel zweigeteilt, in einen griechischen und in einen türkischen Teil. Folgenscher wäre die Ausrufung einer türkischen Republik Nordzypern, wie sie Denktaş wünscht, weil der Alleinvertragsanspruch der Insel-Griechen gefährdet wäre. Alle Staaten der Welt - mit Ausnahme der Türkei - erkennen Staatspräsident Spyros Kyprianou als legitimes Staatsoberhaupt Zyperns an.

Den ersten Schritt zur staatsrechtlichen Teilung hatte Denktaş, dem die Generäle in Ankara wegen seiner engen Beziehungen zum früheren konservativen Premier Demirel zu tiefst mißtrauen, schon einige Monate nach dem Zypern-Krieg vollzogen: "Mit dem Ziel, zu einem späteren Zeitpunkt eine unabhängige türkische Republik Zypern zu gründen", rief die autonome türkisch-zyprische Verwaltung am 13. Februar 1975 den "türkischen Föderativ-Staat von Kibris" (so nennen die Türken Zypern) aus. Seither besitzt der türkische Teil Zyperns, wo knapp 30 000 türkische Soldaten stationiert sind, nicht nur eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament, sondern auch eine eigene Verfassung.

Nach Ankaras Ansicht sollte dieser Föderativ-Staat durch Verhandlungen mit dem griechischen Inselteil zusammengeschlossen werden. Dutzende von Verhandlungsrunden sind allerdings ergebnislos verlaufen. Die Türken bestehen auf einer "bizonalen Föderation", in deren Rahmen beide Volksgruppen, "im jeweils ihnen zustehenden Inselteil" werden leben müssen. Nach Ansicht der Griechen würde eine solche Regelung, die "angesichts der Prinzipien der Bewegung und Niederlassungsfreiheit unzumutbar ist", nicht einen Bundesstaat, sondern einen losen Staatenbund zur Folge haben.

Mit 33 gegen sechs Stimmen verabschiedete das türkisch-zyprische Parlament am 17. Juni 1983 eine Resolution, deren Artikel vier das "Recht der türkisch-zyprischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung" proklamiert. Mehrheit drohte Denktaş damit, dem Parlament ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen, das ihm die Möglichkeit geben sollte, eine Volksbefragung über die Unabhängigkeitsfrage abzuhalten. (SAD)



Mit dem Heimcomputer die Datenbank "geknackt": Vier Teenager beschäftigten das FBI

FOTO: UPI

Sie wollen eine echte Unternehmer-Rendite

durch Beteiligung an industriellen Zukunftstechnologien.

Nur für unsere Mitglieder haben wir den Inno-Wert Fonds 1 aufgelegt. Sie lassen Ihr Geld in mindestens 4 chancenreichen Industrien arbeiten:

- Lasertechnik
- Motorenbau
- Meß- und Regeltechnik
- Kunststoffchemie.

Durch unser System der vertikalen und horizontalen Risikostreuung wollen wir in unserem ersten industriellen "Venture-Capital Fonds" für Sie die Risiken minimieren und die Chancen maximieren. Die Höchstbeteiligung beträgt DM 20.000,-, um möglichst viele unserer

8.500 Mitglieder an den Chancen der industriellen Zukunft teilhaben zu lassen.

Informationscoupon

Bitte einsenden an KAPITAL & WERT a. G.
Postfach 25 30, 6500 Mainz 1

- ☐ Ich bin schon Mitglied
- ☐ Ich möchte Mitglied werden
- ☐ Ich interessiere mich für eine Beteiligung an industriellen Zukunftstechnologien

Name _____ Vorname _____

Straße _____ Ort _____

Telefon _____ Beruf _____

KAPITAL & WERT

macht Ihr Kapital wertbeständig

„Times“: Der Traum der deutschen Linken

DW, Bonn

In der in diesen Tagen um Aufmerksamkeit bemühten „Friedensbewegung“ sieht die Londoner „Times“ Anzeichen einer Veränderung in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland, die Tendenzen zu einem Weg des Neutralismus zeigen. „Die Raketendebatte hat eine neue Dimension gewonnen“, schrieb die Zeitung gestern. Sie gebe einher mit einer Wiederbelebung eines deutschen Gefühls, das besonders deutlich bei der Linken und bei der Jugend ist, wonach die Zeit für das Land gekommen ist, sich stärker selbst zur Geltung zu bringen.

Die Pershings, schreibt die „Times“, seien in Deutschland heute „zu einem Symbol für alle anderen

Anzeige

Unser Geheimnis ist die Zeit.

Strenghäuser

Das Pilsener das noch 90 Tage reift.

Waffen geworden.“. Solch eine Haltung dränge unvermeidlich die Amerikaner aus der Rolle von Beschützern in die „von Besetzten“. Eine kriegsschuldfreie Generation beginne sich gegen die amerikanische Anwesenheit aufzulehnen. „Ihre Suche nach deutschen Wurzeln und einer eigenen Identität kollidiert zwangsläufig mit dem, was man als Amerikanisierung der deutschen Gesellschaft bezeichnet.“

Der „Traum einer Wiedervereinigung“, sei „wiederbelebt, wenn nicht gar in veränderter Form. Heute ist dies genauso ein Traum der Linken, wie er es früher der Rechten war. Nur glaubt die Linke jetzt, daß dafür auch Westdeutschland und nicht nur Ostdeutschland seine politische Richtung verändern muß.“

Solche Vorstellungen aber laufen in Richtung Neutralismus, „auf eine Distanz zur NATO, um Raum für eine unabhängige Politik zu gewinnen und nach Möglichkeit den Dialog mit der Sowjetunion zu vertiefen. Eine solche Entwicklung ist natürlich schon seit langem eine der wichtigsten Zielsetzungen der Sowjets“, schreibt die „Times“.

DIE WELT (usps 503-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc. 350 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632

Der Verkauf der „Astor“ ist kein Ruhmesblatt für den Senat

Schiffahrtsexperten schütteln den Kopf / 50 Millionen Mark Belastung für die Staatskasse

Von UWE BAHNSEN

Hamburgs wohlbeliebter bürgerlicher Finanzsenator Jörg König schrieb den Vorstandsmitgliedern und Geschäftsführern der öffentlichen Unternehmen in der Hansestadt sieben Briefe, den die Empfänger mit grimmigem Sarkasmus zur Kenntnis nahmen: „Aus der Presse“, so lasen die Staatsmanager, sei ihnen der Verkauf des Kreuzfahrtschiffs MS Astor „an eine ausländische Gruppe“ bekannt. Verbunden mit dieser Transaktion sei nun, daß „der größte Teil der Besatzung vom Kaufpreis nicht übernommen wird und zu dem 34 Arbeitsplätze“ in der Hadag-Verwaltung, der hamburgischen Staatsreederei und bisher maßgeblichen „Astor“-Betrieblern, entfallen.“ König bat die Adressaten seines Briefes nun, „vor ihrerseits notwendigen Personaleinstellungen jeweils zu prüfen, ob und welche Hadag-Mitarbeiter“ sie übernehmen könnten. Um „welche Personen“ es sich handle, könne er nicht sagen.

Die erste Antwort liegt schon auf Königs Schreibtisch. Die Direktion der Staatsoper ließ nicht ohne Süßsinn wissen, wie dem Herrn Senator ja bekannt sei, sollten die Staatstheater in den nächsten fünf Jahren insgesamt zehn Personen ihres Personals einsparen, und das würde wohl in der Oper selbst zu Kündigungen führen: Für die Einstellung von „Astor“- und Hadag-Mitarbeitern gebe es keine Chance.

Betroffene fühlen sich verraten und verkauft

Die eigentlich Betroffenen allerdings, die „Astor“-Besatzung und die nun entbehrlichen Hadag-Bediensteten, wundern sich nicht mehr. Sie fühlen sich vom Senat und vor allem vom Hadag-Aufsichtsratsvorsitzenden, dem Wirtschaftssenator Volker Lange, auf der ganzen Linie ver-

raten und verkauft - und das mit Grund.

Denn Lange hatte ihnen am Abend des 21. Juni auf einer Betriebsversammlung erklärt, von den beiden bisherigen Vorstandsmitgliedern Jacobsen und Krüger habe man sich unter anderem deshalb getrennt, damit die Arbeitsplätze bei der Staatsreederei gesichert bleiben. Und was die „Astor“ betreffe - da gelte es, alles zu tun, „damit dieses Schiff seine Chancen im Markt wahr und ausbaute“. Im übrigen gebe es keinen Zeitdruck.

Der neue Hadag-Vorstand ließ insofern Taten folgen, als er aufwendige Umbauten in der Hadag-Zentrale, die Anschaffung von teuren EDV- und sonstigen Anlagen, und manche andere Organisationsmaßnahmen anordnete. Das festigte den Eindruck, die „Astor“-Betriebsgesellschaft Hadag Cruise Line (HCL) werde weitergeführt.

Senatsintern aber hatten sich die Spitzenossen, vor allem auf Drängen des Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi und des Wirtschaftssenators Volker Lange, längst darauf verständigt, das Schiff abzustoßen. Die Gelegenheit kam, als die südafrikanische Reederei Safmarine Interesse bekundete.

Nun war keine Rede mehr von vertrauensbildenden Maßnahmen für die „Astor“, und vom Betriebsverfassungsgesetz und der darin vorgeschriebenen Einschaltung des Betriebsrates dispensierten sich die Genossen auch gleich. Hastig griffen sie nach dieser Chance und machten den Deal perfekt - das alles freilich in einer Art und Weise, die bei den robusten Schiffahrtsexperten der Küste zunächst Staunen und dann Gelächter hervorrief. Fast öffentlich war nämlich zu besichtigen, wie biederere hanseatische Senatsdirektoren von

gewieften Kontrahenten über den Tisch gezogen wurden.

Die Verhandlungen verliefen in einer Reihenfolge, wie sie ungünstiger für die Hadag und damit für die Hansestadt nicht hätte sein können. Der Senat ließ aktiv den Verkauf der „Astor“ betreiben, ohne die Zustimmung seiner privatwirtschaftlichen Partner in der Betriebs- wie in der davon getrennten Besitzgesellschaft in der Tasche zu haben. Ihnen mußte der Hadag-Vorstand und damit die Stadt das Ja zur Veräußerung des Dampfers praktisch abkaufen.

Das Ergebnis bestätigte der geplagte Finanzsenator Jörg König am Dienstag mit bekümmelter Miene: Das ganze Kapitel „Astor“ wird Hamburg ohnehin geplünderte Staatskasse mit fast 50 Millionen Mark belasten. Dieser Betrag enthält noch nicht die Sanierungskosten der angeschlagenen Hadag.

Das Thema „Astor“ ist noch nicht abgehakt

Inzwischen haben allerdings auch die hanseatischen Rathausregenten erkannt, daß es ihnen schwerfallen wird, die gesamte „Astor“-Transaktion als ein Musterbeispiel für vorbildliches Verhandlungsgeschick zu „verkaufen“. In der verdächtig wortreichen, neun Seiten umfassenden Pressemitteilung zu diesem Thema ließ der Hadag-Vorstand bei Erwähnung des Angebots der kaufenden Reederei Safmarine das Adjektiv „attraktiv“ vorsichtshalber ausweisen. Vereinbart sind 130,5 Millionen Mark.

Diesen Preis freilich und die sonstigen Konditionen des gesamten Geschäfts, vor allem die Zahlungen an die privaten Partner, will der Senat nicht veröffentlichen. Das Thema „Astor“ ist noch längst nicht abgehakt.

Die Fronten haben sich eher noch verhärtet

Befürworter und Gegner der Volkszählung in Karlsruhe

KING-HU KUO, Karlsruhe Zwischen der Bundesregierung und den Datenschutzbeauftragten von sieben Bundesländern ist es gestern vor dem Bundesverfassungsgericht zu kontroversen Auffassungen zum Volkszählungsgesetz vom 25. März 1982 gekommen. Vor dem höchsten Gericht in Karlsruhe wurde am zweiten und letzten mündlichen Verhandlungstag deutlich, daß sich die Standpunkte der Gegner und Befürworter in Sachen Volkszählung eher noch verhärtet haben. Das BVG hatte im Frühjahr dieses Jahres durch eine einstweilige Anordnung die Durchführung der bundesweiten Volkszählung am 27. April 1983 auf Grund von Verfassungsbeschwerden zunächst ausgesetzt.

Unter Vorsitz von BVG-Präsident Professor Ernst Benda, der Ende dieses Jahres nach zwölfjähriger Amtszeit in den Ruhestand geht, trugen die Datenschutzbeauftragten ihre Bedenken gegen dieses einst von allen Parteien verabschiedete Gesetz vor. Gleichzeitig wurde ein ganzer Katalog von Verbesserungsvorschlägen seitens der Datenschützer vorgebracht. Der Vertreter der Bundesregierung, Professor Badura, wies die Kritik am Volkszählungsgesetz nachdrücklich zurück.

Die haden-württembergische Datenschutzbeauftragte Frau Leutze warnte vor einer „realen Gefahr einer Totalregistrierung der Bürger“, wenn das Volkszählungsgesetz in seiner jetzigen Fassung verurteilt werde. Wie ihre Amtskollegen vertrat auch Frau Leutze die Auffassung, daß durch die rasante Entwicklung der neuen Technologien eine heutige Volkszählung nicht mehr mit früheren Erhebungen verglichen werden könne, da der Bürger weitestgehend in Computern verschwindet. Er gespeichert sei. Im Gegensatz zu vergangenen Jahren sei es gegenwärtig ein „Kinderspiel“, so Frau Leutze weiter, Datensysteme miteinander zu verbinden und Informationen aller Art auszutauschen. Ein Haupt-

angriffspunkt bildete der Paragraph 9 des Volkszählungsgesetzes. Er schreibt vor, an welche Empfänger und zu welchen Zwecken die statistischen Ämter Daten aus der Volkszählung weiterleiten dürfen.

Übereinstimmend forderten die Datenschützer, in einem neuen Volkszählungsgesetz die Trennung zwischen Statistik und Verwaltung klarer abzugrenzen und zu bestimmen. Die Daten müßten durch eine klare Zweckbestimmung vor mißbräuchlicher Verwendung und Übermittlung geschützt werden. Auch die Anonymität der Volkszählungsdaten müsse künftig besser gesichert werden.

Bremens Datenschutzbeauftragter Büllesbach erklärte hierzu, durch die Zweckentfremdung von Daten könnten diese beispielsweise einen „anderen Sinn erfahren, wenn sie in ein anderes Umfeld gesetzt werden“. Die Übermittlung von solchen Informationen sei deshalb eine „besondere Gefahr“ für den individuellen Persönlichkeitsschutz. Auch Hamburgs Datenschutzbeauftragter Schapper bemängelte die „fehlende Präzision“ des Paragraphen 9. Er schlug unter anderem vor, die Bürger künftig besser über deren Rechte aufzuklären. Der Bürger sollte auch das Recht bekommen, den Fragebogen direkt an die erhebende Dienststelle zu übergeben, so daß der Zähler keinen Einblick in die Angaben bekommen könne.

Professor Badura erwiderte, wie auch die Beschwerdeführer hätten die Datenschutzbeauftragten eine „große Phantasie“ gezeigt. Jetzt müsse sich zeigen, wie weit die Solidarität reiche, die der Sozialstaat voraussetze, um seine Aufgaben erfüllen zu können. Auch die Statistik sei ein Spiegelbild der Staatsaufgaben. Man könne nicht den Leistungsstand propagieren und ihm gleichzeitig die Möglichkeit verwehren, die Möglichkeiten zu schaffen, diese Aufgaben zu erfüllen.

SED rügt Gruß an Walesa „im Namen aller Deutschen“

DW, Berlin

Als „Unverschämtheit“ hat die SED-Zeitung „Neues Deutschland“ die Glückwünsche der Bundesregierung „im Namen aller Deutschen“ an den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa zur Verleihung des Friedensnobelpreises bezeichnet. In einem Kommentar, in dem Walesa als „konterrevolutionärer Kriecher“ bezeichnet wird, schreibt die Zeitung gestern: „Man müßte es schon eine Überhebung nennen, wenn der Glückwunsch namens aller Bundesbürger erfolgt wäre, denn selbst vielen von ihnen dürfte die Preisverleihung „schwerlich“ zugesagt haben.“ Für die „DDR“ zu sprechen aber fehle Bonn jegliche Kompetenz. Dazu genüge ein Blick in den Grundlagenvertrag.

Weiter heißt es: „Vom Kanzlerglückwunsch versprach man sich in Bonn wohl eine Art Wiederbelebungseffekt für den verfallenden Matscheibehälter der westlichen Welt.“ Das ist in der Tat nur als eine Provokation gegen das polnische Volk zu werten.“ Da Bonn den scharfen Protest Polens gegen diese Gratulation zurückgewiesen habe, stelle dies „einen weiteren unfreundlichen Akt“ dar.

Kelly spricht auf Bonner Kundgebung

Die Grünen werden nun durch einen Redner zu der Großdemonstration gegen neue Mittelstreckenraketen am Samstag in Bonn schicken: Die Fraktionsführung einigte sich nach einem Gespräch mit dem Koordinierungsausschuß für die in dieser Woche stattfindenden Aktionen auf die Abgeordnete Petra Kelly. Sie setzte sich damit in Widerspruch zu Teilen des Bundesvorstands, die sich wegen des Auftritts von SPD-Chef Willy Brandt gegen die Mitwirkung eines bekannten Grünen gewandt hatten. Die Fraktionspolitik war dagegen der Auffassung, daß die „Friedensbewegung“ selbst über Einladungen entscheiden könne.

Beamte standen früher auf als die Blockierer

AP, Köln Die rund 600 Bürostellen, die am Mittwochmorgen kurz nach sechs Uhr die Konrad-Adenauer-Kaserne am Kölner Militäring blockierten, kamen zu spät. In den Gebäuden auf dem Gelände, wo das Heeresamt der Bundeswehr, die Leitung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) sowie das Heeresbefehlshaberamt untergebracht sind, herrschte um diese Zeit bereits reges Treiben. In einer mit dem Personalrat abgestimmten Aktion hatten die Behörden den Arbeitsbeginn kurz nach 5.30 Uhr vorverlegt. Fast alle rund 1500 Beamten und Angestellten waren nach Angaben des Sprechers in der frühen Stunde an ihren Arbeitsplätzen eingefroren.

Die Demonstranten, deren Zahl bis zum frühen Morgen nach Schätzungen der Polizei auf etwa 900 anwuchs, besetzten drei Eingänge der Kaserne, während die Mitarbeiter der Bundeswehrämter umgestört ihrer gewohnten Arbeit nachgingen.

Appell an die Vernunft

Bonnas Polizeipräsident: Lage ist brisant

WERNER KAHL, Bonn

Nach den Krawallen in Bremerhaven und an anderen Orten während der „Aktionswoche der Friedensbewegung“ rechnet die Polizei in der Bundeshauptstadt ebenfalls mit dem Auftreten militanter autonomer Gruppen. Die Situation vor geplanten Blockaden der Bundesministerien für Verteidigung und für wirtschaftliche Zusammenarbeit am Freitag sowie der Großdemonstration am Sonnabend („Volksversammlung“) bezeichnete gestern Polizeipräsident Hans Wilhelm Fritsch als „brisant“. Fritsch appellierte an die „Vernunft jener Kreise der Friedensbewegung“, die für Blockaden werben und zugleich von der Polizei erwarten, daß sie auf jegliche Zwangsmittel verzichten. Die Maßnahmen der Polizei hingen allein vom Verhalten der Demonstranten ab, betonte Fritsch. Es gebe die „klare Forderung“ der Minister Manfred Wörner und Jürgen Warnke, die Funktionsfähigkeit ihrer Behörden zu gewährleisten.

„Ich habe große Zweifel, daß es der Friedensbewegung dient“, so Fritsch, „wenn sogenannte gewaltfreie Blockaden angekündigt werden, obwohl die Veranstalter genau wissen, daß die Polizei einschreiten muß und damit Gewalt seitens der Polizei vorprogrammiert wird.“ In der Bonner Innenstadt sind gestern erstmals Plakate von „Grünen“ aufgetaucht, die das Auftreten des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt auf der „Volksversammlung“ kritisieren. „Ohne Willy Brandt auf der Volksversammlung ist der Frieden alles“, heißt es auf einem Transparent.

Auch am fünften Tag der von der „Friedensbewegung“ ausgerufenen „Aktionswoche“ gegen eine NATO-Nachrüstung war die verhältnismäßig schwache Resonanz der Bevölkerung auf die groß angekündigten Protestveranstaltungen spürbar. Vor der Westfalen-Hütte in Dortmund stellten sich Belegschaftsmitglieder zu einer vierundzwanzigstündigen Mahnwache auf.

Erregte Debatte über den Frieden

„Aktuelle Stunde“ in München zum „Widerstandstag der Schulen“

12/DW, München/Bonn

Einen Tag vor dem im gesamten Bundesgebiet angekündigten „Widerstandstag der Schulen, Volkshochschulen und Hochschulen“ kam es im Bayerischen Landtag gestern zu einer erregten Konfrontation zwischen CSU und SPD über Friedensaktivitäten an den Schulen. In einer von der CSU beantragten „Aktuellen Stunde“ warf CSU-Fraktionschef Gerold Tandler der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der SPD vor, sie wollten „unter dem Mäntelchen des Friedens“ Unfrieden in die Schulen tragen, die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik weiter unterminieren und demokratische westliche Politiker diffamieren.

Als glatten Verstoß gegen das bayerische Bildungsziel der Volkerverständigung wertete Kultusminister Hans Maier die Aufforderung der GEW an die Lehrer, mit ihren Schülern Reden von Hitler und Reagan am Beispiel Frieden zu vergleichen. „Es

ist eine Ungeheuerlichkeit, die Friedensbechelei Hitlers mit dem amerikanischen Friedenswillen gleichzusetzen“, meinte der Minister. Nachdem sich die SPD von den GEW-Aktivitäten nicht distanzierte, müsse man fragen, wie sie es mit der Verteidigungsbereitschaft halte.

In der von Tumulten gekennzeichneten Debatte versuchte der SPD-Landtagsabgeordnete und bayerische GEW-Vorsitzende Peter Kurz die Friedensdiskussion als eine „historische Herausforderung an die pädagogische Verantwortung aller Lehrer und Erzieher“ darzustellen. Es sei eine patriotische Pflicht, vor einem Militärkonzept zu warnen, „das unsere Heimat zur Abschussrampe und zur Zielscheibe von Atomraketen unfunktioniert“.

Die Empfehlungen der GEW für Aktivitäten an den Schulen aus Anlaß des heutigen „Widerstandstages“ sind auch in den übrigen Ländern auf Kritik der Kultusminister gestoßen. Berlins Schulsenatorin Laurin warf

der GEW vor, sie mache sich der „Anleitung von Lehrern zum Amtsmißbrauch“ schuldig. Auch in Stuttgart hieß es, der Schulfriede werde gestört.

Nordrhein-Westfalens Kultusminister Girsengsonn überraschte vor einigen Wochen mit einem Rundschreiben, in dem er den Schulleitern untersagte, für den sogenannten „Friedenstag“ - wie von der GEW gefordert - schulfrei zu geben. Nun scheint Girsengsonn, wohl auf massiven Druck der GEW, einen Rückzieher gemacht zu haben. In einem vertraulichen Schreiben an die Schulleiter heißt es, auf mögliche Protestaktionen in den Schulen sei „flexibel und situationsgerecht“ zu reagieren. Im Einzelfall „könnte die Schule durchs Beurteilungen ausprechen, wenn zum Beispiel ein Schüler als Redner eingesetzt ist“. Spontane Äußerungen von Schülern während der Pausen könnten „als Ausdruck der Meinungsbildung“ hingenommen werden.

Hab' Freude am Leben, genieß
Echt Stonsdorfer.
Im Echt Stonsdorfer vereint sich
die Kraft gesunder Kräuter mit dem
Saft fruchtiger Waldheidelbeeren
zu wirklich einmaligem Geschmack.
Spüren Sie die natürliche Kraft und
seine wohltuende Wirkung.
Stonsdorfer Sie mit.

**Dran denken: Echt Stonsdorfer
Nur der Echte ist der Rechte**

**Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft:
Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken.**

Peking weist Gewerkschaften neue Aufgabe zu

AP/APP, Peking
Mit einem Aufruf des chinesischen Staatspräsidenten Li Xianxian zur Unterstützung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist gestern in Peking der zehnte Nationalkongress der chinesischen Gewerkschaften eröffnet worden. Die Gewerkschaften müssen sich die Verbesserung der Wirtschaftsleistung bis zur Jahrhundertwende zum Ziel setzen, erklärte Li vor 1999 Delegierten. Der Präsident rief die Gewerkschaften zugleich auf, die angekündigte Säuberung der Partei von Linksabweichern zu unterstützen.

Mehr als 73 Millionen Chinesen sind gewerkschaftlich organisiert. Die Arbeit der parteigelenkten Gewerkschaften konzentriert sich auf das Angebot spezieller Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote und die Sicherheit am Arbeitsplatz. Scharfe Maßnahmen hat die chinesische Führung gegen Betriebsleiter angekündigt, deren Betriebe unrentabel arbeiten. Wie die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua meldet, wurden bereits in der Provinz Liaoning 148 Unternehmensleiter entlassen, weil ihre Firmen mit Verlust wirtschafteten. Diese Entlassungen hätten eine deutliche Produktivitätssteigerung bewirkt.

Die Verluste chinesischer Staatsunternehmen hatten in den vergangenen Jahren beträchtliche Ausmaße angenommen. Das Finanzministerium forderte daraufhin die Unternehmen ultimativ auf, ihre Defizite bis Ende des Jahres um ein Drittel zu verringern. Die Wirtschaftszeitung „Jingji Ribao“ kritisierte das gängige System der Ernennung und Rotation von Unternehmensleitern, das nicht an ihre Leistung geknüpft sei.

„Stern“ bald wieder in Ost-Berlin?

Das im Januar geschlossene Büro der Illustrierten „Stern“ in Ost-Berlin kann seine Arbeit bald wiederaufnehmen. Es gebe ein Angebot, das Büro „sobald wie möglich“ zu besetzen, erklärte ein Redaktionsprecher. Einzige Vorbedingung sei, daß der frühere Ostberliner Korrespondent, Dieter Buh, nicht mehr zurückkehre. Für ihn gehe der bisherige Bonner Korrespondent, Peter Pragal, nach Ost-Berlin. Buh war am 12. Januar ausgewiesen worden, nachdem der „Stern“ über einen angeblichen Anschlag auf SED-Chef Erich Honecker berichtet hatte.

Bonn lehnt „alternative“ Verteidigungskonzepte ab

„Risiko des Angreifens darf nicht kalkulierbar sein“

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Die Bundesregierung hat allen sogenannten alternativen Verteidigungskonzepten, die nach einer Änderung der gültigen Strategie der NATO streben und Atomwaffen durch konventionelle Waffen ablösen wollen, eine eindeutige Absage erteilt. Eine Stellungnahme zu dieser Problematik liegt seit gestern allen Abgeordneten des Bundestages vor und wird in der kommenden Woche in einer öffentlichen Anhörung des Verteidigungsausschusses zu Strategiefragen eine entscheidende Rolle spielen.

In der Stellungnahme wird die NATO-Strategie so begründet: „Abschreckung zielt auf die Beeinflussung des politischen Willens des Gegners. Dabei ist die enge Verknüpfung von Schadensandrohung und Risiko kalkuliert von besonderer Bedeutung. Nicht nur die Gewissheit eines politischen Aggressors, daß er auf einen zur Verteidigung fähigen und entschlossenen Gegner trifft, sondern auch die Ungewissheit des Angreifenden über die Art und Weise unserer Reaktion und damit über Konfliktverlauf und -ausgang bewirken Abschreckung.“ An anderer Stelle heißt es ergänzend: „glaubwürdige Abschreckung gegenüber dem auch nuklear hochgerüsteten Warschauer Pakt kann durch konventionelle Kräfte und Mittel allein nicht sichergestellt werden.“

Diese klaren Aussagen sind eine eindeutige Ablehnung von Verteidigungsvorstellungen, wie sie unter den Stichworten „Raumverteidigung“, „rein konventionelle Verteidigung“, oder auch „defensive Verteidigung“ in Kreisen der SPD, vor allem aber von den Grünen favorisiert werden. Die Anhörung vor dem Verteidigungsausschuss dient insbesondere einer Bewertung „alternativer Verteidigungskonzepte“. In allen wird angestrebt, auf den Einsatz von Atomwaffen zu verzichten.

Zu dieser Vorstellung heißt es: „Ein Verzicht auf die Option des selektiven Ersteinsatzes von Nuklearwaffen hätte schwerwiegende Folgen: Der Aggressor könnte sich von dem Risiko befreit glauben, mit der vorbedachten nuklearen Eskalation und damit mit dem eigenen Existenzrisiko konfrontiert zu werden. Selbst bei einem konventionellen Großangriff auf das gesamte europäische NATO-Territorium könnte der Angreifer annehmen, daß sein Territorium dann ein Sanktuarium (Heil-

tum, d. Red.) bleibt, solange er selbst nicht zu Nuklearwaffen greift. Damit würde das Risiko in den Augen des Angreifenden kalkulierbar und begrenzter werden mit der Folge, daß ein ausschließlich konventioneller Krieg in Europa wieder möglich und vermutlich wahrscheinlicher würde.“

Den Verfechtern einer „Raumverteidigung“ anstelle des gültigen militärstrategischen Prinzips der „Vorneverteidigung“ in Mitteleuropa wird vorgehalten, sie unterschätzen eindeutig die Folgen eines konventionellen Krieges. Sie seien bereit, Teile der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bevölkerung zum Zwecke eines zweifelhaften Zeitgewinns aufzugeben. Sie übersähen, daß der Teil der Bundesrepublik, der in einem mit konventionellen Waffen geführten Gefecht aufgegeben und zurückerobert, also raumverteidigt würde, „ein hohes Maß an Leiden für die Zivilbevölkerung und an Zerstörung der Infrastruktur aufweisen wird“. Auf keinen Fall wäre Raumverteidigung, wie ihre Verfechter behaupten, mit „Billigwaffen und Billigstreitkräften“ zu realisieren. Raumverteidigung sei eher eine Strategie zur Kriegführung anstelle zur Kriegverhinderung.

Ähnlich kritisch äußert sich die Bundesregierung zu Vorstellungen über eine rein konventionelle Verteidigung. Nur konventionell ausgerüstete Streitkräfte aufzustellen wäre „extrem kostspielig“. Das würde das ohnehin vorhandene sowjetische Übergewicht im konventionellen Bereich weiter wachsen lassen und die Bundesrepublik Deutschland wegen der nötigen Größe und Präsenz der Verteidigungskräfte in ein „riesiges Heerlager“ verwandeln. Schließlich würde eine rein konventionelle Verteidigung die Gefahr in sich bergen, „daß der Verbund der konventionellen und nuklearen Kräfte gesprengt und das nukleare strategische Potential der USA von Europa abgekoppelt werden könnte“.

Zu „defensiven“ Streitkräften heißt es, ob Waffen offensiv oder defensiv sind, entscheide weniger ihre Technik und Wirkung als vielmehr die Absicht, mit der sie eingesetzt werden. Die zahlenmäßige Überlegenheit der Streitkräfte des Warschauer Paktes und ihr Vorteil bei einer Aggression Raum, Zeit und Schwerpunkt des Angriffs bestimmen zu können, müsse durch eine bewegliche Operationsführung des Verteidigers ausgeglichen werden.

Hessen: Neuer Etatentwurf vorgelegt

dpa, Wiesbaden

Der hessische Finanzminister Herbert Reitz (SPD) hat einen vom Kabinett beschlossenen neuen Etatentwurf für das Haushaltsjahr 1983 vorgelegt, der noch im Lauf der Woche den vier Fraktionen des am 25. September gewählten Landtags zugeleitet werden soll. Mit der Vorlage will die geschäftsführende hessische Landesregierung die Voraussetzungen für die baldige Beratung und Verabschiedung eines ordentlichen Haushaltsplans schaffen, nachdem der erste Regierungsentwurf für den Etat 1983 im alten Landtag von CDU und Grünen abgelehnt worden war.

Reitz sagte, jetzt sei es Sache des Verfassungsorgans Landtag, dem Land Hessen auf dieser Grundlage endlich einen ordentlichen Haushalt zu geben. Dabei könne das Parlament „selbstverständlich auch eigene Akzente setzen“ und den Etatentwurf „nach eigenem Geschmack verändern“. Der Finanzminister wies allerdings darauf hin, daß bereits 96 Prozent der im ersten Entwurf vorgesehenen Ausgaben in Höhe von 20,6 Milliarden Mark ausgegeben worden seien. Mit einem Volumen von 20,6 Milliarden Mark schließt auch der neue Entwurf für den Etat 1983 ab. Nach Vorschlagsgesetz, Ausbildungsplatzgesetz und vorläufiger Haushaltsführung stehen nur noch rund 1,1 Milliarden Mark zur Entscheidung des Landesparlamentes an.

Die CDU im hessischen Landtag bleibt bei ihrer Auffassung, daß zunächst eine ordentliche Landesregierung gebildet werden muß, um eine sichere Grundlage für die Haushalts-gesetzgebung für die Jahre 1983 und 1984 zu gewährleisten.

Arafat-Hilferuf an die Sowjets

AFP, Beirut

Yassir Arafat hat angesichts der wachsenden Revolte prosyrischer Kräfte in der PLO den Kreml um Hilfe gebeten. In einer Botschaft, die Arafat zum Jahrestag der Oktoberrevolution an Andropow richtete, drückte der PLO-Chef die „dringende Hoffnung“ aus, daß die UdSSR der PLO und dem palästinensischen Volk jede Unterstützung gewährt, damit sie ihre derzeit kritische Phase überwinden können. „Imperialistische Kräfte“ wollten die Palästinenser „um die von der PLO erkämpften Früchte bringen“.

Bis zuletzt Tauziehen um Versöhnungskonferenz

Ohne Dschumblatt gibt es keinen Frieden für Libanon

Von PETER M. RANKE

Nach dem Willen des libanesischen Präsidenten Amin Gemayel soll die „Versöhnungskonferenz“ der libanesischen Konfliktparteien heute um elf Uhr im Flughafen-gebäude von Beirut beginnen. Die Friedenstruppen der amerikanischen Marines, der Franzosen, Italiener und Briten wurden um Schutz gebeten. Pro-syrische Politiker wie Kerame und Frandschich aus Nordlibanon sowie eine syrische und saudische Delegation sollen mit Hubschraubern und Düsenjets anreisen.

Noch gestern war es allerdings nicht völlig sicher, ob die Konferenz würde stattfinden können. Denn der Drusen-Chef Walid Dschumblatt lehnte – nach Rücksprache mit Damaskus – den Tagungsort aus „Sicherheitsgründen“ ab. Aus politischen Gründen will er nicht unter dem Schutz der alliierten Friedenstruppe, ebenso wenig die syrische Beobachter-Delegation. Wenn aber Dschumblatt nicht kommt, ist die „Versöhnungskonferenz“ praktisch schon vor Beginn gescheitert.

Um nicht den Waffenstillstand vom 26. September vollends zu gefährden, der fast täglich durch Beschließung der UN-Stellungen oder der Armee-Positionen in Souk al Gharb ohnehin gebrochen wird, will Präsident Gemayel jedoch eine weitere Vertagung der Konferenz nicht zulassen; er würde notfalls erst einmal ohne die Drusenpartei Dschumblatts beginnen. Ein anderer Drusen-Politiker, Feisal Arslan von den Yasbeki-Drusen, hat sein Erscheinen zugesagt. Präsident Gemayel will jetzt klarmachen, wer die Versöhnung blockiert.

Wenn Dschumblatt nicht erscheint, dann droht die Gefahr, daß seine Drusen-Miliz von den Bergen aus den Flugplatz unter Feuer nimmt und daß mit der Konferenz auch der Waffenstillstand endgültig zusammenbricht. In den letzten Tagen hatten Heckenschützen einer pro-iranischen Schützen-Miliz, die die „Amal“, von einem Stützpunkt aus stundenlang amerikanische Positionen unter Feuer genommen, so daß auch die Straße zum Flughafen teilweise blockiert war. Auch diese Gefahr droht der Konferenz auf dem Flugplatz.

Die „Versöhnungskonferenz“ war nach saudischer und amerikanischer Vermittlung im Waffenstillstandsabkommen vom 26. September als Hauptpunkt für die Beendigung der

dreiwöchigen Kämpfe im Schuf vereinbart worden. Als Tagungsort waren Dschidda in Saudi-Arabien oder der Präsidenten-Palast in Baabda in Aussicht genommen worden, doch lehnten die Syrer wie Dschumblatt beides ab. Der Drusen-Chef stellte ebenso wie die Regierung in Damaskus und die pro-syrische Opposition um Frandschich und Kerame in Tripoli die Bedingung, daß vor einer wirklichen Aussöhnung die alliierte Friedenstruppe Beirut verlassen müsse und das libanesisches Abkommen mit Israel vom 17. Mai annulliert werde.

Die Verzögerungsmanöver der pro-syrischen Opposition und der syrischen Regierung lassen erkennen, daß diese Gruppierung nicht an Versöhnung durch Verhandlungen und Kompromisse denkt, sondern nach der Auffüllung der Munitionsbestände den Krieg um Beirut fortsetzen will. Dschumblatt hat bereits erklärt, der Krieg gehe weiter, wenn die „Versöhnungskonferenz“ nicht eine den Drusen genehme „Neue Ordnung“ in Libanon bringe und nicht die syrischen Sicherheitsinteressen berücksichtige.

Präsident Gemayel hat nicht zu letzt unter saudischem und amerikanischem Druck in der Frage des Tagungsortes immer wieder Zugeständnisse gemacht, um die Konferenzziele zu retten. Er hat bisher aber auch nicht erreicht, daß Italiener und Griechen ihm rund 800 Mann zur Überwachung des prekären Waffenstillstandes schicken. Dabei gibt es nicht nur eine sechstausend Mann starke UNO-Truppe in Südlibanon, sondern in Beirut seit 1949 auch die UNTSO (United Nations Truce Supervision Organisation), die den damaligen Waffenstillstand mit Israel überwacht. Die UNTSO wird von den Libanesen abfällig nur „United Nations Tourist and Sightseeing Organisation“ genannt.

Wenn die Drusen Dschumblatts und die Syrer nicht zur „Versöhnungskonferenz“ kommen, bleibt noch die Aussprache unter den christlichen Politikern, den gemäßigten Schützen und Sunniten über eine neue Koexistenz im libanesischen Staatsverband und eine Neuverteilung der Macht. Doch ohne die Drusen wird die moslemische Gruppierung keine Entscheidungen treffen. So bleibt abzuwarten, wie viele der zwölf eingeladenen Politiker heute erscheinen werden. (SAD)

„Prawda“-Chef zu Drohungen an die USA

rrr, Moskau

Die Sowjetunion wird nach den Worten des Chefredakteurs der Parteizeitung „Prawda“, Wiktor Afanasjew, nach einer Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Europa möglicherweise die Zahl ihrer von den USA kreuzenden Atom-U-Boote erhöhen. In einem von der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo verbreiteten Interview schloß Afanasjew eine Stationierung sowjetischer Raketen in Kuba aus.

Die Stationierung der US-Waffen könnte zu einer Aussetzung der Generärs-Abstreifungsverhandlungen führen, doch müßten die Gespräche irgendwann fortgesetzt werden, da Verhandlungen die einzige Hoffnung für eine Lösung des Problems seien. Unter Bezug auf die künftigen Unterredungen des sowjetischen Außenministers Gromyko mit Bundesaußenminister Genscher, sagte der Chefredakteur, Gromyko habe eine mögliche Aussetzung nicht erwähnt.

Seoul verhaftet „Spione Nordkoreaner“

dpa, Seoul

Mit der Bekanntgabe der Verhaftung von zwölf Menschen wegen „Spionage“ für Nordkorea will die südkoreanische Regierung offensichtlich die Wachsamkeit der Bevölkerung gegenüber dem kommunistischen Norden stärken. Die Regierung in Seoul beschuldigt Pjongjang, das Bombentest in Rangun inszeniert zu haben, bei dem 17 führende südkoreanische Politiker ums Leben kamen.

Die konspirativen Aktivitäten der Verhafteten wurden nach Angaben des für die innere Sicherheit zuständigen Innenministeriums bei einer Untersuchung von nordkoreanischen Sabotageakten gegen die Jahrestagung der Interparlamentarischen Union (IPIU) aufgedeckt, die Anfang des Monats in Seoul stattgefunden hatte.

Unter den Verhafteten sind drei Südkoreaner im Alter zwischen 27 und 32 Jahren, die ihren ständigen Wohnsitz in Japan haben. Nach Angaben der Sicherheitsbehörden soll einer von ihnen 1973 zur Agentenausbildung in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjongjang gewesen sein. Später soll er von Japan aus einen Spionagering geleitet und südkoreanische Studenten mit der Ausbildung von Militär- und Polizei-einrichtungen beauftragt haben.

Operation Sugar: Im stummen Flug heimlich nach dem Nahen Osten

Wie die fünf französischen Super-Etendards in den Irak gelangten

Von WALTER H. RUEB

Wo sind die fünf Kampfflugzeuge vom Typ Super-Etandard, die Frankreich Irak zu liefern versprochen? Paris und Bagdad bestreiten nach wie vor eine Lieferung. In Bagdad soll Staatspräsident Saddam Hussein Frankreich sogar mit Repressalien gedroht haben für den Fall, daß es die versprochenen Super-Etendards nicht liefert.

In einer groß aufgemachten Exklusiv-Reportage berichtet jetzt Reporter Jean-François Crozier von „France Soir“, der größten Zeitung Frankreichs, über die „Operation Sugar“, die kürzlich zwischen Frankreich und Irak abfiel und nichts anderes war als der streng geheimgehaltene Flug der umstrittenen Flugzeuge quer durch Europa zum irakischen Luftwaffen-Stützpunkt Qayarah.

Nach Croziers Schilderungen ging der sensationelle Flug wie folgt voran: Am Freitag, dem 7. Oktober, starteten auf dem Marine- und Luftwaffenstützpunkt von Landivisiau in der Normandie sieben Etendards ohne Kennzeichen. In den Cockpits saßen Offiziere der französischen Luftwaffe. In einer Höhe von 3000 Metern bildeten die Flugzeuge eine Formation, zusammen mit einem Zivilflug-

zeug voller abmontierter Etendard-Teile. Das Zivilflugzeug übernahm logistische Aufgaben und den Funkverkehr mit den französischen Bodenstationen. Die Etendards selbst mußten stumm bleiben.

Durch einen der Armee reservierten Luftkorridor ging es nach Süden, hinter einem weiteren Zivilflugzeug her, dessen Besatzung auf den ausgewählten Landestationen Vorbereitungen für das diskrete Zwischenlanden und Aufanken der Kampfflugzeuge erledigen mußte.

Um 17 Uhr setzten die Etendards in Cazaux im Département Gironde unweit der französisch-spanischen Grenze auf, im Verlauf des Abends schließlich bei Solenzara im Süden von Korsika. Hier war für zwei der sieben Etendards sowie für eines der beiden Zivilflugzeuge Endstation. Die beiden zusätzlichen Etendards waren lediglich für den Fall einer Panne mitgefliegen.

Mitten in der Nacht wurde schließlich die griechische Militärbasis Tanagra unweit Athens erreicht. Von dort ging es am frühen Samstagmorgen weiter zum türkischen NATO-Flugplatz bei Ankara. Hier gab es erstmals Probleme. „Der Flugplan sah ursprünglich vor, auf Nordkurs

in Richtung Irak zu fliegen“, schreibt Crozier. „Die Behörden der Türkei machten jedoch darauf aufmerksam, daß die französischen Flugzeuge dabei vom sowjetischen Radar mit großer Reichweite erfaßt werden könnten. Sie schlugen deshalb eine sichere Flugroute vor, mehr im Süden. Dem wurde sofort zugestimmt.“

Nach dem Passieren der türkisch-irakischen Grenze überflogen die Etendards das militärische Sperrgebiet bei Mossul und landeten am späten Samstagabend auf der Airbase von Qayarah, im äußersten Norden Iraks. Der dortige Luftwaffenstützpunkt ist der wichtigste des Landes und so geheim, daß er auf keiner aeronautischen Karte eingetragen ist. Die Etendards wurden nach der Landung sofort in Hangars gerollt.

Noch vor dem Morgenrauschen flogen die französischen Piloten in dem Zivilflugzeug auf dem gleichen Weg wie beim Hinflug in die Heimat zurück. Am Nachmittag des Sonntags landete die Maschine am Ausgangspunkt der „Operation Sugar“ in Landivisiau. Crozier: „Die Piloten haben ihre Arbeit getan, jetzt ist es an den Politikern, die Szene zu betreten. Sagen wir es offen: Seither liegen alle.“

Nordkorea stützt linke Regierungen

Militärausbilder in Afrika im Einsatz / Opposition soll eingeschüchtert werden

Von MANFRED NEUBER

Das kommunistische Nordkorea dehnt seine Militärhilfe für afrikanische Staaten auf jene benachbarten Inseln aus: In jüngster Zeit sind nordkoreanische Ausbilder auch auf Malta und auf den Seychellen im Einsatz.

Malta konservativer Oppositionsführer Fenech Adami hat jetzt die Regierung in La Valletta zur Stellungnahme aufgefordert, ob ein Geheimabkommen mit Pjongjang besteht. Ministerpräsident Dom Mintoff und die Staatspräsidentin Agatha Barbara reisten vor Monaten zu gemeinsamen Besuchen nach Nordkorea. Instrukturen aus Fernost bilden derzeit Sondereinheiten der Armee und der Polizei auf Malta zur Niederschlagung öffentlichen Aufruhrs aus. Einige treue Gefolgsleute des Sozialisten Mintoff wurden zur besonderen Schulung nach Nordkorea entsandt. Der Ministerpräsident hat dem Polizeichef Pullicino Sondervollmachten zur Sicherung seines Regimes über-

tragen. Nach Angaben westlicher Diplomaten sind die nordkoreanischen Militärbildner in einem früheren Camp der britischen Royal Marines stationiert.

Nach einer Kabinettsumbildung im September hatte Mintoff seinen Amtssitz völlig überraschend aus La Valletta in eine Kaserne nahe dem Flugplatz Luqa verlegt.

Auf den Seychellen haben etwa 55 Nordkoreaner vor wenigen Monaten die Militärbildner aus Tansania ersetzt. Die Afrikaner sollen bei einer Meuterei in den Streitkräften der Seychellen vor Jahresfrist ungeschickt reagiert haben. Damals starben mindestens neun Personen. Major James Michel, Chef des Stabes, erklärte: „In Kürze werden wir eine der am besten ausgebildeten Truppen im Indischen Ozean haben. Diese Aufgabe werden die Nordkoreaner übernehmen, die zu den diszipliniertesten Völkern der Erde zählen.“

Von Burundi bis Zimbabwe haben mehr als ein Dutzend afrikanischer

Länder nordkoreanische Militärausbilder in den vergangenen zehn Jahren angefordert. Nach Schätzungen westlicher Beobachter wurden 3800 Soldaten aus afrikanischen Staaten in Nordkorea geschult, und Pjongjang entsandte verschiedene große Kontingente nach dem Schwarzen Erdteil, so zwanzig Ausbilder nach Libyen und zeitweise 200 nach Somalia. In Uganda sollen die Nordkoreaner in Kämpfe mit Aufständischen verwickelt worden sein, die im August 1982 den Tod von zwei nordkoreanischen Offizieren nördlich von Kampala meideten.

Weltweite Aufmerksamkeit fand das Auftreten der Nordkoreaner in Zimbabwe, wo 160 Instrukteure die 5000 Mann starke Fünfte Brigade ausgebildet haben. Sie dient als Primärneger-Garde für Ministerpräsident Robert Mugabe. Die Fünfte Brigade wird auch als schlagkräftige Truppe in Stammeskämpfen gegen Anhänger des Oppositionspolitikers Joshua Nkomo eingesetzt.



Auch wenn Ihr Unternehmen nur drei Mann stark ist, wir sind der richtige Partner.

HDI - Sicherheit, die sich auszahlt. Seit 80 Jahren haben wir uns als leistungsstarker Versicherer für Industrie, Handel und Gewerbe einen Namen gemacht. Diesem Namen sind wir verpflichtet. Deshalb bieten wir nicht nur einen umfassenden und individuellen Versicherungsschutz, sondern sagen Ihnen auch, wie Sie Risiken erkennen, vermindern und Schäden verhüten können. Und weil wir ein Versicherungsverband auf Gegenseitigkeit sind, können Sie mit besonders günstigen Konditionen rechnen. Selbst wenn Ihr Unternehmen nur drei Mann stark ist. Natürlich sind wir auch der richtige Partner, wenn es um Ihre private Sicherheit geht.

HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie
Versicherungsverband auf Gegenseitigkeit

Aus dem neuen Buch des russischen Bürgerrechtlers Wladimir Bukowski / Über Demokratie und den Fetisch „links“ zu sein

„Ich war in Hunderten von Häusern und sah fast nirgends Bücher“

Über die Unterschiede zwischen Ost und West schreibt Wladimir Bukowski in seinem neuen Buch nach über fünfjährigem Aufenthalt im Westen. Allgemeine, fast zufällig gemachte Beobachtungen werden sich nun zum Grundsätzlichen: Bukowski vergleicht und überprüft den Stellenwert der politischen Traditionen. Er bekämpft die Unsicherheit des historischen Gedächtnisses im Westen.

Von WLADIMIR BUKOWSKI

Das Recht, für seine Interessen, seine Prinzipien zu kämpfen, ist das wesentliche Element der Demokratie. Ungerechtigkeit und Unterdrückung können in jeder Gesellschaft vorkommen, doch nur in der Demokratie kann einen niemand hindern, gegen sie zu kämpfen.

Man verfasse Appelle, klebe Plakate an, halte Demonstrationen ab, suche Gleichgesinnte (und man wird sie finden), man wende sich an die Zeitungen (und sie werden einen Platz geben, wenn auch vielleicht nur aus Interesse an der Neugierde), man wende sich an berühmte Persönlichkeiten (und eine von zehn wird bereit sein zu helfen), man übe Druck auf die Politiker aus (und wenigstens einer wird sich der Kampagne anschließen, weil er Wählerstimmen benötigt). Der gesamte Mechanismus der Demokratie unterstützt den Kämpfer, spornet ihn sogar an, Lärm zu schlagen und Forderungen zu stellen.

In Wirklichkeit ist das Ergebnis stets mehr oder weniger das gleiche, welche Freiheit man auch verteidigt, welche althergebrachten Forderungen man auch erhebt. Der Mechanismus der Demokratie ist neutral, er kann nicht selektiv funktionieren. Für ihn sind nur zwei Faktoren wichtig: das Problem und die Forderung.

Demonstration und Petitionen richten nichts mehr aus – es gibt Zehntausende von ihnen –, deshalb muß die unterdrückte Minderheit, wenn sie genug Energie hat, zu effektiveren Methoden greifen, zum Beispiel zur Geiselnahme oder zur Explosion von Bomben in Gaststätten.

Ich weiß, daß noch viele „Reaktionäre“ bei dem Wort „Geiselnahme“ die Nase rümpfen, dabei ist diese Methode seit langem anerkannt. Sie wird nicht nur von Extremisten praktiziert, sondern

auch vollkommen respektable Gewerkschaften nehmen Geiseln, zum Beispiel die Kinder in britischen Krankenhäusern oder Zehntausende ebensolcher Arbeiter und Angestellten wie sie, die nach Frankreich in Urlaub gefahren sind. Wenn man gründlicher darüber nachdenkt, ist jeder umfassende Streik in unserer Zeit auch eine Geiselnahme. Dem Reisenden ist gleichgültig, ob Terroristen sein Flugzeug entführen oder ob streikende Fluglotsen es zurückhalten: Die einen wie die anderen erpressen Geld von jemandem, den zu kennen sie nicht die Ehre haben.

Erstmalig, nicht wahr, wie leicht sich „Unterdrückte“ in „Unterdrückter“, Ausgebeutete in Ausbeuter verwandelt! Art Buchwald schrieb einmal ein sehr interessantes Feuilleton darüber, daß es bei den jetzigen „positiven Diskriminierungen“ in der Industrie am schwersten geworden ist, einen Arbeitsplatz für einen jungen, weißen, gesunden Mann zu finden, der keine Vorstrafen oder Drogenprobleme hat. Der Unternehmer erhält von der Regierung keine Prämie, wenn er einen solchen Arbeiter anstellt. Das ist kein Witz, denn schon werden Prozesse über die Diskriminierung von Weißen geführt. Und die Gewerkschaften? Während sie gestern noch das Recht zu ihrer Gründung erobert haben mußten, machen sie heute diejenigen arbeitslos, die sich ihnen nicht anschließen wollen. Das Streikrecht ist kaum durchgesetzt, und schon beklagen sich Tausende von Briten bei ihren Parlamentsmitgliedern, weil sie sich ohne geheime Abstimmung fürchten, einen der vielen Streiks abzulehnen. Über den Terror politischer Minderheiten brauche ich nichts hinzuzufügen; er wird ganz offen abgehalten und zielt häufig auf die Zerstörung der Demokratie.

Immer wieder Terror

Einen Moment. Das alles klingt gefährlich vertraut: Terror einer Minderheit gegen die Mehrheit, Zensur, Zwangsmittel, Mitgliedschaft in den Gewerkschaften und gleichzeitig in politischen Organisationen (die Stimmen der Gewerkschaftsmitglieder werden zum Beispiel in Großbritannien und Schweden automatisch der sozialistischen Partei zugerechnet). Das ist doch unsere prächtige Sowjetunion in all ihrem Glanz. Nur hat bei uns eine

terroristische Minderheit in einer Krise die Macht ergriffen. Das Weitere folgte von ganz allein: Terror im Rahmen eines ganzen Landes, eine eingeschüchterte „schweigende Mehrheit“, schwacher, desorganisierter Widerstand der Armee und wieder Terror.

Das Land ist groß, die Kommunikationslinien sind unterbrochen, an einem Ende weiß man nicht, was am anderen vorgeht: Zerrüttung, Hunger, Aufruhr, Plünderungen, ein solches Chaos, daß auch im Westen die brutalsten Maßnahmen der Zentralregierung für gerechtfertigt gehalten werden. Ich bin davon überzeugt, daß keine einzige europäische Demokratie die Krise überlebt hätte, wie sie in Rußland am Ende des Ersten Weltkriegs entstand.

„Erlauben Sie“, wird ein weiser Historiker sagen, „Sie vergessen die Traditionen, die Kultur... Im Westen existiert die Demokratie Hunderte von Jahren, während es in Rußland nie eine gegeben hat!“

Wenn man für jeden Menschen schon zu Lebzeiten einen Nachruf schreiben kann, läßt sich auch für jedes Land eine völlig überzeugende Entstehungsgeschichte des dortigen Totalitarismus verfassen. Wo, abgesehen von England, Holland, der Schweiz und Skandinavien, existierte die Demokratie denn schon mehrere Jahrhunderte lang ohne Unterbrechung? In Amerika? Dort wurde die Sklaverei zwei Jahre später beseitigt als in Rußland die Leibeigenschaft. Dazu geschah dies bei uns auf friedlichem Wege, durch einen Beschluß des Herrschers, während in Amerika aus diesem Anlaß ein mehrjähriger Bürgerkrieg tobte, weil fast die Hälfte des Landes gegen diese Maßnahme war.

Andererseits sind junge Demokratien ohne jede „Tradition“ zum Beispiel in Japan oder Deutschland entstanden und haben sich schon mehr als dreißig Jahre gehalten. Die andere Hälfte Deutschlands – gleich nebenan, man braucht nur über einen Stacheldraht zu klettern – ist faschistisch geblieben und hat lediglich die Farbe geändert.

Mir scheint, daß wir geneigt sind, die Bedeutung von Traditionen zu überschätzen. Welchen Einfluß kann der Glaube der älteren Generation auf die Bildung unserer Ansichten ausüben? Höchstens einen negativen, da die neuen Generationen die



Wladimir Bukowski studierte ab 1977 in Cambridge, heute ist er an der Universität Stanford.

FOTO: CAMERA PRESS

Tendenz haben, aufzubegehren, die Überzeugungen ihrer Väter zurückzu stoßen. Zum Beispiel war ich nach allem, was ich über die Bewegung der westlichen Jugend in den sechziger Jahren, über all diese Hippies, Beatniks usw. gehört hatte, überrascht vom eher konservativen Äußeren und den Stimmungen der heutigen Studenten. Im Gespräch mit einem jungen Mann in meinem College, der besonders steif aussah und neben Anzug und Krawatte immer auch eine Weste mit Uhrkette trug, erkannte ich plötzlich, daß die Lebensweise seiner Eltern ihn schwer bedrückte. Er erzählte, daß sie bei seiner Schulabschlussfeier erschienen waren, und beschrieb sehr witzig, wie er sich diesem seltsamen Paar in abgerissenen Jeans und mit ungekämmten Haaren versteckt und so getan hatte, als könne er sie nicht. Sie hätten ihn fürchten lassen, daß sie sich ihm näherten, ihm lässig auf die Schultern klopfen und vorschla-

gen könnten: „Na, Alter, rauchst du 'nen Joint mit uns?“

Etwas Ähnliches, wenn auch vielleicht nicht ganz so Drastisches, geschah mit dieser ganzen Generation. Insgesamt sind die Studenten heute unpolitisch und konzentrieren sich ernsthaft auf ihr Studium, was für die westlichen Universitäten fast unvorstellbar ist.

Ich glaube, daß jede neue Generation die Tradition überprüft. Die einzige Grenze in dieser Dialektik bildet wohl der Nationalcharakter, sofern dieser Ausdruck heutzutage noch etwas bedeutet. Aber auch von diesem Gesichtspunkt aus sind die Osteuropäer für den Totalitarismus nicht geeignet. Wir sind ungehorsam, eigen uns die Einschränkungen der Disziplin nur mit Mühe an, und die Obrigkeit hat bei uns nie besondere Achtung genossen.

Wenn etwa die Forderungen des Regimes in sowjetischen Gefängnissen und Lagern strikt eingehalten worden wären, hätten wir schwerlich überlebt. Sagen wir, daß der wachhabende Gefängniswärter die Häftlinge in einer Zelle alle zwei Stunden zählen soll. Nachts soll er das Licht periodisch einschalten und sogar die Türen öffnen. Natürlich ist er zu faul, und das Licht brennt die ganze Nacht hindurch, was auch unangenehm ist, woran man sich aber gewöhnen kann. In den Gefängnissen der DDR wird diese Anweisung, wie man sich erzählt, mit typischer deutscher Pedanterie befolgt, und die Nacht wird zu einer Tortur für die Häftlinge. Überhaupt hat uns unsere legendäre Schlamperei vor vielen Nöten bewahrt.

Was die Traditionen der Demokratie betrifft, so bezweifle ich stark, daß sie auch nur theoretisch existieren. Die ganze Geschichte des antiken Griechenland bestand daraus, daß Demokratie und Tyrannie einander ablösten. Platon war sogar der Meinung, daß die eine unvermeidlich die andere hervorbringe. Außerdem, wenn die Bedeutung einer solchen Tradition anerkannt wird, so folgt daraus, daß man die Menschen Freiheit – lehren muß. Dieser Idee liegt ein Fehlschluß zugrunde: Aus Mangel an Erziehung kann man nicht direkt von der Tyrannei zur Freiheit übergehen. Wie aber erhält man eine solche Erziehung in der Unfreiheit?

All diese Gedanken über Traditionen hätten einen Sinn, wenn ein Volksgedächtnis die Ereignisse der Vergangenheit festhielte. Aber auch davon kann keine Rede sein. Nach den Nationalfeiertagen der demokratischen Länder zu urteilen, besteht ihre Geschichte ausschließlich aus Siegen und humanen Akten. Diese Feiertage spiegeln nichts als nationale Eitelkeit wider. Die traurigen Ereignisse, die nicht mehr als dreißig oder vierzig Jahre alt sind, werden schon aus der Erinnerung getilgt. Die amerikanische Fernsehserie „Holocaust“ löste einen Sturm aus. Nicht nur die Jugend, sondern auch Menschen der älteren Generation waren vollkommen fassungslos, als wenn die Tatsachen über die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis eine Neuigkeit darstellten. Es schien, als habe es die Nürnberger Prozesse, Tausende von Büchern und Filmen nie gegeben. Fängt man nicht immer noch von Zeit zu Zeit Naziverbrecher irgendwo in Lateinamerika? Ist heute von den Menschen, die den Konzentrationslagern die Freiheit gebracht haben oder die dort eingesperrt waren, niemand mehr am Leben? Jedes Schulkind hat doch von alledem gehört.

Das historische Gedächtnis

Die einzige Folge des Faschismus des Zweiten Weltkriegs ist eine unreflektierte Neigung „nach links“, was dieses „links“ auch bedeuten mag. Links zu sein ist zu einem Fetisch geworden, und jeder Politiker rechts von den Sozialisten sieht sich schon als „Faschist“ tituliert. Deshalb ist die Welt heute dem „roten Faschismus“ näher als das Europa der Vorkriegszeit dem „braunen“. Soviel zu den Traditionen.

Es mag paradox erscheinen, doch die Völker Osteuropas besitzen ein weit besseres historisches Gedächtnis. Wir leben überhaupt mehr in der Vergangenheit, weil es keine Gegenwart gibt und die Zukunft nicht abzusehen ist. Unsere Völker haben sowohl den faschistischen Einmarsch als auch die kommunistische Herrschaft erlebt; deshalb können Ideologien uns kaum mehr beeinflussen. Jeder antifaschistische Film, jedes antifaschistische Buch wird bei uns als antisowjetisch interpretiert (und

manchmal sogar von der Zensur verboten).

Alles in allem liest man bei uns erheblich mehr. Sogar die ärmlichste Arbeiterfamilie nennt ein Regal mit Büchern ihr eigen, und kultiviertere Familien besitzen ganze Bibliotheken, die von einer Generation an die andere weitergegeben werden. Die Auflagen der Bücher sind gewaltig, und seltene oder verbotene Ausgaben werden heimlich auf dem Schwarzen Markt verkauft. Hier dagegen interessieren sich offenbar nur mehr Spezialisten für die Klassiker. Das Durchschnittsalter eines Buches beträgt bestenfalls ein Jahr. Als ich im Jahre 1978 in Cambridge eine Unterkunft suchte, betrat ich Hunderte von Häusern und sah fast nirgends Bücher, vom Telefonbuch abgesehen. Und das in Cambridge, nicht in irgendeinem Dorf.

Natürlich trifft dies nicht nur auf Großbritannien zu. Ich habe mich seltener in anderen Ländern auf, kenne das Leben in ihnen weniger gut, doch zufällige Episoden zeigen ein ähnliches Bild. In Amerika zum Beispiel kauft man Bücher weniger, um sie zu lesen, als sie aufs Regal zu stellen. Solchenzyn ist beinahe in jedem Haus vertreten – es gehört zum guten Ton, seine Bücher zu besitzen. Ich war neugierig, wie die Amerikaner seine Werke beurteilten, und fragte jeden, ob er die bei sich auf dem Regal stehenden Bücher gelesen habe. „O ja“, antwortete man mir in den meisten Fällen, „aber nicht persönlich.“

Ich begriff nicht, wie man Bücher „nicht persönlich“ lesen kann, bis ein Russe mir erklärte, daß die Mehrheit die Rezensionen in den Zeitungen liest und sich damit begnügt. Das reicht aus, um nicht als Ignorant zu erscheinen und gegebenenfalls das Gespräch aufrechtzuerhalten.

Vor relativ kurzer Zeit war ich in Marseille und bat natürlich, mich zum Château d'If zu fahren. Meine Freunde lachten im Chor. Wie sich herausstellte, ist dies die Bitte, die alle Russen zuerst vorbringen. Es gibt auch Interessenten aus anderen Ländern, nur Franzosen gehören nicht zu ihnen. Die französischen Kinder lesen Dumas nicht!

Ausgabe aus Wladimir Bukowski: „Dieser stehende Schamur der Freiheit“, Seewald-Verlag 1983.

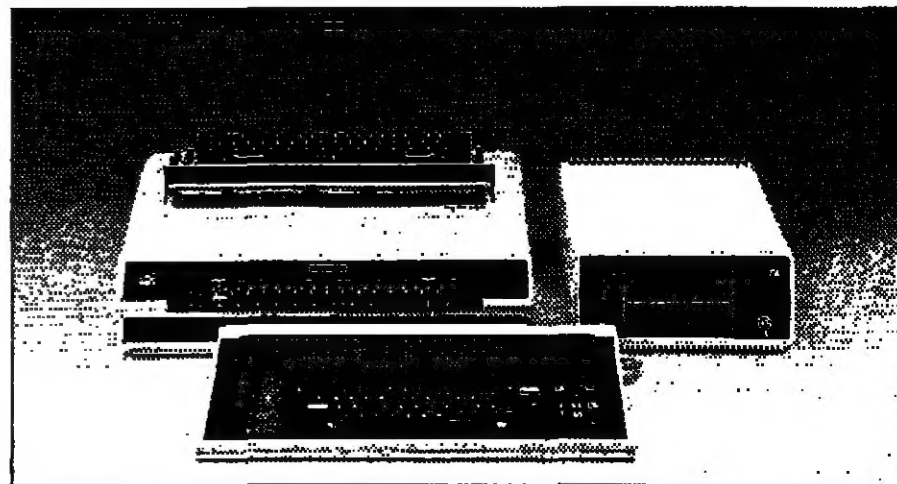


Kommunikationsprobleme im Büro. Zum Beispiel:

DAS SCHIWA-PRINZIP.

Gegen das Schiwa-Prinzip hilft: die integrierte Bürokommunikation von TA. Die elektronische, ergonomisch vordimensionierte Schreibmaschine SE 1042 mit Textspeicher, getrennter Tastatur und Teletex-Anschluß gehört dazu.

Wenn Sie mehr wissen möchten, schreiben Sie an: TRIUMPH-ADLER AG für Büro- und Informationstechnik Kennwort: 25/DW Wilschstr. 102, 8500 Nürnberg.



TA TRIUMPH-ADLER Bürokommunikation

SIEMENS

Seit dem 17.10.
gibt es von Siemens
einen Computer,
der kann allein
viele...



z. B. erlaubt er
leichteren Zugriff
auf Datenbanken

z. B. gibt es ihn
mit Kalkulations-
software

z. B. eignet er sich
für viele
Büroanwendungen

z. B. ist er für die
Textverarbeitung
qualifiziert

...und
mit der Zentrale alles

Denn zum einen ist der neue Arbeitsplatz-Computer 9780 von Siemens so leistungsfähig, daß er Fachabteilungen die selbständige Anwendung sogar größerer Softwarepakete ermöglicht. Zum anderen paßt sich der neue Siemens-Computer 9780 als intelligentes Terminal auch nahtlos in ein EDV-Konzept mit dem Betriebssystem BS2000 ein. Der Anwender am Arbeitsplatz kann also zusätzlich auch alle Programme des zentralen Rechners nutzen.

Der neue Arbeitsplatz-Computer TRANSDATA® 9780 von Siemens ist also ein richtiger Computer am Arbeitsplatz – und ein richtiger Bildschirm zum zentralen Computer. EDV-Fachleute sollten ihn sich deshalb gemeinsam mit ihren Kollegen aus den Fachabteilungen vorführen lassen.

Der neue Arbeitsplatz-Computer 9780 in Stichworten:
16 Bit-Mikroprozessor, bis zu 4 Bildschirme anschließbar, Betriebssystem SINIX (9780)*, vorbildliche Ergonomie.

Siemens-Computer.

Der neue Arbeitsplatz-Computer 9780.



*SINIX basiert auf dem weltweit bekannten Betriebssystem UNIX der Bell Laboratories.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41; Telex 8 85 714

Mehr Geschrei als Wolle

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp, ich habe, als Anfang August Franz Josef Strauß in einer Pressekonferenz über seine Reise in die DDR und seine dort mit SED-Chef Honecker gehaltenen Gespräche berichtete und die WELT den Vorgang mit skeptischen oder gar hässlichen Kommentaren begleitete. Sie meinen Unmut hierüber sogleich wissen lassen, ganz einfach, weil ich Ihren Pessimismus damals nicht teilen mochte.

Inzwischen sind ein paar Monate ins Land gegangen, und es kann doch wohl nicht geleugnet werden, daß sich in diesem Zeitraum immerhin einiges im deutsch-deutschen Verhältnis bewegt hat. Und daß darüber hinaus die begründete Hoffnung besteht, daß sich im Laufe der Zeit Weiteres bewegen wird. Der Weg, das wissen wir alle, ist mühsam und steinig. Aber es nützt alles nichts, er muß um des hohen Zieles wegen begangen werden.

Als gebürtiger Mitteldeutscher und DDR-Flüchtling lasse ich mich da von Honeckers „Eis-Warnung“ nicht beeindrucken. Sein so bombastisch aufgeputzter Brief gehört m. E. zu den Pflichtübungen, die ihm seine enge Bindung an den großen Bruder in Moskau und seine sozialistischen Bruderländer auferlegen und die daher, wenn man sie auf ihre Substanz abbklopft, mehr Geschrei als Wolle sind.

Wir sollten uns daher von Honeckers großen Worten und drohenden Gesten nicht über Gebühr beeindrucken lassen, sondern unbeirrt unseren für richtig erkannten Weg weitergehen. Jedes Zaudern hierbei würde nur schwere Rückschläge bewirken. Dem Mutigen gehört die Welt!

Mit freundlichen Grüßen
Karl-Heinz Merner,
Wolfsburg

Wo Genossen resignieren

„Jäger“, WELT vom 18. Oktober

Wilfried Hertz-Eichenrode hat recht mit seinem Kommentar: es ist der „böse Geist“ der SPD, Egon Bahr, der zu allem Unheil hin, das er bereits in der Ost- und Deutschlandpolitik angestiftet hat, auch noch dafür sorgt, daß die SPD den Godesberger Kurs verläßt und zum Neutralismus zurückschwenkt.

Zwar versucht Bahr, seinen verhängnisvollen Kurs durch verbale Bekenntnisse zur NATO zu verschleiern. Wer jedoch, wie er, der Politik der Epplers und Lafontaines die Tür zur Mehrheitsposition in der SPD öffnet, macht damit auch den Weg frei zum endgültigen Nein der Sozialdemokratie zum Atlantischen Bündnis. Von den Jungsozialisten wird dieses Nein übrigens schon heute offiziell gefordert.

Wie eh und je deckt der SPD-Vorsitzende Brandt den bösen Kurs Bahrs, der ja sein politischer Zögling ist. Es stört den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale dabei gar nicht, daß namhafte sozialistische Führer in Westeuropa wie Mitterrand oder Craxi den Schwenk der deutschen Genossen nur noch mit Kopfschütteln betrachten. Er macht seine Partei lieber politik-unfähig, um eine Formel des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel zu benutzen, als den neutralistischen Eiferern in der Partei Zügel anzulegen.

Man kann es unter diesen Umständen nur als Glück bezeichnen, daß diese SPD nicht über die Schalthebel der Regierung verfügt. Aber es ist tief beunruhigend, daß sich die große Oppositionspartei, die doch die Alternative zur Regierung sein müßte, auf einem Ost-Kurs befindet, der nur

noch den Machthabern im Kramel und pazifistischen Schwarmgeistern Freude bereitet. Viele alte Sozialdemokraten sehen das ähnlich; aber sie haben resigniert und wagen es nicht mehr, gegen das Abdriften ihrer Partei offen zu rebellieren. Ich fürchte, Bahr wird in der Tat zum unabwendbaren Schicksal seiner Partei werden.

Claus Jäger, MdB, CDU,
Bonn / Wangen im Allgäu

Freiheitssymbol

Sehr geehrte Damen und Herren, die diesjährige Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Lech Waleśa ist eine besonders erfreuliche und eindrucksvolle Bestätigung dafür, wie wichtig es (auch für unsere eigene Zukunft) ist, die Bürgerrechtsbewegung in den Ostblockstaaten und

anderen Teilen der Welt zu unterstützen. Die Verleihung findet zudem zu einem Zeitpunkt statt, an dem das polnische Volk und die polnischen Arbeiter zunehmender Unterdrückung und zusätzlichen Pressionen von seiten des Staates ausgeliefert sind. Nachdem das Kriegsrecht nun unter anderen Namen verlängert worden ist, indem härteste Ausnahme- und Notstandsbestimmungen in die Verfassung eingebaut und verschärfte Strafgesetze eingeführt wurden, gibt es trotz Amnestien immer noch mindestens 189 politische Gefangene in Polen. Daher ist es wichtig wie richtig, den Polen und allen unterdrückten Völkern gerade unter bedrohlich verstärkter Verfolgung durch das Regime Mut zu machen, denn die polnischen Behörden gehen jetzt daran, mit DDR-Hilfe ein Spitzelsystem nach Stasi-Muster zu installieren und Waleśa mit Hilfe einer Verleumdungskampagne auszuscheiden.

Lech Waleśa aber ist mittlerweile ein Symbol geworden für Freiheit und für Menschenrechte, für Gewaltlosigkeit und Versöhnungsbereitschaft aus einer tiefen christlichen Überzeugung heraus, für freie Gewerkschaften und für die Arbeiterbewegung in der ganzen Welt. Organisationen wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte haben ihn deshalb schon in den Vorjahren als Friedens-Nobelpreisträger vorgeschlagen. Lech Waleśa ist nun neben dem argentinischen Schriftsteller Peres Esquivel und dem verbannten und schwer herzkrankten russischen Atomphysiker Andrej Sacharow, dessen Schicksal uns zunehmende Verpflichtung sein muß, die dritte große Persönlichkeit, die wegen ihres gewaltlosen Einsatzes für die Menschenrechte mit dem Friedens-Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Mit freundlichen Grüßen
Bernward Münster,
Internationale Gesellschaft
für Menschenrechte e. V.,
Herborn

Wort des Tages

„Sache der Religion ist die Wiedergeburt und Heiligung unseres Lebens, seine Verknüpfung mit dem göttlichen Leben. Dies ist vor allem Sache Gottes; aber ohne uns kann sie nicht getan werden: unser Leben kann nicht wiedergeboren werden ohne unser eigenes Wirken.“

Wladimir Solowjew, russ. Religionsphilosoph (1853–1900)

Adels-Vita

„Wittelsbacher-Vita polnischen Adel“, WELT vom 12. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren, Kurfürstin Theresia Kunigunde von Bayern, geboren am 4. März 1676 zu Warschau, Tochter des Königs Johann III. Sobieski von Polen, vermählt (als 2. Gemahlin) mit Kurfürst Max II. Emanuel von Bayern seit dem 12. Januar 1695, gestorben am 10. März 1730 zu Venedig, beigesetzt in der Wittelsbacher-Familiengruft der Theatinerkirche „St. Cajetan“ in München – nicht in „St. Cajus“ bei München.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Wacker,
Nürnberg

Personalien

ERNENNUNGEN

Drei neue Botschafter haben Bundespräsident Karl Carstens ihr Beglaubigungsschreiben überreicht. Zu ihnen gehört der bulgarische Diplomat und Jurist Georgi Eftimov Awramov, Jahrgang 1929, der schon einmal in der Bundesrepublik tätig war, von 1967 bis 1971 als Vertreter des Staatlichen Komitees für Tourismus in Frankfurt. Botschafter Awramov war anschließend bis 1978 Stellvertreter des Ministers für Binnenhandel und Dienstleistung und seit 1978 Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Tourismus in Bulgarien.

Irland hat Botschafter John H. Campbell nach Bonn geschickt. Der Diplomat, Jahrgang 1936, war auf Posten in Washington, Paris und London, wo er 1975 als Gesandter hinging. Seit 1980 ist John H. Campbell Botschafter in Peking gewesen. Für Irak kam Botschafter Abdul Karim Mohammed Najim Al-Tai nach Bonn. Der Diplomat, Jahrgang 1938, war unter anderem in Tokio, Kairo, Brüssel, Athen und Beirut auf Posten. Zuletzt war er Botschafter in der Zentralafrikanischen Republik und in Mali gewesen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Herbert Hupka wurde während der Herbsttagung der Nordatlantischen Versammlung in Den Haag zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Erziehung, Kultur und Information gewählt. Außerdem übernahm Hupka den Vorsitz im Ausschuss „Freizügigkeit für Menschen und Nachrichten“, „Free flow of information and people“. Hupka ist seit 1973 Mitglied der Nordatlantischen Versammlung, die aus Parlamentariern von heute 18 NATO-Mitgliedsstaaten besteht.

PARLAMENT

Zu seinem ersten Auslandsbesuch als Bundestagspräsident reist heute Dr. Rainer Barzel für zwei Tage nach Brüssel. Barzel will zusammen mit seinem belgischen Amtskollegen Jean Dehaene über eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen dem Bundestag und der belgischen Abgeordnetenkammer beraten. Außerdem ist eine Audienz bei Belgens König Baudouin verbunden mit einem Vier-Augen-Gespräch eingeplant. Barzel trifft auch den Vizeprä-

sidenten der EG-Kommission, Wilfried Haferkamp, und EG-Kommissionsmitglied Karl-Helm Nafjes. Der Bundestagspräsident wird aus Kosten der Sparsamkeit keine „Delegationsreise“ mit anderen Kollegen genehmigen. Erst kürzlich hatte er im Bundestag angekündigt, daß bei der Bewilligung von Auslandsreisen „ein besonders strenger Maßstab“ angelegt werden soll.

VERANSTALTUNGEN

Berlins Bundesseniator Professor Rupert Scholz präsentierte in seiner Bonner Landesvertretung zwei prominente Vertreter des Berliner Musiklebens, Professor Götz Friedrich, Generalintendant der Deutschen Oper Berlin und die Sopranistin, Karan Armstrong, die sich mit „Verliehten Liedern“ vorstellte. Unter den Gästen in der Vertretung waren auch US-Botschafter Arthur F. Burns, der dem Generalintendanten mit großem Interesse den historischen Rückblicken in das Opernleben an der Spree folgte. Friedrich: „Die Deutsche Oper Berlin, am Schnittpunkt zwischen West und Ost, in der Mitte Deutschlands und Europas, hat eine besondere, weit über das Regionale hinausreichende Aufgabe.“ Fazit: „Daraus sollte ihr auch der Bund finanziell stärker unter die Arme greifen.“ Bei ihren „Verliehten Liedern“ von Brahms bis Gershwin wurde Karan Armstrong, die mit Götz Friedrich ver-

heiratet ist, am Fingel von Professor Hans Bilsdorf, dem Leiter der traditionsreichen Berliner Singakademie, begleitet.

„Es ist nicht entscheidend, daß ein Mensch die Kunst studiert, sondern daß er sie mit Gefühl, Seele und Herz erlebt“, so Ottmar Alt. Der Künstler Alt, der die Fröhllichkeit in die Bilder zurückgebracht hat, stand erneut im Mittelpunkt einer Ausstellung, an der der Bundesverband der Freien Berufe in Bonn in das Haus der Hartmannsbundes eingeladen hat. Daß der „Alt-Stil“ zur „postmodernen“ Beschäftigung mit den Dingen „regt“, so Gastgeber Dr. Rolf Seifert, der Präsident des Bundesverbandes, hat wohl auch dazu geführt, daß Ottmar Alt viele Ärzte unter seiner Kundschaft hat und sich in vielen Krankenhäusern Bilder von ihm befinden. Das Bemühen, „ein positives Zeichen in die Welt hinein zu setzen“, dies in Farbigkeit und Formen, hat die moderne Kunst, so wie er sie versteht, ganz offensichtlich vielen Menschen näher gebracht. Die Ottmar-Alt-Fans waren in Bonn von jung bis alt sehr zahlreich zur Stelle. Der etablierte Alt hatte gar nichts dagegen, daß mit seinem Namen auch der Name einer jungen Künstlerin verbunden wurde, die erst noch Freunde gewinnen will. Keramiken und Zeichnungen präsentierte mit ihm die Köhnerin Eva Degenhardt.



Fröhlich und skurril: Ottmar Alt ist ein Meister von beidem.

Verbot der Bonner Polizei war rechtens

Die „künstlerische“ Diffamierung von Karl Carstens unmittelbar vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten im Jahr 1979 war beleidigend, ehrverletzend und damit rechtswidrig. Aus diesem Grunde durfte der Bonner Polizeipräsident den Veranstalter des „Anachronistischen Zuges“ verbieten, beleidigende Masken, Transparente und Plakate während ihres Umzuges durch die Bundeshauptstadt mitzuführen, stellte das Oberverwaltungsgericht in Münster in einem gestern veröffentlichten Urteil fest. (AZ: 4a 973/82)

Am Tage der Bundespräsidentenwahl hatte eine Schauspielertruppe das Brecht-Gedicht „Der anachronistische Zug oder Freiheit und Demokratie“ auf Carstens „umgemünzt“. Unter dem Motto „Mit Brecht gegen Carstens“ hatte die Truppe mit nachgemachten SS-Uniformen und Nazi-Symbolen Vergleiche zwischen Carstens und der Hitler-Zeit gezogen.

Vierstufenplan der EG für Kooperation mit Lateinamerika

Initiative des Straßburger Parlaments / Schon jetzt ist Europa vor den USA der Investor Nummer eins

Von ULRICH LÜKE

Die Europäische Gemeinschaft will ein neues Kapitel in ihren Beziehungen zu Lateinamerika aufschlagen. Ziel der Plannungen, die im Europäischen Parlament entwickelt und von der EG-Kommission bereits uneingeschränkt begrüßt wurden, ist ein „in sich geschlossenes wirtschaftliches, finanzielles und handelspolitisches Kooperationskonzept“. Denn die Länder Mittel- und Südamerikas sind für die Europäische Gemeinschaft heute noch weitgehend weiße Flecken auf der Karte der Beziehungsflechte. Anders als zu den Asean-Ländern oder zu den Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raumes, gibt es so gut wie keine koordinierten Kontakte zwischen den beiden Regionen. Ähnlich „dürftig“ sind eigentlich nur noch die Beziehungen der Gemeinschaft zum Comecon.

Nur mit Mexiko und mit Brasilien – einem Land, mit dem die Bundesre-

publik als Einzelstaat allerdings traditionelle Bindungen pflegt – gibt es Kooperationsabkommen. Aber selbst diese Abkommen haben nach Einschätzung des deutschen Europaabgeordneten Jochen van Arssen (CDU) „bisher nicht zu konkreten Ergebnissen geführt“. Länderübergreifende Abmachungen gibt es – überhaupt nicht, und die wirtschaftliche Bilanz hat sich verschlechtert. Der Anteil der 25 Staaten Lateinamerikas am Gesamtwarenhandel der Europäischen Gemeinschaft hat in den letzten Jahren rapide abgenommen, heute stagniert er.

In dieser Situation hat das Europäische Parlament – wiewohl formal ohne rechtliche Kompetenz – das Heft in die Hand genommen. Die Bereitschaft zu einem neuen Anfang ist auf beiden Seiten vorhanden. Die lateinamerikanischen Staaten haben sich sogar bereit erklärt, ein gemeinsames Exekutivorgan zu schaffen, das auf dem Niveau des EG-Ministerrats mit

der Gemeinschaft verhandeln kann, was der Lateinamerika-Berichterstatter des Parlaments, van Arssen, letzte Woche in Straßburg eine „politische Sensation“ nannte.

Van Arssens Empfehlung eines Vierstufenplans wurde vom Parlament der EG-Kommission einstimmig akzeptiert. Er sieht vor:

- Ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Sistema Economico Latino-Americano (Sela), also der lateinamerikanischen Wirtschaftsorganisation. Der Sela gehören praktisch alle Staaten Lateinamerikas an, Kuba eingeschlossen.
- Abschluß von Abkommen mit regionaler Bedeutung. Hier spielt vor allem die Anden-Pakt eine hervorragende Rolle. Seine Mitgliedstaaten Kolumbien, Peru, Venezuela, Bolivien und Ecuador sind zum Abschluß eines Kooperationsabkommens bereit. Die EG hatte die Ver-

handlungen 1980 nach der Machtübernahme der Militärs in Bolivien auf Eis gelegt, ist jetzt aber zum baldigen Abschluß bereit, da Bolivien zur Demokratie zurückgekehrt ist.

- Phase drei sieht bilaterale Abkommen, ähnlich den Beispielen Brasiliens und Mexikos vor. Eingebettet in die anderen Abkommen – so ist die Hoffnung – könnten diese Verträge trotz der bisher unerfreulichen Erfahrungen mit Leben erfüllt werden.
- Als vierte Phase empfiehlt das Europäische Parlament Abkommen in besonders wichtigen Bereichen wie zum Beispiel auf dem Energiesektor.

Van Arssen warnte in der Parlamentsdebatte dennoch vor Wunschvorstellungen: „Wir dürfen die Erwartungen nicht so hoch schrauben. Unsere lateinamerikanischen Freunde gehen manchmal davon aus, daß die Europäische Gemeinschaft enorm reich ist und viele ihrer Probleme sozusagen aus dem Stand lösen könne. Das können wir nicht.“

Nicht die USA, sondern die Staaten Europas sind trotz der bisher unzureichenden Beziehungen schon heute der größte Investor in Südamerika. Keine Frage, daß die Förderung nach Investitionsschutz für europäische Anleger ganz oben im Wunschkatalog der Gemeinschaft rangiert. Ziel der Lateinamerika-Initiative des Europäischen Parlaments ist es zwar, die Abhängigkeit der Staaten Lateinamerikas von den USA zu lockern, aber die EG will ihr Konzept nicht gegen die Vereinigten Staaten durchsetzen.

Der Van-Arssen-Bericht nennt eine Fülle von Instrumenten und konkreten Zielen, in deren Rahmen die engere Kooperation durchgesetzt werden soll, beispielsweise die Gründung einer euro-lateinamerikanischen Bank und eines Instituts für lateinamerikanische Kontakte oder die tatsächliche Ausdehnung des allgemeinen Präferenzsystems der Gemeinschaft auf die wirklich armen Länder Lateinamerikas.

Neuer ETA-Mord an Offizier in Spanien

DW. Bilbao

Der von der baskischen Separatistenorganisation ETA-politico-militar (Ela-PM) entführte spanische Armeehauptmann Alberto Martin Barrios ist gestern nahe Bilbao tot gefunden worden. Barrios war durch einen Kopfschuß getötet worden. Seine Mörder hatten ihm zuvor die Hände auf dem Rücken zusammengebunden und ihn geknebelt. Der Offizier ist das 41. Todesopfer der politischen Gewalt seit Anfang dieses Jahres in Spanien.

Barrios war am 5. Oktober von einem Kommando der ETA-PM auf dem Weg zum Dienst entführt worden. Die Terroristen verlangten für seine Freilassung die Verlesung eines Kommuniqués im Fernsehen. Das Fernsehen erklärte sich zu einer Veröffentlichung des Textes in voller Länge bereit, sobald Barrios auf freien Fuß gesetzt sei. Einzelne Punkte aus dem ETA-Kommuniqué wurden verlesen.

Wir trauern um

Dr. Otto Deppe

der am 12. Oktober 1983 im Alter von 77 Jahren verstarb.

Dr. Otto Deppe war mehr als 40 Jahre für die Degussa tätig. Er bekleidete als Kaufmann verantwortungsvolle Positionen in der ehemaligen Metallabteilung der Degussa sowie in den Zweigniederlassungen Berlin, Hamburg und Düsseldorf. Dr. Otto Deppe war 20 Jahre lang Leiter der Zweigniederlassung Düsseldorf und damit der Repräsentant unseres Unternehmens in Nordrhein-Westfalen. Er hat sich um die Degussa große Verdienste erworben. Bei Geschäftsfreunden und Mitarbeitern genoß Dr. Otto Deppe hohes Ansehen. Seit 1971 lebte er im Ruhestand.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes und dankbares Gedenken bewahren.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der
Degussa AG

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Viele behinderte Kinder könnten gesund sein

Zweidrittel aller angeborenen Behinderungen lassen sich vermeiden oder doch wesentlich bessern

Jedes zehnte Neugeborene, das in der Bundesrepublik zur Welt kommt, trägt ein Risiko in sich, behindert zu werden. Sie tragen einen auf Vererbung beruhenden Defekt in sich oder erkranken während der Schwangerschaft oder unter der Geburt. Schäden, die es zu vermeiden gilt. Rechtzeitige Vorsorge und Früherkennung können Zweidrittel dieser Behinderungen vermeiden oder doch ganz wesentlich bessern. Die Stiftung für das behinderte Kind zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung bemüht sich, durch gezielte Voruntersuchungen angeborene Schäden und Behinderungen zu vermeiden.

Ihre Spende hilft uns helfen!
Spendenkonto: Postcheckamt Frankfurt/ Main 606-608 (BLZ 500 100 608, Bank für Gemeinnützigen 556 Frankfurt 100 608 1500 (BLZ 500 101 111)). Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig.
Wenn Sie sich über das Vorsorgeprogramm für werdende Eltern informieren möchten, fordern Sie mit dem Coupon die Faltblätter „Ihr Kind soll gesund sein“.
Die Empfehlungen der Faltblätter erhöhen das Chancen, ein gesundes Kind zu bekommen. Sie sagen Ihnen, durch welche Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen Sie mögliche Gefahren von Ihrem Kind abwenden können.

Coupon
Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Stiftung für das behinderte Kind zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung
Postfach 10 15 15
50001 Düsseldorf

Industrie NRW informiert:

Ein Glaubenskrieg

... ist ausgebrochen. Die Gewerkschaften behaupten: Die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich bringt uns rund 1,6 Millionen neue Arbeitsplätze. Jeder soll einen Teil seiner Arbeit abgeben an jene, die keine Arbeit haben.

● **Tatsache ist:** Wer Arbeit abgibt, damit ein anderer sie erhalten kann, muß auch Einkommen abgeben. Sonst kann kein einziger Arbeitnehmer neu eingestellt werden. Weil kein Geld dafür da ist.

● **Tatsache ist:** Wochen-Arbeitszeitverkürzung ist nichts anderes als eine Umverteilung von Arbeitslosigkeit.

Sie schafft keinen neuen Arbeitsplatz. Sie sichert nicht einmal die vorhandenen Arbeitsplätze. Im Gegenteil: **Denn unsere ohnehin zu teure Arbeit wird noch teurer.**

● **Tatsache ist:** Arbeitslosigkeit haben wir nicht, weil wir zu lange arbeiten. Unsere Arbeitszeit ist mit die kürzeste in der Welt. Arbeitslosigkeit haben wir deshalb, weil die Arbeitskosten – mit allem drum und dran – bei uns zu hoch sind.

Weniger arbeiten, dasselbe verdienen und dadurch neue Arbeitsplätze schaffen: Das grenzt an Wunderglauben.

Industrie NRW

Mehr Informationen durch:
Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens
4000 Düsseldorf 1, Postfach 50 06

TRW ist ein vielseitiger Industriekonzern, der in der Elektronik und in der Weltraumforschung eine führende Rolle spielt. Der erste Satellit, der unser Sonnensystem verließ, Pionier 10, wurde von TRW gebaut, und auch auf der Erde finden elektronische Komponenten von TRW hunderte von Anwendungen. Zum Beispiel in Computern und in Fernsehgeräten.



TRW begann vor über 80 Jahren mit der Herstellung von Automobilteilen. Heute ist fast jeder Personen- und Lastwagen mit TRW Teilen bestückt. Fabrikationsanlagen rund um die ganze Erde fertigen eine Vielzahl von KFZ-Ausrüstungen: von Ventilen und Sicherheitsgurten bis zu kompletten Lenk- und Fahrwerksteilen.



Industrie- und Energieprodukte von TRW sind der Maßstab für Zuverlässigkeit. Unterstützt von einem weltweiten Servicenetz helfen TRW Maschinen bei der Förderung von Öl und Erdgas. Flugzeuge aller namhaften Hersteller sind mit TRW Teilen ausgestattet. Und TRW Kugellager, Werkzeuge und Befestigungsteile tragen zur weltweiten Produktivitätssteigerung bei.



© TRW Inc. 1983
TRW ist die Firmenzeichen der TRW Inc.
TRW Inc., Cleveland, Ohio, USA

Diese Formel brachte die Menschheit hinter den Mond.

$$G_{\mu\nu} = \frac{8\pi G}{c^4} T_{\mu\nu}$$

So erweist sich der von uns jährlich veranstaltete bundesweite Schülerwettbewerb Mathematik als ein Musterbeispiel gelungener Hochbegabtenförderung: von 31 Bundesländern dieses Wettbewerbs haben inzwischen 29 ihr Studium mit den Examensnoten „sehr gut“ oder „mit Auszeichnung“ abgeschlossen.

Mit zum Risiko. Und auch davon, daß sich Wissenschaft möglichst frei von administrativen Zwängen entfalten kann.

Alles, was wir tun, dient einem Ziel: mit dazu beizutragen, daß unser Land auch in Zukunft zu den

führenden Wissenschaftsnationen zählt. Deshalb gehören die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit, die medizinische Forschung, die Förderung der Natur- und Geisteswissenschaften ebenso zu unserem Programm wie die Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun wollen. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Märkten von morgen sichert.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft
Brucker Hohl 56-60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/711051

Der rote Ken, Bürgermeister von London

Per U-Bahn ins Rathaus

So wie fast jeder Engländer die SCorgis der Königin kennt, so kennt fast jeder Londoner die Salamander seines Bürgermeisters. Nicht weniger als 40 der schwarzgelben Tierchen hält sich Ken Livingstone (38) in seiner mehr als bescheidenen Unterkunft. Über diesen Tick regt sich im Lande der Exzentriker kaum jemand auf. Nur die ganz Böswilligen behaupten, diese wechselwarmen Wesen seien Teil einer genialen Medienstrategie.

Seit Mai 1981, als Labour die Londoner County Hall eroberte, diesen Sieg maßgeblich ihrem linken Flügel unter Ken Livingstone verdankend,

Britische Nachborn - ARD, 21.00

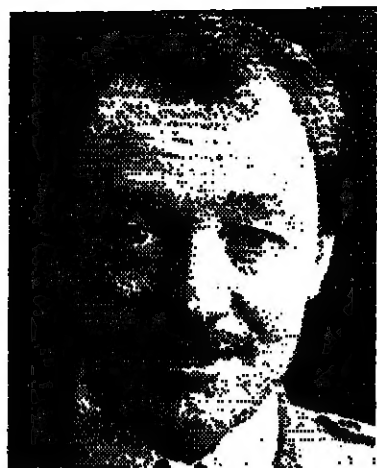
regiert der „rote Ken“ die Sieben-Millionen-Menschen-Metropole mit einem Budget von mehr als sechs Milliarden Mark. Aber der „Leader“ sowie die 21 000 Beschäftigten des Greater London Council (GLC) müssen um ihre Jobs zittern. In der letzten Thronrede ihrer Majestät, die ihr die Regierung schreibt, ließ er: „Vorschläge für die Abschaffung des GLC werden vorbereitet.“ Dabei hatten die Tories selbst dieses „Super-Rathaus“ erst in den 60er Jahren auf Empfehlung einer königlichen Kommission geschaffen.

Die Gegner kritisieren: aufgeblähte Bürokratie, Schaffung neuer hochdotierter Posten, Flitz, Doppelarbeit und

Kompetenzüberschneidung mit den 32 Bezirksräthäusern, Zuschüsse für alle Arten von Minderheiten aus einem Zwei-Milliarden-Mark-Fonds und Ausfälle eines Kommunalpolitikers in die Außen- und Innenpolitik, mit der er sachlich nichts zu tun hat: 1983 erklärte Livingstone zum Friedensjahr (eine Million Mark für Friedensveranstaltungen aus dem Fonds) mit einem Besuch des Moskauer Bürgermeisters; sehr umstritten war auch sein Besuch in Belfast bei Sinn Féin, dem politischen Arm der Terrororganisation IRA („Die britischen Soldaten in Nordirland sollen die Waffen niederlegen“); seit zwei Jahren prangt an der Fassade des Rathauses ein 25 Meter langes Transparent, das monatlich aktualisiert wird: „Londons Arbeitslose September 1983: 370 885“ - besonderer Blickfang für Premierministerin Thatcher und alle anderen Abgeordneten des House of Commons, das an der City-Seite der Themse dem Rathaus direkt gegenüber liegt.

Der Bürgermeister sitzt in seinem großen eichengetäfelten Büro - (an der Tür wartet ein Schild vor Feuer, Flut und Bomben) - mit dem Rücken zum Parlament. Ins Amt (24 000 Mark Jahresgehalt) kommt er mit der U-Bahn - dabei bisher viermal täglich angegriffen. Einen Dienstwagen will er nicht. Von diesem „Ego-Trip an Prestige“ hat er sich befreit.

Eine seiner größten Niederlagen



Hot eine Schwäche für Solamander: Ken Livingstone

FOTO: CAMERA PRESS

verdankt Ken fünf Lords des Oberhauses. Als er kurz nach der Wahl eines seiner Versprechen einlöste und die Fahrpreise für die U-Bahnen und Busse (täglich fast fünf Millionen Fahrgäste) mit einem Handstreich um die Hälfte senkte, entschied der Court of Appeal: „Das war dumm, unfair und ungesetzlich.“ Doch der Bürgermeister zeigte sich auch hier als zäher Kämpfer und Langzeitstrategie: Mit einer großen Aktion (wer sich in Listen eintrug, bekam einen persönlichen Brief vom Bürgermeister) setzte er durch, daß die inzwischen erneut gestiegenen Tarife durch eine High-Court-Entscheidung um wenigstens 25 Prozent gesenkt wurden. Letztlich ein kleiner Sieg: Im Mai 1981 zahlte der „rote Ken“ für die Fahrt von Maida Vale bis Waterloo-Station 2,80 Mark, heute 2,00 Mark. PETER LAUDON (SAD)

KRITIK

War es das Land der Verheißung?

Es war ein Epos auf sechs weibliche Pioniere des Staates Israel, Edna Politis Film „Anou Banou - Töchter der Utopie“ (ZDF). Allerdings gab es niemals eine Heldenfanfare. Nein, schlichten, fast kammer-spielerischen Charakter hatte das Porträt der Frauen, die in ihrer Jugend aus Rußland und Polen ausgewandert waren und das Land der Verheißung, als es noch Palästina hieß und dem Osmanischen Reich oder - nach 1918 - dem britischen Empire unterstand, urbar machten. Nichts wurde verschwiegen - auch nicht der gescheiterte Versuch, Juden und Araber in dem Lande miteinander zu versöhnen. Kritik an der Besiedlung

Westjordanlands und an der Außenpolitik der Regierung kam in kleinen Dosierungen. Selbst der Tod einer Demonstrantin, die in Jerusalem „Frieden sofort“ gefordert hatte, verzerrte nicht die Züge zum lauten Protest, sondern war Anlaß zur stillen Trauer. Nirgendwo ein schriller oder falscher Ton. Es gab muntere Dialoge (und zum Glück in modernem Hebräisch mit deutschen Untertiteln), aber niemals ein Abgleiten zur Geschwätzigkeit. Dabei überzeugte der Film besonders durch seine optische Eindringlichkeit. GISELHER SCHMIDT

Aristokraten aus dem Bilderbuch

So viel Verruchtheit, Dekadenz, gepaart mit Charme und Eleganz,

kann es nur bei der Sagan geben: „Russisches Dreieck“ (ZDF). Und wie stets bei ihr drehte es sich auch diesmal vor allem um die Liebe und all ihre Spielarten, egal ob es nun die Liebe zu einer Frau oder die zum Spiel ist. Hätte Regisseur Roger Vadim das Theaterstück nicht mit einem Augenzwinkern verfilmt und wären da nicht einige vorzügliche Darsteller wie Danielle Darrieux und Philippe Léotard mit von der Partie gewesen, hätte man bei soviel Schmalz und Passion, Spielwitz und Waffengrasel Augen- und Ohrenschmerzen bekommen.

So aber konnte man wenigstens darüber lächeln - über all die wunderschönen Bilderbucharistokraten in ihren herrlichen Kostümen inmitten prächtiger Dekors.

MARGARETHE v. SCHWARZKOPF

STUDIO

In der Ausgabe vom 5. Oktober 1983 hatten wir im „Studio“ gemeldet, daß die ARD/Degeto in ihrer Auseinandersetzung mit dem Filmhändler Leo Kirch und der MGM bereits 500 000 Mark Anwaltskosten nach Amerika überweisen mußte. Die Degeto legt Wert auf die Feststellung, daß dies unzutreffend sei. Laut Degeto sind zwei Verfahren, die die Kirch-Firma Taurus beim Landgericht Frankfurt gegen die Degeto anhängig machte, zu Ungunsten der Taurus ausgefallen, so daß die Kirch-Firma sämtliche entstandenen Kosten tragen mußte. Und weiter: Da es in den USA keine Rechtsanwalts-Gebührenordnung gebe, habe die Degeto für die dort angefallenen Kosten nur einen „winzigen Bruchteil“ der Summe ausgegeben, die „DIE WELT“ genannt hat.

„Überwältigend“ (New York Times), „Eine Klasse für sich“ (The Observer), „Das bedeutendste Werk, das dem Fernsehen je gelungen ist“ (Daily Telegraph), „Die beste Serie, die je im amerikanischen Fernsehen zu sehen war“ (Washington Post) - die britische und amerikanische Presse überschlug sich, als vor zwei Jahren die elfstündige Serie „Wiedersagen mit Brideshead“ nach dem Roman von Evelyn Waugh ausgestrahlt wurde. Im kommenden Dezember wird „Brideshead“ - in sieben Teilen - deutsch synchronisiert vom Deutschen Fernsehen/ARD gezeigt. Beginn: 7. Dezember, letzte Folge: 23. Dezember.

Buch und Film handeln vom Leben und Sterben eines adligen katholischen Clans in England. Der britische Schriftsteller Evelyn Waugh (1903 bis 1968) schrieb „Wiedersagen mit Brideshead“ im Jahr des Kriegsendes (1945), der Zerstörungen, der Trümmer und der Hoffungslosigkeit: eine nostalgische Erinnerung an Pomp und Glanz, Süße, Schwermut und Dekadenz einer Oberschicht, die Waugh für untergegangen hielt. Vor vier Jahren machte sich die britische Fernsehgesellschaft „Granada TV“ mit Unterstützung des Norddeutschen Rundfunks daran, den Roman zu verfilmen. Die Gesamtkosten beliefen sich auf mehr als 20 Millionen Mark. Gedreht wurde in Großbritannien, Venedig, auf Malta und in New York.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

- | | |
|--|---|
| 10.00 Tagesschau, Tagesscheine
10.20 Fußball-Europapokal
11.45 Umschau | 12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau |
| 14.10 Tagesschau
14.15 Gefühls-Sachen
Einsamkeiten
17.50 Matt und Jenny
16. Die Bellinis
17.25 Wie geht's?
Spaß für Mitdenker
17.50 Tagesschau
dozw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau | 14.00 heute
14.05 Es begann vor zwei Millionen Jahren
Senderreihe von Jürgen Voigt
3. Akzente für den Senegal
Der Sahel, diese gewaltige Dünenzone quer durch ganz Afrika, ist mehr als fünfzigmal so groß wie die Bundesrepublik. Acht Länder gehören zum Sahel, von Senegal im Westen bis Somalia im Osten, mit zusammen etwa 27 Millionen Menschen. Der Sahel gehört zu jenen Trockengebieten der Erde, in denen westliche Entwicklungshilfe am dringendsten und zugleich am schwierigsten ist. Teil im Bewußtsein der Menschen steht die Erinnerung an die Dürrekatastrophe der siebziger Jahre, die das Vieh zu Hunderttausenden verdurstete ließ und ganze Völkerverwanderungen in Gang setzte. Anschl. heute-Schlagzeilen
14.35 Micky Trickparade
Mit Bauchredner Fred Roby
17.00 heute / Aus dem Ländchen
17.15 Tele-illustrierte
17.30 Filmmarkt
Wege des Himmels
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Der Persepolis-Reise
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel und Spaß
Von und mit Hans Rosenthal
Kandidaten: Hartmut Griesmayr, Elmar Gursch, Monika Peitsch, Anita Kupsch, Christian Simon, Jürgen Hingsen, Gisela Grothaus.
21.00 heute-Journal
Frieden ohne Waffen
Alois Mertes und Egon Bohr im Streitgespräch
Gesprächsthema: Gustav Trampe
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Studioprogramm
Hungerjahre - in einem reichen Land
6.00 heute |
| 21.00 Britische Nachborn
Der rote Ken
Portrait des Bürgermeisters von London, Ken Livingstone
Von Wolf von Lojewski
21.30 Bei Blo
Gespräche und Musik live
Mit Alfred Bielow und Gästen:
Frank Christoph - Popdancer, Moritz Kroymann - Kabarettist, Hans-Joachim Kulenkampff - Showmaster, Emil - Komiker aus der Schweiz, Théâtre de Mouvement - Bewegungstheater aus Paris, Peter Herbolzheimer Rhythmus Combination & Brass.
22.30 Tagesscheine
23.00 Friedrich Luft im Gespräch mit
Monfred Krug
6.00 Tagesschau | |



Die drei Bellinis, denen nachgesagt wird, sie hätten gestohlen - Aus der Reihe „Matt und Jenny“, ARD, 17.50 Uhr

FOTO: TELEBUNK

III.

- | | | | | |
|--|--|---|--|--|
| WEST
18.00 Telekollag
18.30 Lada, der Schrecken der Straße
(2)
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Streifzug ins Glück
US-Spielfilm, 1944
21.05 Heute mit dem WDR
Abfallwirtschaft auf Abwegen
Film von Johannes Göttsche
22.15 Nachschauer weiterwege...
Linz - die „Andere Avant Garde“
23.15 Letzte Nachrichten | NORD
18.00 Lada, der Schrecken der Straße
(2)
18.30 Anwalt - Fitness mit Vornort (4)
18.50 Follow me
19.15 Was heißt
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Chinkeltin Kiki
US-Spielfilm, 1959
21.05 Heute
Jazz
Moderation: Manfred Eichel
22.00 Beat-Club
23.15 Letzte Nachrichten | HESSEN
18.00 Lada, der Schrecken der Straße
(2)
18.30 Unruhig im Süden (1)
19.00 Werftische Festspiele
19.15 Ued Jutta - Michael Kusch
19.15 Die ersten Menschen (4)
20.00 Tagesschau
20.15 Heute
Die Frauen
US-Spielfilm, 1969
22.25 Drei aktuell
22.40 Kulturkalendar
23.10 Vor vierzig Jahren
23.15 Die Frauen | SÜDWEST
18.00 Lada, der Schrecken der Straße
(2)
18.30 Telekollag
19.00 Heute
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abschied im Land
Nur für Rheinland-Pfalz
19.15 Abschied im Land
Nur für das Saarland
19.30 Saar 5 regional
Gemeinschaftsprogramm
Südwest 5
19.35 Nachrichten und Moderation
19.50 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Heute
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Von Menschen im Land
Nur für das Saarland
20.15 Das Beste aus dem
Gemeinschaftsprogramm
Südwest 5
21.00 Heute - in Originalsprache | BAYERN
18.15 Aktuell Aktuell (4)
18.45 Sendungen
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagessprache
Friede den Hütten -
Krieg den Palästen!
19.30 Heute und Nachrichten
20.00 Heute
20.15 Pop Pop
21.05 Europa heute
22.30 Sportzeit
23.15 Sendungen |
|--|--|---|--|--|

Lancia Prisma: Wenn wir schon nicht wie die Italiener leben können, sollten wir wenigstens wie sie fahren.



Woran denkt ein italienischer Automobil-Konstrukteur, wenn er ein neues Auto entwirft? An den Luftwiderstandskoeffizient? Naturalmente! An die Sicherheitsvorschriften? Sicuro! An die Schnelligkeit? Ma veloce! An die Langlebigkeit? Sempre! An das Design? Sì, sì, sì! Doch bei alledem denkt er auch sehr an den Spaß, den eine »bella macchina« machen soll!

Und das spürt man auch dem neuen Prisma von Lancia ab: Er hat eben das gewisse Etwas... Doch bevor wir unseren Prisma selbst loben, lassen wir das lieber andere tun: mot 9/83: »Daß der Prisma zu flotter Gangart animiert, ergibt sich aus dem drehfreudigen Motor ebenso wie auch der erstklassigen Straßenlage... Nachahmung verdient der geteilt vorklappbare Rücksitz. Er gestattet den Transport von Skiern im Innenraum auch dann, wenn hinten noch ein Erwachsener mitfährt...«

Diners Report 5/83: »Und natürlich ist der Motor ein Leckerbissen, mit seinen zwei obenliegenden Nockenwellen ein »heißes Eisen«, auch wenn's aus Alu-Legierung gegossen ist...«

Motor Reise Revue 2/83: »Das aufwendige Fahrwerk sorgt für ausgezeichnete Fahreigenschaften und die komfortable Federung macht den Prisma zu einem angenehmen Reisewagen, ohne ihm etwas von seiner Sportlichkeit zu nehmen...«

auto motor und sport 8/83: »Drehfreudiger und elastischer Motor. Sehr sicheres Fahrverhalten. Guter Federungskomfort. Reichhaltige Ausstattung...«

FAZ vom 27. 7. 83: »Besonders eindrucksvoll waren die Elastizität und der Antritt aus niedrigen Drehzahlen... Heizung und Belüftung sind perfekt... Die Innenausstattung strahlte Luxus aus...«

Zu so viel Lob kommen noch zahlreiche Extravaganzen, die Sie nicht extra bezahlen müssen. Der Prisma 1600 hat u. a. 5 Gänge, 4 Türen, athermische Scheiben, elektrische Türverriegelung, digitale Zündelektronik, höhenverstellbares Lenkrad, Econometer, 11 Check-Controls, 14 Korrosionsschutzmaßnahmen, 77 kW/105 PS. Alles in allem kostet er DM 18.664,- (unverbindliche Preisempfehlung ab Kippenheim/Baden).

Der Prisma 1500 hat 63 kW/85 PS; wahlweise 5 Gänge oder (gegen Aufpreis) Getriebe-Automatik.

Machen Sie doch mal bei einem Lancia-Händler eine piccolo prova! Lancia, Salzstr. 140, 7100 Heilbronn.

LANCIA
Welch ein falscher Name!

1. FC NÜRNBERG

Kritik an Manager und Trainer Klug

Nach der Serie von 17 Auswärtsniederlagen gerät Udo Klug beim Deutschen Rekord-Fußballmeister 1. FC Nürnberg zunehmend in die Kritik. Denn Klug (55), seit der Entlassung von Heinz Eizner vor 25 Monaten in Nürnberg Manager und Trainer in Personalunion, wird von seinen Kritikern in doppeltem Sinne für den niederschmetternden Negativrekord der Bundesliga verantwortlich gemacht. Schließlich hat der Hesse im Frankenland durch seine beiden Ämter alle personellen Entscheidungen weitgehend beeinflusst.

Hinter vorgehaltener Hand wird gemunkelt, daß aus Vorstandsreisen bereits vor Wochen zu dem arbeitslosen Trainer Horst Franz Kontakte geknüpft worden seien, um Klug und seinen Assistenten Fritz Popp auf der rein sportlichen Ebene zu entlasten. Nach der jüngsten Auswärts-Niederlage in Mönchengladbach (0:2) wagte sich erstmals ein Mitglied aus dem Umfeld des Präsidiums mit einer Kritik an Udo Klug an die Öffentlichkeit. „Nicht die Spieler sind für diese Misere verantwortlich, sondern Herr Klug“, sagt der Immobilien-Makler Hans Sperl.

Klug nahm den Vorwurf ziemlich gelassen auf. „Ich bin kein Totengräber des Vereins“, sagte er. Doch ein wenig unter die Haut scheint ihm die Kritik doch gegangen zu sein, denn er äußerte sich zum Thema einer möglichen Ablösung ziemlich eindeutig: „Wenn man mit meiner Arbeit nicht zufrieden ist, dann soll man mir das sagen. Ich bin mir jedenfalls keiner Schuld bewusst und würde deshalb an einer Entlassung auch nicht sehr interessiert sein.“

Vereins-Präsident Michael A. Roth hat einen derartigen Schritt noch nicht erwogen. Für ihn liegt die Hauptverantwortung bei den Spielern. „Ich verstehe nicht, daß sie zu Hause um ihr Leben laufen und sich dann auf den Gegner Platz regelrecht verstoßen“, sagte Roth.

Doch eine Heimniederlage gegen den wiedererstarkten Pokalsieger 1. FC Köln am Samstag und weitere Auswärtsniederlagen in den nachfolgenden Spieltagen in München und Stuttgart könnten bei dem millionenschweren Teppich-Unternehmer einen raschen Sinneswandel herbeiführen.

Die Weichen für die künftige Zusammensetzung des Präsidiums hat der clevere Geschäftsmann indes schon gestellt. So soll der bisherige Schatzmeister Ernst-Ludwig Zeit, den Eingeweihte nicht eben zu den Klug-Anhängern zählen, als Vizepräsident kandidieren. Als neuer Schatzmeister ist der bislang beim Handball-Bundesligaklub TuSpo Nürnberg als Manager tätige Immobilienmakler Gerd Schmeller vorgesehen.

Schmeller hat bereits klare Vorstellungen für die Zukunft entwickelt. „Ich bin kein Sportdirektor, sondern möchte mit Präsident Roth ein Konzept zur Sanierung des Vereins erarbeiten“. Die Schuldenlast des 1. FC Nürnberg befreit sich derzeit auf rund drei Millionen Mark.

EUROPAPOKAL / Werder enttäuschte bei der 0:1-Niederlage gegen Lokomotive Leipzig

Die Fans der „DDR“ feierten die Bremer, aber nur vor dem Spiel bei der Autogramm jagd . . .

D.D. Leipzig
Neue Fans in der „DDR“ hat der Bundesligaklub Werder Bremen nach der 0:1-Niederlage bei Lokomotive Leipzig bestimmt nicht gewonnen. Nach einem enttäuschenden Spiel müssen die Bremer jetzt auf das Rückspiel am 2. November in Bremen hoffen. Bremens Trainer Otto Rehagel hatte schon vor dem Spiel befürchtet, daß es für seine Mannschaft nicht ganz leicht werden würde. Dennoch war die „DDR“-Mannschaft in der zweiten Runde des UEFA-Pokals kein allzu starker Gegner. Die Bremer haben es sich durch ihre Passivität selbst zuzuschreiben, daß sie nun einem Rückstand nachlaufen müssen.

Das Interesse der „DDR“-Fans an der Bundesliga-Mannschaft war vor dem zwölften deutsch-deutschen Duell wie immer riesengroß. Einen geplanten Spaziergang am Abend vor dem Spiel mußten die Bremer Spieler schon nach wenigen Minuten abbrechen - mehr als 50 Fans belagerten sie und forderten immer wieder Autogramme. Dabei hatten sich die Bremer besonders auf die Souvenirstand und Autogrammstände der Fans in Leipzig eingestellt. Sie verteilten Aufkleber und andere Fan-Artikel. Bruno Pezzey schenkte sich auch nicht, bei der Ankunft direkt in eine Gruppe von „DDR“-Fans zu gehen, um fleißig seinen Namenszug auf jedes hingehaltene Stück Papier zu schreiben. Für viele „DDR“-Fans bedeutet dieser Spieltag im Europapokal ein Tag der weiten Reisen. Viele

waren in Leipzig, um von den Bremer Autogramme zu sammeln. Zahlreiche Leipziger Fans waren enttäuscht, daß sie keine Karten bekommen. Von den 25 500 Tickets kamen nur 6000 in den öffentlichen Verkauf. Sie waren nach nur zwei Stunden vergriffen. Die übrigen Karten wurden in den Betrieben verteilt. Auf dem Schwarzmarkt stieg der Preis von fünf Mark auf 50 Mark. Dennoch waren die Straßen an diesem Nachmittag in Leipzig leerer, obwohl das „DDR“-Fernsehen dieses Spiel nicht original übertrug, sondern sich für die Partie Ost-Berlin gegen Belgard entschieden hatte. Doch die Fans kamen auf ihre Kosten, weil das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) übertrug . . .

Die Presse in der „DDR“ befaßte sich noch nicht einmal so sehr mit diesem Spiel. Vielmehr empörten sich die Zeitungen über die harte Gangart des FC Magdeburg im letzten Pokal am Samstag in Leipzig. Die Magdeburger, im Europapokal gegen Barcelona bereits ausgeschieden, zeigten sich bei ihrem 2:0-Sieg nicht gerade zimperlich, so daß einige Leipziger Spieler mit Verletzungen gegen die Bremer spielen mußten.

Doch in den ersten 45 Minuten war davon wenig zu spüren. Was allerdings daran lag, daß die Bremer die Leipziger nicht sonderlich forcierten. Sie waren eher darauf bedacht, das Spiel zu verschleiern. Wenig Konstruktives brachten sie dabei zustande. Die Zuschauer im Bruno-Plache-Stadion langweilten sich sogar.

Gute Kombinationen, torgefähliche Szenen waren in den ersten 45 Minuten Mangelware. Doch nach 35 Minuten erwies sich die Verschleppungstaktik der Bremer als fraglich. Stürmer Hans Richter, der extra zum Torschießen von Karl-Marx-Stadt nach Leipzig befohlen wurde, wurde seinem Ruf als Törjäger gerecht. Weil Bremens Libero Bruno Pezzey nicht rechtzeitig eingriff, konnte Richter von der Strafraumgrenze ungehindert zum 1:0 einschließen. Mit seinen vier Treffern in den zwei Spielen gegen Bordeaux hatte Richter dafür gesorgt, daß Leipzig in die zweite Runde kam.

Die Bremer konnten nach diesem Rückgang nur einmal ihre Torgefährlichkeit unter Beweis stellen. Doch einen Kopfball von Gruber wehrte Verteidiger Bredow noch von der Linie ab.

Auch nach der Halbzeit wurde es nicht besser. Die Bremer waren weiterhin bemüht, möglichst kein Tor mehr zu erhalten. Lok Leipzig dagegen hatte zu wenig Schwung, Köpfe und Möglichkeiten, um den Bundesligaklub noch ernsthaft in Gefahr zu bringen. Die Zuschauer sind bestimmt nicht auf ihre Kosten gekommen. Ob Rudi Völler, Uwe Reinders oder Norbert Meier - sie blieben alle weit hinter ihren Möglichkeiten. Nicht zuletzt deshalb, weil sie genau wußten, daß sie in Bremen beim Rückspiel am 2. November für die dritte Runde alles klarmachen können.



Von Autogramm-Jägern verfolgt: Torwart Dieter Burdenski bei einem Spaziergang vor dem Leipziger Hotel „Astoria“.

Foto: DPA

FUSSBALL / Jahreshauptversammlung in München

Paul Breitner will nicht mehr Vizepräsident werden

sid, München/Saloniki
„Ich habe einen Termin in Frankreich und bin deshalb gar nicht in München.“ Mit dieser Aussage beendet Paul Breitner alle Spekulationen um ein künftiges Ehrenamt beim FC Bayern München. Denn trotz vieler Dementis wurde der ehemalige Nationalspieler immer wieder als möglicher Vize-Präsident ins Gespräch gebracht. Zuletzt von dem 54 Jahre alten Baukaufmann Alexander Richter, der bei der Jahreshauptversammlung heute Abend gegen den bisherigen Klubchef Willi O. Hoffmann kandidieren wird.

Vor dem UEFA-Cup-Spiel bei PAOK Saloniki gab sich der Präsident Hoffmann angesichts der oppositionellen Strömungen gelassen. „Wir sind ein demokratischer Verein, wo sich jeder zur Wahl stellen kann“, sagte Hoffmann. Dennoch birgt die Versammlung, die erstmals bei Alkoholverbot im Deutschen Museum stattfindet, plötzlich Zündstoff.

„Ich kandidiere erneut als Schatzmeister, unabhängig davon, wer Präsident wird“, kündigte Professor Fritz Scherer an und gab damit zu erkennen, daß er nicht unbedingt auf die Gefolgschaft zu Hoffmann eingeschworen ist. Der Augsburger Universitäts-Dozent, der auch von der

Opposition als Schatzmeister akzeptiert wird, verzichtete zum ersten Mal in seiner vierjährigen Amtszeit auf die Reise zu einem Europapokal-Auswärtsspiel.

Im Vorfeld der Jahreshauptversammlung hatte der Augsburger Universitäts-Professor in Anwesenheit von Geschäftsführer Walter Farnbeck ein Gespräch mit Alexander Richter über die wirtschaftlichen Verhältnisse beim FC Bayern geführt.

Nach Auskunft von Präsident Hoffmann hat der Bundesliga-Rekordmeister mit Ende des letzten Geschäftsjahres (30. Juni 1983) 3,5 Millionen Mark Schulden, denen ein Immobilienvermögen in Höhe von zehn Millionen Mark gegenübersteht. Manager Uli Hoeneß glaubt, den Schuldenberg innerhalb der nächsten zwei Jahre abtragen zu können.

Schon auf dem Flug nach Saloniki hatte Manager Uli Hoeneß gesagt: „Ich schaue mir das ganze am Donnerstag an - wenn aber ein Chaos das Kommando übernimmt, bin ich schnell weg. Allerdings gibt es derzeit wirklich keinen Grund, etwas zu ändern. So gut standen wir noch nie da. Und im nächsten Jahr, wenn unser Sponsorvertrag mit Iveco ausläuft, werden wir noch bessere Finanzen haben. Ich habe schon eine Firma an der Hand.“

MODERNER FÜNFKAMPF / Drama in Los Angeles

Fünfkämpfer Chichosz kroch und wankte über Zielstrich

sid, Los Angeles
Dort, wo im nächsten August die Fünfkampf-Olympia-Medaillen vergeben werden, spielte sich bei den Junioren-Weltmeisterschaften am Dienstag ein deutsches Drama ab. Zwei vor dem Start zum abschließenden Geländelauf greifbar nahe Medaillen gingen verloren, am Ende blieb für das deutsche Team statt einer sicheren Silbermedaille nur Rang sechs. In Abwesenheit der UdSSR holte sich Ungarn den Titel und alle Einzelmedaillen.

Kurz nach 16.00 Uhr nachmittags lag starker Dunst über den Bergen um Coto de Cam 100 km südlich von Los Angeles, als Matthias Chichosz aus Warendorf erstmals zu Boden fiel, nur 200 m vom Ziel entfernt. Der 21-jährige Soldat, vor dem 3000-m-Start an dritter Stelle der Einzelwertung und als sehr starker Läufer eingeschätzt, hatte sich im ersten Abschnitt total verausgabt, war von der Spitze zurückgefallen und kämpfte nur noch um den Teamerfolg.

Chichosz raffte sich, von den Betreuern und Zuschauern auf der Tribüne angefeuert, wieder auf, stürzte aber mehrmals, zuletzt zehn Meter vor dem Ziel und kroch und wankte bis zum Schlußstrich weiter.

Per Rutschauber wurde er ins nächste Krankenhaus geflogen,

konnte aber noch am gleichen Abend entlassen werden. Ärzte, Trainer und Athleten meinten übereinstimmend, daß der Vorfall nicht den Witterungsverhältnissen zuzuschreiben sei. Bundestrainer Herbert Rieden, der Chichosz seit sieben Jahren betreut, war vollkommen erschüttert: „Matthias hat sich offensichtlich schon zu Beginn übernommen, trotzdem kann ich mir den Zusammenbruch nicht erklären. Es gab kein Anzeichen, daß er geschwächt ins Rennen ging. Hoffentlich bleibt uns so etwas hier bei Olympia erspart.“

Am Vormittag hatte sich die deutsche Mannschaft durch den Sieg im Pistolschießen von Rang vier auf Platz zwei hinter Ungarn vorgeschoben. Bei Normalform von Chichosz hätte sie gut 700 Punkte mehr erreicht und damit im Endergebnis rund 300 mehr als Italien, das vor den USA Silber gewann. So war es kein Wunder, daß der vierte Platz von Detlef Kreher aus Berlin hinter drei Ungarn nur am Rande registriert wurde.

Es gewann der Ungar Fabian mit 5425 Punkten die Einzelwertung vor seinen Landsleuten Demeter (5374) und Bardi (5346). Kreher kam auf 5304 Punkte. Neben Kreher und Chichosz gehörte noch der Warendorfer Marsollek zur deutschen Mannschaft, die auf 15 195 Punkte kam.

WUNDERLICH: Nur ein Spiel?

Damp (sid) - Erhard Wunderlich wird der deutschen Handball-Nationalmannschaft beim Vierländerturnier vom 21.-23. Oktober in Dänemark voraussichtlich nur im Auftakt-Spiel am Freitag gegen Vizeweltmeister Jugoslawien zur Verfügung stehen. Zu den Spielen gegen Dänemark (Samstag) und die CSSR (Sonntag) wird er nicht antreten können, weil sein Klub, der FC Barcelona, am Sonntag ein Punktspiel gegen San Sebastian bestritt.

Loontjens verlängert

Krefeld (dpa) - Beim Fußball-Bundesligaklub Bayer 05 Uerdingen hat Peter Loontjens seinen bis zum 30. Juni 1984 befristeten Vertrag für weitere zwei Jahre bis zum 30. Juni 1986 verlängert. Der 23-jährige Stürmer war im Dezember 1981 von Borussia Mönchengladbach nach Uerdingen gekommen.

Zwei Diskuswerfer gedopt

Paris (sid) - Gedopt waren die Diskuswerfer Dariusz Juzyski (Polen) und Agnes Hertzog (Ungarn) beim Leichtathletik-Europacupfinale in London im August. Das gab die Europäische Leichtathletik-Union bekannt. Sie wurden disqualifiziert und müssen mit einer Mindestsperr von 18 Monaten rechnen.

Regierung sagt Hilfe zu

Rom (dpa) - Ministerpräsident Bettino Craxi hat dem italienischen Nationalen Olympischen Komitee (NOK) offiziell das Einverständnis und die Unterstützung für eine Bewerbung für die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 1990 zugesichert.

Olympia-Treffen in Füssen

München (dpa) - Bis jetzt haben rund 50 Aktive der Olympiamannschaft für Sarajewo ihre Teilnahme am Olympia-Treffen angekündigt. Es wird vom Nationalen Olympischen Komitee (NOK) ausgerichtet und findet am 21./22. Oktober in Füssen statt.

OLYMPIA

Zuschlag für Berchtesgaden

dpa/sid, Frankfurt
Die erste Entscheidung im Kandidaten-Wettstreit zwischen Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgaden um den deutschen Austragungsort für die olympischen Winterspiele 1992 ist gefallen. Das Präsidium des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK) entschied sich gestern in Frankfurt nach fast dreistündiger Diskussion dafür, der NOK-Mitgliederversammlung am 5. November in Saarbrücken die Region Berchtesgaden zur endgültigen Abstimmung zu empfehlen.

„Die Entscheidung fiel mit Stimmeneinheit. Um die Mitgliederversammlung nicht zu beeinflussen, geben wir das Abstimmungsergebnis nicht bekannt“, erklärte NOK-Präsident Willi Daume nach der Sitzung. Das Ergebnis soll 7:3 für Berchtesgaden gewesen sein. Eine endgültige Entscheidung zugunsten Berchtesgadens mit Bad Reichenhain, Ruhpolding, Reit im Winkel und Inzell sei, so Daume, angesichts „beider hochrangiger Bewerbungen“ damit noch lange nicht gefallen.

HAHNEN

Handball
Junioren-Weltmeisterschaften in Paris, Trostrunde Gruppe eins: Dänemark - Japan 23:18, Deutschland - China 21:21. - Gruppe zwei: Italien - Norwegen 16:36, Estland - Holland 17:21.

Tennis
Damenturnier in Brighton, erste Runde: Lloyd-Evart (USA) - Meaker (Holland) 6:1, 6:4.
Grand-Prix-Turnier in Wien, erste Runde: Peig (Österreich) - Becka (Deutschland) 6:2, 6:0, Simonsson (Schweden) - Westphal (Deutschland) 6:7, 6:4, 7:5.



Nina Grunenberg porträtiert Friedrich Zimmermann

Sein Programm heißt: action

Seit Strauß nicht mehr zum politischen Erzfeind taugt, ist Friedrich Zimmermann der Angstgegner der Liberalen geworden, der Buhmann der Nation. Weniger durch seine Taten als durch seine provokanten Reden hat der Bonner Innenminister das innenpolitische Klima verändert: Türken bangen um ihre Aufenthaltsgenehmigung, Demonstranten fühlen sich eingeschüchtert, der FDP ist er ein Stachel im Fleisch: Durch seine Vorgaben auf dem Felde der Rechts- und Sicherheitspolitik stellt er ihre Durchsetzungskraft in der Koalition kaltblütig in Frage. Bewußt bietet er sich als Kontrastfigur zu allen jenen Politikern an, die moralisch, philosophisch, bürgernah an den Leiden dieser Welt verzagen. Sein Programm heißt: action. Friedrich Zimmermann ist der geborene Exekutor, ein leidenschaftlicher Vollstrecker, aber er ist kein Vordenker. Sein Leben lang hat er sich in der entsagungsvollen Rolle des Hausknechts stilisiert, der seinen Herrn adoriert und die schmutzige Arbeit für ihn erledigt, der immer gebraucht, aber nie geliebt wird. In dieser Funktion war er 25 Jahre lang Franz Josef Strauß' treuester Gehilfe. Jetzt steht er selber auf dem Spielfeld - ein alleingelassener zweiter Mann, der Unsicherheiten zeigt. Lesen Sie das ganze Porträt.

Heute in

DIE ZEIT

Deutschlands große Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur. Jeden Donnerstag neu.

SSD ließ nach Demonstration Frau ausreisen

DW, Berlin
Die „DDR“ hat nach einer Demonstration am Berliner Sektorenbüro Checkpoint Charly in einer bisher unüblichen Art und Weise reagiert, wie es in einer Presseerklärung der „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ heißt. Die Demonstranten, drei freigekaufte politische Häftlinge, hatten dagegen protestiert, daß der Ehefrau und Kindern eines der Beteiligten die Ausreise verweigert wurde. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft wurden die Frau und die beiden 11 und 15 Jahre alten Kinder bereits am 13. Oktober, wenige Stunden nach Beginn der Protestaktion, abgeschoben.
Wie von der Arbeitsgemeinschaft weiter mitgeteilt wurde, hatte der Staatssicherheitsdienst die Ehefrau aus der Wohnung geholt und auf der Dienststelle aufgefordert, ihren Mann telefonisch zu bitten, die begonnene Demonstration am Sektorenbüro zu beenden. Sie werde schnellstmöglich entlassen. Bei ihrer Abschiebung konnten die Frau und die Kinder keinerlei Gepäck mitnehmen.
Noch zwei Tage zuvor hatten die Behörden in der „DDR“ das Begehren nach Ausreise abgelehnt.

Bonn: Keine Hilfe für Moon-Sekte

AP, Bonn
Entgegen früheren Zusagen will das Bundespräsidialamt eine Gruppe ausländischer Journalisten, die der Jugendsekte des Koreaners Moon nahesteht, bei ihrem bevorstehenden Besuch in Bonn keine Hilfestellung gewähren. Regierungssprecher Jürgen Sudhoff erklärte gestern vor Journalisten, das Amt werde der Gruppe weder logistische Unterstützung zuteil werden lassen, noch werde das Auswärtige Amt für ein Pressegespräch zur Verfügung stehen.
Sudhoff räumte ein, daß diese Pläne ursprünglich bestanden, doch sei keine Entscheidung so gut, daß sie nicht verbessert werden könne.
Das Presseamt habe zwischen der ausländischen Journalisten zukommenden Höflichkeit und der Gefahr von Mißverständnissen in der Öffentlichkeit abwägen müssen. Die Bundesregierung sei weiterhin der Auffassung, die Moon-Sekte stelle eine „Gefährdung“ dar.

Chirac rät den Europäern, ihre eigene Verteidigung zu verstärken

Verwirrung in Paris um Bonner Äußerungen des Gaullistenchefs / Hernu: „Erstaunlich“

Co./v. K. Bonn/Paris
Der französische Gaullisten-Führer Jacques Chirac tritt für eine engere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland in der Sicherheitspolitik ein. Beide Länder sollten, empfahl Chirac gestern vor Journalisten in Bonn, den Weg intensiver Konsultationen weitergehen und alle damit zusammenhängenden Fragen diskutieren.
Nach seinen Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher, Franz Josef Strauß und Richard von Weizsäcker bejahte er auch mit Nachdruck eine enge Partnerschaft zwischen Europäern und Amerikanern, weil sich Europa nicht allein verteidigen könne. Aber kein Volk könne sich voll und endgültig auf andere verlassen. Darum müsse Europa seine eigenen militärischen Mittel verstärken mit dem Ziel, seine Grenzen zu sichern. Der Gaullisten-Führer ließ allerdings offen, wie im einzelnen die stärkere Verteidigungskraft der Westeuropäer aussehen solle. Er bestritt ausdrücklich,

damit zu meinen, daß die Bundesrepublik Deutschland auch in die atomare Verteidigung einbezogen werden sollte.
Berichte, Chirac habe in Bonn die Einbeziehung der Bundesrepublik in ein europäisches System nuklearer Verteidigung befürwortet, hatten in Frankreich zu heftigen Reaktionen geführt. Verteidigungsminister Charles Hernu sprach von „erstaunlichen“ Äußerungen. Der außenpolitische Sprecher der Sozialisten, Jacques Hüntzinger, nannte entsprechende Überlegungen unseriös. Der ehemalige sozialistische Industrieminister Pierre Chevenement sah sogar das Ende des Gaullismus heraufdämmern und vertrat außerdem die Auffassung, eine derartige politische Aufwertung der Deutschen fände bei den übrigen europäischen Staaten keine Mehrheit.
Bis in die von Chirac geleitete gaullistische Sammlungsbewegung RPR hinein wurden Zweifel angemeldet, ob so etwas wünschenswert und möglich sei, ohne die gesamte alliierte Deutschlandpolitik in Frage zu

stellen. Bei den Giscardisten waren ähnliche Auffassungen zu hören. Deren „historischer Chef“, der ehemalige Präsident Giscard d'Estaing, hatte bereits während seiner Amtszeit auf ähnliche Fragen geantwortet, daß „ein deutscher Finger am Abzug einer westlichen Atomwaffe ein Casus belli für die Sowjetunion“ und daher „auf absehbare Zeit unmöglich“ sei.
In der Tat bestreitet keine französische Partei, die KPF eingeschlossen, den nationalen Ausschließlichkeitscharakter der französischen atomaren Abschreckungsstrategie. Der Sozialist Hüntzinger sagte in seiner Kritik an Chirac indes nichts darüber aus, ob diese Streitmacht eines Tages eine europäische mit oder ohne deutsche Mitbestimmung sein könnte.
Das Thema „europäische Verteidigung“ wird in Frankreich seit Jahren kontrovers diskutiert. Der 1980 verstorbene Generalsekretär der Gaullisten, Alexandre Sanguinetti, hatte kurz vor seinem Tod bereits eine deutsch-französische Atomstreitmacht für Europa gefordert, war damit aber auf Ablehnung gestoßen.
Seite 2: Sorge um die Deutschen

Reagan warnt vor Versuch einer Einschüchterung

„Wer bedroht den Frieden?“ / Appell an Jugend Europas

dpa/rtr, Washington/München
Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat an die „Friedensbewegung“ und die Jugend Europas appelliert, die Gründe für die geplante Aufstellung der neuen Atomwaffen noch einmal zu überdenken. Der Westen dürfe sich nicht einschüchtern lassen. Gleichzeitig unterstrich er vor Journalisten in Washington seinen Willen zu erfolgreichen Raketenvorverhandlungen mit der Sowjetunion noch vor der Aufstellung neuer US-Raketen in Westeuropa.
„Ich möchte die jungen Menschen in Europa dringend bitten, darüber nachzudenken, daß es nicht die Vereinigten Staaten und die NATO sind, die den Frieden bedrohen“, sagte Reagan. Die USA hätten keine Mittel- oder Langstreckenraketen in Europa. Sie seien bereit, „darauf vollkommen zu verzichten“. Es sei die Sowjetunion, die mit mehr als 1300 Sprengköpfen auf Mittelstreckenraketen die Staaten in Europa, Asien und anderswo bedrohe. Jede Woche werde von ihr eine neue SS-20-Rakete mit drei Sprengköpfen aufgestellt.

Reagan unterstrich die Bereitschaft der USA, jedes Abkommen mit der UdSSR zu treffen, das fair und nachprüfbar für alle Seiten sei. „Dies schließt die Abschaffung einer ganzen Klasse atomarer Waffen ein, oder „wenn sie (die UdSSR) nicht soweit gehen will, zumindest einen Teil davon, und je mehr, desto besser“.
Das US-Außenministerium hatte zuvor Äußerungen des sowjetischen Generals Tschernow über die Aufstellung sowjetischer Raketen in der Nähe der USA als neuen Versuch eines „Nervenkrieges“ zwischen Moskau und Washington bezeichnet.
Als „Armeen des politisch-psychologischen Krieges, vom Kreni gezielt eingesetzt und gesteuert“, hat der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß gestern die „Friedensbewegung“ bezeichnet. Strauß forderte im CSU-Organ „Bayernkurier“ jene Tausende von „Mitläufern“, die aus christlichen oder anderen „im Einzelfall ehrenhaften Motiven“ mitmarschierten, eindringlich auf, einen „Trennungsstrich zu den Kommunisten und Drahtziehern“ zu ziehen.

Krankenstand ging 1983 weiter zurück

Der Krankenstand der Arbeitnehmer hat im ersten Halbjahr 1983 das niedrigste Niveau seit den siebziger Jahren erreicht. Nach Berechnungen des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) wurden bei gesetzlich versicherten 4,5 (vorheres Halbjahr 1982: 4,9) Prozent aller Pflichtmitglieder als krank registriert. Bereits seit 1980 sei die Zahl der Krankmeldungen von 5,7 auf 4,6 Prozent (Jahresdurchschnitt 1982) zurückgegangen. Die Ursache sieht das Institut in der konjunkturellen Entwicklung.
Diese Tendenz widerlegt nach Meinung des Instituts die verbreitete Auffassung, der niedrige Krankenstand sei damit zu erklären, daß gesundheitlich labile Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit abgedrängt wurden.
Dem pflichtversicherten Arbeitslosen – das sind rund 75 Prozent aller Arbeitslosen – würden im Krankheitsfall in die Krankenkasse einbezogen. „Folglich kann das gegenwärtige Krankenstandsrisiko schon aus statistisch-methodischen Gründen nicht mit der Verdrängungstheorie erklärt werden“, schreibt das Institut.

Indira Gandhi sucht Kontakt zu Kohl

Neu-Delhi für engere Zusammenarbeit mit Bonn / Vor dem Kanzlerbesuch in Indien

BERNT CONRAD, Bonn
Die indische Premierministerin Indira Gandhi will den Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Neu-Delhi am 6. November nutzen, um eine Etappe engerer deutsch-indischer Beziehungen einzuleiten. Diesen Eindruck hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Stercken bei Gesprächen mit Frau Gandhi, Außenminister Narasima Rao und dem indischen Parlamentspräsidenten in Neu-Delhi gewonnen.
Stercken hatte Anfang der Woche während der Rückreise von der Versammlung der Interparlamentarischen Union in Seoul auf Einladung des Parlamentspräsidenten einen zweitägigen Aufenthalt in der indischen Hauptstadt eingelegt. Dort erfuhr er zu seiner Überraschung, daß die Premierministerin und der Außenminister großen Wert auf Begegnungen mit ihm legten. Beide betonten

den Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen auch über den diplomatischen Bereich hinaus.
Wie der CDU-Politiker in einem Gespräch mit der WELT erläuterte, sehen die Indier die erstrebte enge Kooperation mit Bonn sehr stark im europäischen Kontext. Offenbar gingen sie davon aus, daß die Bundesregierung ihre besonderen politischen Interessen und Beziehungen in den Rahmen der Europäischen Gemeinschaft einbringe, während die in Indien sehr aktiven Franzosen weitgehend im eigenen nationalen Interesse operierten. Da Indien aber an der Zusammenarbeit mit Europa interessiert sei, baue es primär auf die Bundesrepublik.
Frau Gandhi brachte ihren Wunsch nach besseren Kontakten nach Sterckens Angaben mit der Führungsrolle ihres Landes in der Dritten Welt in Zusammenhang. Auf die Anregung des CDU-Abgeordneten,

man sollte die gemeinsamen Wertvorstellungen, die Bonn und Neu-Delhi verbindet, stärker herausstellen, erwiderte die Premierministerin: „Wir wehren uns dagegen, daß die Europäer unsere Blockfreiheit oft völlig mißverstehen.“ Für Indien bedeute Blockfreiheit keine Wertneutralität. Indien müsse dies klar herausstellen, um sich von der Politik der kommunistischen Länder abzusetzen.
Das Vorgehen in Neu-Delhi zeigt nach Ansicht von Experten, daß der Kurzbesuch Kohls in Indien am 6. November von größerer Bedeutung sein wird als ursprünglich angenommen. Nachdem eine von Frau Gandhi vorgeschlagene Begegnung mit dem Kanzler in New York anläßlich der UNO-Vollversammlung nicht zustande gekommen war, hatte die Premierministerin auf einen Zwischenstopp des Kanzlers auf dem Rückweg von dessen Japan- und Indonesien-Reise gedrungen.

Blüm ringt um Regelung

Fortsetzung von Seite 1

bei einer Quote von 70 Prozent rund eine Viertel Milliarde Mark jährlich, bei nur 30 Prozent aber schon etwa 1,3 Milliarden Mark. Da heute niemand sagen kann, wie hoch die Neueinstellung tatsächlich ausfallen wird, ist Stoltenberg auch so zurückhaltend, um Mehranforderungen an den Etat rechtzeitig abzuwehren.
Die Gewerkschaften müßten sich insofern an der Finanzierung beteiligen, als sie sich im Tarifvertrag verpflichten, bei der Entlohnung für die gesamte Branche in dem Maße auf Lohnzuwächse zu verzichten, wie die Arbeitgeber durch die Tariftreue zusätzlich belastet werden. Dies erscheint jedoch nicht praktikabel, da niemand sagen kann, wie die Lohnforderungen ohne eine zu vereinbarenden Tariftreue ausfallen könnten.
Neben der NGG setzen sich vor allem die IG Chemie, die IG Textil und die IG Bau, Steine, Erden für dieses Modell ein. Die DGB-Führung und vor allem die IG Metall peilen die

33-Stunden-Woche an. Derzeit sind rund 560 000 Arbeitnehmer älter als 50 Jahre.
Eine Verkürzung der Arbeitszeit auch ohne vollen Lohnausgleich ist nach Auffassung des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskassenbundes (DIHK), Otto Wolf von Amerongen, für viele Branchen und damit für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht förderlich. Im Deutschlandfunk sagte Wolf gestern, das Wesentliche bei einem außerordentlichen politischen Land wie der Bundesrepublik Deutschland sei jedoch, daß diese Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibe. Bewiesen sei nicht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auch weniger Arbeitslose bringe.
Eine andere Frage sind nach Darstellung Wolfs sogenannte flexible Arbeitsplätze. Dabei müsse der Staat mit Änderungen gesetzlicher Vorschriften helfen.

Shamir übersteht Mißtrauensantrag

dpa, Jerusalem
Die neue israelische Regierung unter Ministerpräsident Shamir hat gestern den ersten Mißtrauensantrag der Opposition überlebt. Breiten Schichten der Bevölkerung wurde zur Behebung der schweren Wirtschaftskrise eine Senkung des Lebensstandards angekündigt.
Der von allen drei Oppositionsparteien vorgelegte Mißtrauensantrag ist vom Parlament mit 61 gegen 54 Stimmen abgewiesen worden. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte ihren Antrag – ähnlich wie die linksprogressive Schinui und die moskautreue Raikach – mit dem Vorwurf begründet, die vom Parteienblock Likud geführte Regierung habe die israelische Wirtschaft durch „Verantwortungslosigkeit und Leichtsinns an den Rand des Ruins geführt“. Der erst am Vortag verdrängte neue Finanzminister Jigal Cohen-Orad räumte ein, daß die derzeitige Krise „Auswirkungen auf alle Bereiche der Wirtschaft“ habe.

Für die Familienharmonie in Ihrer EDV-Organisation

Eine gute Nachricht für national und international operierende große Unternehmen: Nixdorf bringt einen Micro-Computer für den integrierten Einsatz an den dezentralen Arbeitsplätzen in Fachabteilungen, Zweigstellen, Niederlassungen oder Auslandsfilialen. Damit kommt endlich eine Lösung für die Probleme des unkontrollierten Einsatzes autonomer Datenverarbeitungskapazität vor Ort. Die neuen Micros von Nixdorf sorgen dafür, daß die Computer-Organisation an der Peripherie nicht unkontrollierbar wird und nicht in Insellösungen zerfällt.



Die Nixdorf Micros haben alle guten Eigenschaften ihrer großen Brüder.

Deshalb ist Nixdorf's neues Baby das Wunschkind vieler EDV-Leiter.
Bei den Nixdorf Micros zeigt sich im Kleinen die große Nixdorf-Erfahrung mit arbeitsplatzorientierter Datenverarbeitung: sie sind konsequent eingebunden in das weltweit erfolgreiche Systemkonzept von Nixdorf. Mit allen Vorteilen für die EDV-Organisation: Die Micros sind kompatibel zur Nixdorf-Systemfamilie in Hardware, Systemsoftware und Anwendersoftware, kompatibel auch zu Fremdsystemen. Sie sind netzwerkfähig: in herstellereigenen wie in öffentlichen Kommunikationsnetzen.

Nixdorf's neuem Baby ist die ganze Software-Kapazität in die Wiege gelegt: Die Anwender-Software. Die neuen Micros bieten alle Möglichkeiten der Software bestehender Nixdorf Systemfamilien. Aus der internationalen Softwarebank Nixdorf COMET* können darüber

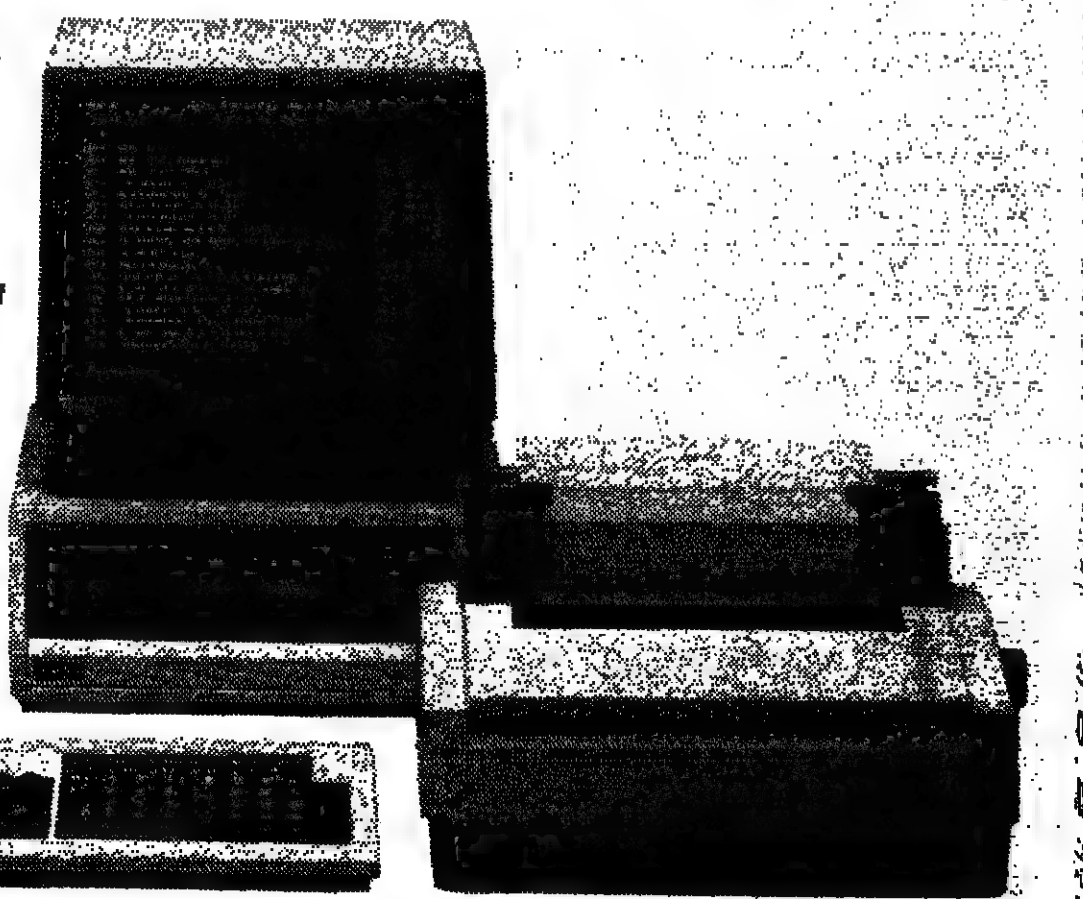
hinaus mit einem Checklisten-Programm einzelne Software-Bausteine nach Bedarf abgerufen und zusammengestellt werden.

Ergebnis: Eine Software, die den kommerziellen Anforderungen wie den individuellen Erfordernissen optimal entspricht.

Dienstleistung liegt in der Nixdorf-Familie.
Kundendienst wird auch bei den Micros von Nixdorf großgeschrieben. Die Dienstleistungs-Palette reicht von der Organisationsberatung über die Installation und die Schulung bis zur Betreuung durch den leistungsfähigen technischen Kundendienst.

Das gewährleistet eine rundum sichere, zuverlässige und kontinuierliche Betreuung und Pflege der neuen Babies von Nixdorf.

Nixdorf Computer AG
Fürstenallee 7, 4790 Paderborn
Telefon 05251/300578



Der Micro-Computer in der Nixdorf-Familie

NIXDORF
COMPUTER

Nixdorf's neues Baby präsentiert sich auf der Systems, Halle 19, Stand 19005 und Halle 23, Stand 23110.

Stiftung in der Klemme

J.G. - „Es ist ein mächtiger Trieb im Menschen, für seine Hinterbliebenen zu sorgen, diejenigen, denen er im Herzen so nahe stand, nicht in Not zu hinterlassen. Die Gestirne und Ökonomie der Gesellschaft ist dadurch wesentlich gesichert, die ökonomische Kontinuität gewahrt.“ So schrieb es vor gut einem halben Jahrhundert der berühmte Finanzwissenschaftler Schanz zum Thema „Erbchaftsteuer“, und so ist es immer noch wahr.

Als neue Wahrheit aber ist hinzugekommen, daß Familienunternehmen bösslich aufpassen müssen, wenn sie vermeiden wollen, daß die Erbschaftsteuer die Firma zerschlägt und die geschöpften Erben das Bestvermögen verjubeln. Ein Problem, das so oder ähnlich zum Beispiel für die Hälfte des deutschen Industriepotentials und entsprechend viele Arbeitsplätze gilt.

Das im Erbfall steuerunschädliche Instrument der Familienstiftung ist da passé, seitdem die weiland sozial-liberale Bonner Koalition die Erbschaftsteuer mit Rechtskraft ab 1984 einführt. Der große Klöckner-Fall, wo sich die Erben nun erfolgreich mit Ficht in eine gemeinnützige Stiftung vor dem für den Bestand der Firma tödlichen Steuer-Fallbeil rettet, zeigt nur die berühmte Spitze des Eisbergs. Vielen anderen, die mehr als das bei Klöckner seit Jahrzehnten übliche eine Promille vom Ertrag der Fam-

Öl auf Termin

ft (London) - Vor zweieinhalb Jahren begann an der International Petroleum Exchange (IPE) in London der Handel mit Heizöl-Terminkontrakten. Schon damals wurde, allerdings mit verständlicher Zurückhaltung, von der Aussicht gesprochen, später einmal auch andere Mineralölprodukte und Rohöl selbst in den Terminhandel aufzunehmen. Der bisherige Erfolg der IPE hat ihren Initiatoren recht gegeben. Bereits am 21. November wird offiziell der Handel mit Rohöl-Terminkontrakten aufgenommen. Das Ziel, das sich die IPE zunächst gesetzt hat, klingt bescheiden: Für die ersten sechs Monate wird mit einem Handelsvolumen von 500 Kontrakten pro Börsentag über jeweils 1000 Barrel Rohöl der Qualität Brent, Ablieferung Rotterdam oder Amsterdam, gerechnet. Doch der immense Erfolg des Rohöl-Terminhandels in New York, wo der Umsatz schon zweimal die gesamte Öko-Tagesproduktion überschritten hat, läßt auch für London erwarten, daß die IPE schon bald zum größten der Rohöl-Terminbörsen in Europa aufgestiegen sein wird.

Pariser Börsenwunder

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Während sich in allen anderen westlichen Industriestaaten - mit dem USA an der Spitze - das Konjunkturlage immer mehr erwärmt, hat es in Frankreich den Gefühlspunkt unterschritten. Gleichwohl steigen die französischen Aktienkurse weiter. Der Index hat inzwischen den Jahresstand 1982 um mehr als 40 Prozent übertraffen. Das ist ungefähr das Doppelte der Wall-Street-Häuser. Auch Frankfurt, London und Tokio blieben deutlich hinter Paris zurück.

Dieses „Wunder“ wird in hiesigen Finanzkreisen vor allem damit erklärt, daß die Pariser Börse 1982 weniger zugelegt hatte als die anderen Plätze. Es sei deshalb ein Rückstand aufgehoben gewesen, zumal die französische Wirtschaft bis vor einem Jahr stärker expandierte als die Weltwirtschaft. Eine solche Betrachtung wird aber der jüngsten Wirtschaftsentwicklung und dem verhältnismäßig schlechten französischen Konjunkturaussichten nicht gerecht.

Noch bis zum Sommer konnte man die überdurchschnittliche Pariser Aktienhausse zum Teil darauf zurückführen, daß zahlreiche Gesellschaften für ihr noch gutes letztes Geschäftsjahr mit bedeutenden Dividendenerhöhungen überraschten. Andererseits aber mehrten sich die Unternehmenszusammenschlüsse, und die von der Regierung Ende März verschärfte Anstalts-Politik (einschließlich Kreditrestriktionen) ließen eine weitere Verstärkung der Konkurrenz erwarten. Allenfalls konnten die großen Exportunternehmen dank der Franco-Aufwertung mit besseren Zeiten rechnen.

zwischen etwas nach unten erweitert. Für die Aktien kleinerer und mittlerer Firmen wurde ein neuer Sekundärmarkt geschaffen, der allerdings auch qualitativ (verminderte Publizität) zweitrangig ist. Denn sind verschiedene neue Anlageformen getreten, von denen die sogenannten Partizipationscheine (titres participatifs) größere Bedeutung erlangt haben.

Es handelt sich dabei um ein Mittel, das zwischen Aktie und Obligation, das finanzanalytisch zu den Eigenmitteln gezählt wird. Wie bei der Aktie ist der Laufzeit dieser Titel unbegrenzt, allerdings besitzen ihre Inhaber kein Stimmrecht. Den Obligationen vergleichbar ist die feste Mindestverzinsung, zu der ein variabler, an Gewinn- oder Umsatzentwicklung gebundener Zins tritt.

Diese neue Form der Kapitalbeschaffung ist bisher vor allem von den verstaatlichten Unternehmen benutzt worden. Saint-Gobain, Rhône-Poulenc, Thomson, Générale de l'Electricité (GEG) und Renault haben bereits für vier Milliarden Franc Partizipationscheine ausgeben, die einen reizenden Absatz fanden. Dies liegt wohl nicht nur an der attraktiven Verzinsung, sondern auch daran, daß sich die Anleger eine Vorzugsbehandlung für den Fall versprechen, daß es nach einem Regimeumschwenk zu einer Privatisierung dieser Unternehmen kommt. Jedenfalls sind die Partizipationscheine eine Hinterlist dafür, um den Staat von der Eigenkapitalversorgung seiner Unternehmen etwas zu entwenden, ohne die Eigentumsverhältnisse anzutasten.

Schließlich hat die Regierung die steuerlichen Vorteile für das Aktien-sparen verstärkt und spezielle Sparformen vor allem zugunsten der Industrie geschaffen. Sie will damit nicht zuletzt das fortschreitende Desinteresse an Immobilien- und Goldanlagen in Investitionen in Aktien nutzen. Jedenfalls ist diese Interessensverschiebung ein sehr wichtiger Faktor für die starke Pariser Aktienhausse gewesen. Nimmher aber rechnet man damit, daß diese Sonderfaktoren allmählich an Wirkung verlieren. Paris würde damit wieder stärker in den Sog der Weltbörsen geraten. Rein konjunkturrell gesehen ist jetzt sogar ein Rückschlag nicht mehr auszuschließen.

DIHT-KONGRESS / Sechs Thesen zur Wirtschaftspolitik verabschiedet

Überwindung der Anspruchsmentalität ist Voraussetzung für Wachstum

INGE ADHAM, Frankfurt
Positive Konjunktursignale registriert der Deutsche Industrie- und Handelsstag (DIHT): Seit dem Sommer übertrifft die Produktion in der gewerblichen Wirtschaft wieder das Vorjahresniveau, die Kapazitätsauslastung hat sich erhöht. Im Gegensatz zu früher stammen die Auftriebskräfte nicht vom Export, sondern aus der Binnenwirtschaft. Im übrigen fehlt dem Aufwärtstrend nach Ansicht von DIHT-Präsident Otto Wolff von Amerongen noch die nötige Breite.

Nach zweitägiger Dauer verabschiedete der DIHT-Kongress in Frankfurt sechs Thesen zur Wirtschaftspolitik, die nach Ansicht der Wirtschaft Wege aufzeigen, die international geschwächte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, ohne deren Stärkung ein dauerhafter Aufschwung nicht möglich sei, zu verbessern. Hauptaufgabe nach diesem Forderungskatalog der Wirtschaftspolitik ist, die Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum nachhaltig zu stärken. Denn, so der DIHT, offensive Wachstumspolitik ist das wirksamste Mittel zur Lösung der Beschäftigtenprobleme.

Als Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Politik wertet der DIHT die Beseitigung der Anspruchsmentalität. Jahrzehntelanger Wohlstand habe den Blick für die Leistungsabhängigkeit dieses Wohlstands verschleiert, beklagt der DIHT, der von der Bundesregierung eine konsequente Durchsetzung der Wachstumspolitik gegen „verteilungsorientiertes“ Bewußtsein fordert. Grundsätzlich müsse aber die Wirtschaft selbst die Initiative für mehr Innovation und Investition und somit für mehr Wachstum und Beschäftigung ergreifen. Dazu sei allerdings eine Reduzierung des Staatsanteils am Bruttoinlandsprodukt nötig, betont der DIHT, um so notwendige Freiräume für Eigeninitiativen zu schaffen.

Für gescheitert hält der DIHT alle Versuche, das Problem der Arbeitslosigkeit durch Beschäftigungsprogramme zu lösen. Strukturelle Ursachen der Arbeitslosigkeit und fehlende Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt machen konjunkturpolitische Maßnahmen zur Lösung der Beschäftigtenprobleme unwirksam, betont die Spitzenorganisation der Handelskammer in Deutschland.

Notwendig sei vielmehr eine Doppelstrategie aus Förderung der Wachstumskräfte und einer Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Anpassungsflexibilität. Als Voraussetzung für den Erfolg dieser Strategie sehen die Kammer eine Verringerung des Defizits des öffentlichen Haushalts. In den nächsten Jahren müsse der Anstieg der Staatsausgaben deutlich unter dem des Bruttoinlandsprodukts bleiben. Dabei steht im Vordergrund ein Stopp der Expansion der Personalkosten und ein Abbau der Subventionen. Dies würde auch

AUTOINDUSTRIE

Opel: Entlassungsgerüchte Panikmache der IG Metall

HARALD POSNY, Düsseldorf
Als „reine Spekulation“ hat die Adam Opel AG die Äußerungen des Betriebsratsvorsitzenden im Stammwerk Rüsselsheim, Richard Heller, zurückgewiesen. Das Unternehmen werde bis 1988 rund 6000 Arbeitsplätze in den inländischen Betriebsstätten abzubauen. Diese Zahlen waren verbreitet worden, nachdem die Geschäftsleitung intern die üblichen Planungsdaten zur Erzielung notwendiger Produktivitätsfortschritte erstellt hatte. Sie waren von Heller mit dem Hinweis kommentiert worden, daß es sich bei den Entlassungen nicht um eine separate Opel-Aktion, sondern um eine Entwicklung in der gesamten Autoindustrie handele. Sie sei das Ergebnis einer Reihe von künftigen Rationalisierungsmaßnahmen. Bei Opel würden die genannten 6000 Arbeitsplätze rund 10 Prozent der Gesamtbeschäftigung sein, von denen im Durchschnitt des letzten Jahres reichlich 34 000 in Rüsselsheim, 18 500 in Bochum sowie 6700 in Kaiserslautern beschäftigt waren. Überträgt man die von Heller genannten 10 Prozent der Mitarbeiter auf die gesamte Automobilbranche, würde dies einem Abbau von etwa 40 000 Arbeitsplätzen entsprechen.

Die Opel AG sieht in den Äußerungen Hellers „den unangenehmen Versuch, mit dieser Panikmache die IG-Metall-Forderungen nach Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zu rechtfertigen“. In diesem Zusammenhang wird auf ein Gewerkschafts-Flugblatt verwiesen, das die Frage aufwarf: „Arbeitslos oder 35-Stunden-Woche?“

Opels Personalvorstand Walter Schlottfeldt: „Mit der 35-Stunden-Woche werden Opel und die gesamte Branche auf den internationalen Märkten wettbewerbsunfähig.“ Die Betriebsratsbehauptungen werden als umso bedenklicher angesehen, da Opel in den letzten beiden Jahren das höchste Wachstum in Produktion und Absatz erzielt hatte und zudem mehr Beschäftigte eingestellt hatte als jeder andere Autobauer.

Bei Opel wie auch in der Gesamtbranche wird dem Ringen um höhere Produktivität eine besondere Bedeutung beigemessen. Dabei sei auch nicht auszuschließen, daß mittelfristig in bestimmten Arbeitsbereichen - wie in der gesamten Industrie - Arbeitsplätze wegfallen.

Im Juli dieses Jahres noch hatte Opels Personalvorstand Schlottfeldt erklärt, das Unternehmen beabsichtige keine Entlassungen im Zuge technischer Entwicklungen. Schon damals diskutierte Entlassungszahlen wurden demontiert. Opel-Vorstandsvorsitzender Ferdinand Becher hat zudem erklärt: „Nicht die Einführung moderner Fertigungstechnik führt zu Beschäftigungseinbußen. Zu derlei Einbußen führt der Verlust von Wettbewerbsfähigkeit aufgrund unterlassener Produktentwicklung und Modernisierung der Betriebe.“ Bei Opel geht man im Bemühen um höhere Produktivität von höheren Absatzzahlen und damit stabiler oder besserer Beschäftigung aus.

AUF EIN WORT



Der Finanzminister als Hüter der Bundeskasse verfügt über eine besondere Art von Kohle, mit der viele Staatsaufgaben zu erfüllen sind. Nur muß ich darauf hinweisen, daß ich keinerlei diesbezügliche Halbescheide besitze und auch über keine nationale Kohle-Reserve verfüge, sondern statt dessen über einen hohen Bestand an Schulden. Das heißt: Ich bin knapp an Kohle.

Dr. Gerhard Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen, Bonn.
FOTO: H. DREICH NABBE

Schwierige Lage für den IWF

Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird sich möglicherweise gezwungen sehen, auf die privaten Kapitalmärkte zurückzugreifen, sofern der amerikanische Kongress eine Quotenerhöhung des IWF verweigern sollte. Diese Ansicht hat Fritz Leutwiler, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank und Vorsitzender der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), in Basel zu verstehen gegeben. Leutwiler betonte, daß eine Rückweisung der Quotenerhöhung durch den US-Kongress den IWF und damit die ganze Welt mit einer neuen und extrem schwierigen Situation konfrontieren würde.

AUSSENHANDEL

Südostasien von deutscher Wirtschaft vernachlässigt

HECK/WVD, Bonn/München
Zu verstärktem Engagement in Südostasien hat der parlamentarische Staatssekretär beim Wirtschaftsminister, Martin Grüner (FDP), die deutschen Unternehmen ermunert. Auf einer vom Ifo-Institut München veranstalteten internationalen Konferenz zum Thema „Wachstumsmarkt Südostasien - Chancen und Risiken unternehmerischer Kooperation“ erklärte Grüner, die beschlossene Wachstumphase dieser Länder sei „der Aufmerksamkeit der deutschen Wirtschaft weitgehend entgangen“. Zwar sei die Bundesrepublik in der EG stärker Handelspartner der ASEAN-Länder Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand. Doch die knapp vier Prozent Anteil an deren Außenhandel seien kein Grund zur Zufriedenheit. „Unsere wirtschaftlichen Beziehungen zur ASEAN-Region können nur dann stabilisiert und verstärkt werden, wenn deutsche Unternehmen sich entschließen, sich in diesem Raum stärker zu engagieren.“

Auch Helmut Laumer, Vorstandsmitglied des Ifo-Instituts, wies darauf hin, daß das Gros der deutschen Exportwirtschaft lange Zeit das Wachstumspotential des südostasiatischen Marktes nicht erkannt habe. Die relativ schlechte Position deutscher Wettbewerber liege nicht an der mangelnden Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte, sondern an einem unzureichenden Engagement. Die Bundesrepublik laufe Gefahr, meint Laumer, in der „wachstumsstärktesten Region des Weltmarktes“ den Anschluss an ihre europäischen Konkurrenten zu verlieren. Der Direktor des Instituts für Forschung und Kommunikation in Manila, Jesus P. Estanislao, betonte, daß die ASEAN-Länder auch in Zukunft ein starkes Wachstum erwarten.

FORSCHUNGSPOLITIK

Der BDI vermißt den angekündigten Kurswechsel

HEINZ HECK, Bonn
Die deutsche Industrie fürchtet, daß es bei dem von der neuen Bundesregierung angekündigten Kurswechsel in der Forschungspolitik bei der Ankündigung bleibt. Ein Indiz für diese Befürchtung sieht der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in der Absicht des Parlaments, die Mittel für das Personalkostenzuschussprogramm im Bundeshaushalt 1984 von 350 auf 330 Millionen Mark zu kürzen.

Das Programm ist nach Meinung des BDI, wie Hauptgeschäftsführer Siegfried Mann in Schreiben an die zuständigen Regierungsmitglieder und Parlamentarier der Bonner Koalition erklärt hat, „eines der zentralen Instrumente indirekter Forschungsförderung, das sich in der Vergangenheit als höchst wirksam erwies und auf breite Akzeptanz stieß“. Über 8000 kleine und mittlere Unternehmen hätten für 1983 Anträge gestellt.

Der BDI unterstütze das Bemühen um Sanierung der öffentlichen Haushalte. Er gibt jedoch zu bedenken, daß die „ohnehin bescheidenen Gestaltungsansätze zur Vorwärtsorientierung dieser Unternehmen“ nicht einer pauschalen Kürzung unterworfen werden sollten. Sie würden auch angesichts der beabsichtigten Neuorientierung der staatlichen Forschungsförderung in Richtung auf indirekte Elemente „nicht verstanden“.

Die für den Wirtschaftsetat (dort ist das Programm angesiedelt) zuständigen Berichterstatter im Haushaltsausschuss haben die Kürzung auf 330 Millionen Mark vorgeschlagen. Der BDI erinnert daran, daß sich in den letzten Jahren eine „Bügelle von mindestens 100 Millionen Mark“ angestaut hat, so daß Neuanträge kaum noch zum Zuge kämen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Allianz will Eagle Star übernehmen

München (tr) - Die Allianz-Versicherungs AG will das britische Versicherungsunternehmen Eagle Star Holding Plc übernehmen und hat zu diesem Zwecke am Mittwoch ein Angebot auf Erwerb für sämtliche ausstehenden Aktien des Unternehmens unterbreitet. Wie das Unternehmen weiter mitteilte, hat die Allianz ihre Beteiligung bereits von bislang 28 auf 30 Prozent aufgestockt, strebt mit diesem Angebot aber noch eine weitere Erhöhung an. Nach britischem Recht kann diese Erhöhung nur bewerkstelligt werden, wenn sie eine Beteiligung von über 50 Prozent erreichen kann. Unterlassen hat der Vorstand des britischen Versicherungskonzerns Eagle Star das Übernahmeangebot von fünf Pfund Sterling-Eagle-Aktie der Allianz als völlig unannehmbar abgelehnt.

EG setzt USA Frist

Brüssel (AP) - Die Europäische Gemeinschaft hat einen eigenen Mitteilung zufolge den Vereinigten Staaten eine Frist bis zum 30. November für eine Vereinbarung im Streit um die europäischen Stahlausfuhren in die USA gesetzt und erwägt angeblich Vergeltungsmaßnahmen für den Fall, daß es zu keiner Einigung kommt. Die ursprüngliche Frist für Verhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) hatte heute auslaufen sollen, ist nach Mitteilung der EG jedoch verlängert worden. Eine neue Gesprächsrunde soll am 26. Oktober beginnen. Falls keine Vereinbarung erzielt werde, würden die Außenminister der Gemeinschaft Ende November über „Vergeltungsmaßnahmen“ beraten.

Besorgt über Preiskämpfe

Frankfurt (dpa/VWD) - Besorgt über den ruinösen Preiswettbewerb im deutschen Handel hat sich der Präsident der Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, Ernst-Wilhelm Lindow, geäußert. Auf der Jahresmitgliederversammlung der Zentrale wird Lindow in Frankfurt auf jüngste Urteile des Bundesgerichtshofs (BGH) hin, die gezeigt hätten, daß Niedrigpreisstrategien - in den betroffenen Fällen ging es um den Verkauf von Waren unter Einstandspreisen -, mit den Mitteln des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) nur unzureichend zu bekämpfen seien. Als nachahmenswertes Beispiel nannte Lindow die am vergangenen Freitag in Berlin getroffene Zusage führender Vertreter von Lebensmittelindustrie und -handel an den Präsidenten des Bundeskartellamts, Wolfgang Kartt, systematische Verkäufe unter Einstandspreis beim Lebensmittelverkauf künftig zu vermeiden.

Für Erhalt von Arbed

Saarbrücken (VWD) - Der saarländische Landtag hat sich am Mittwoch einmütig für den Erhalt der vom Konkurs bedrohten Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, und einer möglichst großen Zahl der bei dem Unternehmen noch bestehenden 17 200 Arbeitsplätze ausgesprochen. Mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP forderte das Landesparlament in einem in namentlicher Abstimmung verabschiedeten Antrag, ein „Höchstmaß an Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie des Saarlandes auf Dauer zu erhalten“ und einen eventuell notwendigen Personalabbau bei Arbed Saarstahl „sozial zu begleiten“.

DEUTSCHE AKTIEN

Commerzbank sieht noch Kursspielraum für die Börse

CLAUS DEKTINGER, Frankfurt
Die Commerzbank, die für 1984 mit einem realen Wirtschaftswachstum um 2-4 Prozent rechnet, ist auch für die beiden folgenden Jahre zuversichtlich gestimmt. Sie setzt auf einen allmählich wieder anziehenden Export, Nachholbedarf bei den Investitionen und zusätzliche Kaufkraft nach einer Steuerreform. Mittelfristig sieht sie den Anstieg für den Wirtschaftswachstum jedoch eher bei zwei Prozent als bei den in vielen Projektionen genannten drei Prozent. Wir müssen für die Vermögenswerte der letzten Jahre zahlen, nachdem wir auf die zweite Ölkrise zu spät reagiert und dann auch nicht konsequent genug das Steuer herangezogen hätten“, begründet Commerzbankchef Walter Sepp diese vorsichtige Einschätzung. Günstig beurteilt der Banker die weitere Entwicklung der D-Mark und der deutschen Aktienbörse, wo er mehr Kurs-

Kursspielraum für die Börse

spielraum sieht als am Rentenmarkt, für den er bis Ende des Jahres immerhin noch einen viertelprozentigen Zinsrückgang erwartet.

Die internationale Schuldenkrise ist nach Sepps Auffassung zwar noch nicht gelöst, doch werde sie eher beherrschbar, so daß kein Anlaß zu Panikmache und Hysterie bestünde. Eindrücklich mahnte er, daß sich keine Gläubigerbank bei Umschuldungspaketen ausschließen darf. Er plädierte dafür, von jährlichen Hilfskonstruktionen weg zu langfristigen Konzepten zu kommen.

In diesem Zusammenhang forderte der Banker von den Bankenaufsicht und vom Gesetzgeber Verständnis für die Wünsche des Kreditgewerbes für eine längere Frist zur Anpassung der internationalen tätigen Bankkonzerne an die Konsolidierungsvorschriften einer diskutierten Novelle zum Kreditwesengesetz.

DEUTSCH-BULGARISCHER HANDEL / Graf Lambsdorff reist zu Gesprächen nach Sofia

Warenaustausch hat Dynamik verloren

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff reist heute auf Einladung des bulgarischen Außenhandelsministers Christo Christov für zwei Tage nach Sofia. Lambsdorff wird auch mit dem Staatsratsvorsitzenden Todor Shirkov zusammenkommen. Die Wirtschaftsgespräche finden vor dem Hintergrund statt, daß sich der Warenaustausch in den vergangenen vier Jahren unter dem Strich zwar recht günstig entwickelt hat, daß der Handel in jüngster Zeit jedoch lehmte.

Der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hängt nach Ansicht von Experten vor allem davon ab, ob Bulgarien neben seinen Verpflichtungen innerhalb des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) noch freie Produktionskapazitäten für den Export wettbewerbsfähiger Erzeugnisse zur Verfügung stellen kann. Mit einem Anteil von mehr als 75 Prozent an gesamten Außenhandel erreichte der RGW-Warenaustausch Bulgariens die mit Abstand höchste Quote aller Ostblockländer.

Nachdem der deutsch-bulgarische Handel 1981 noch kräftig ausgeweitet werden konnte - die Einfuhren waren um 43,6 und die Ausfuhren um 29,7 Prozent gestiegen -, erhöhten sich im vergangenen Jahr die Importe nur noch um 3,7 Prozent auf 483 Millionen Mark und die Exporte um 9,2 Prozent auf 1,235 Milliarden Mark. In den ersten acht Monaten dieses Jahres nahmen die Einfuhren noch leicht um 6,3 Prozent zu, während die Exporte bereits um 2,5 Prozent sanken. Der Bedarf Bulgariens an hochtechnisierten Produktionsanlagen zum Ausbau der Industrie, wird nach wie vor als erheblich veranschlagt und es dürfte sich zu einem bescheidenen Teil durch Einfuhren aus der Bundesrepublik gedeckt werden. Aber Bulgarien steckt jetzt auch in einer Devisenkrise.

Dies liegt zum einen an den gesunkenen Exporten in die Industriestaaten und an dem Ausfall einiger wichtiger Handelspartner in der Dritten Welt wie Libyen, Nigeria, Iran oder Irak, zum anderen spielen die gesunkenen Einnahmen aus dem Tourismus - 25 Prozent der Deutschen blieben in diesem Jahr aus - eine Rolle.

Die verschlechterte Außenhandels-situation hat dazu geführt, daß die Konsumentenpreise um bis zu 35 Prozent heraufgesetzt wurden, um Importe zu drücken. Erst kürzlich beklagte sich Shirkov offen über den schlechten Qualitätsstandard von bulgarischen Waren, die auf den internationalen Märkten kaum wettbewerbsfähig seien. Er forderte mehr Arbeitsdisziplin, um die Produktivität zu steigern. In Sofia wird die Unternehmenskooperation als ein Ausweg aus dem Dilemma steigender Energie- und Rohstoffkosten einerseits und weiterer devisenunabhängiger Industrialisierung andererseits gesehen.

erdgas
IST EINE SAUBERE SACHE

DER ERDGAZ-ENERGIESPEZIALSERVICE 02 01/1 843 333

USA-JAPAN

Yen-Wechselkurs wirkt belastend

H.A. SIEBERT, Washington
Der Wechselkurs des japanischen Yen, der von vielen Währungsexperten als manipuliert bezeichnet wird, belastet die amerikanisch-japanischen Beziehungen. Zu diesem Schluß kommt eine Kommission aus beiden Ländern, die in monatlichen Beratungen die zwischenstaatlichen Schwachpunkte ausgelotet und darüber einen ersten Zwischenbericht vorgelegt hat. Beide Regierungen werden darin aufgefordert, „in einer Eskalation der Paritäten des Yen und des Dollars in ein besseres Gleichgewicht zu bringen“.

Nur so könnte das wirtschaftliche Klima zwischen den USA und Japan verbessert werden, erklärte der amerikanische Vorsitzende der Kommission, David Packard, in Washington. Er war früher stellvertretender US-Verteidigungsminister. Folgt man dem Bericht, dann ist realistisch, wenn der gegenwärtige Dollarkurs nicht 230, sondern nur 200 Yen beträgt. Laut Packard verteuern sich dadurch US-Waren für japanische Käufer um 20 bis 30 Prozent; bei einem Handelsdefizit, das im laufenden Finanzjahr von 20 auf 30 Milliarden Dollar steigen könnte, hätten die Vereinigten Staaten bereits zwei Millionen Arbeitsplätze verloren.

In dem Bericht werden aber auch die Rekordhandelsdefizite der USA attackiert. Durch einen Abbau könnte Washington die wirtschaftliche US-Position nachhaltig korrigieren, sei aber so kurz vor einer Präsidentschaftswahl aus politischen Gründen nicht bereit dazu, wird betont. Kritisiert wird andererseits Tokios Agrarpolitik, die zu hohen Importbarrieren gegen amerikanisches Getreide, Fleisch und Südfürche geführt habe.

SÜDFRÜCHTE

BGA kritisiert EG-Einigung

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) wertet die Entscheidung des EG-Agrarministerrats über den zusätzlichen Schutz für Mittelmeererzeugnisse „als einen Unfall der Bundesregierung bei leeren Kassen“. In einer ersten Stellungnahme kritisiert der Verband vor allem, daß der Zwangskartellierung (Ausdehnung der Regeln von Erzeugergemeinschaften auf Nichtmitglieder) gegen eindeutige Stellungnahmen von Bundesrat, Bundestag und Mitgliedern der Bundesregierung beschlossen wurde. Die Bundesregierung habe zuvor auf ordnungspolitische und verfassungsrechtliche Bedenken hingewiesen, über die sie sich jetzt hinweggesetzt habe.

Die Ausdehnung des Protektionsgrades für landwirtschaftliche Erzeugnisse geht nach Ansicht des BGA vollständig zu Lasten der Drittländer, aber auch der Verbraucher. Die jüngsten Entscheidungen stünden in diametralen Gegensatz zu den Zielen einer Sanierung der EG-Agrarpolitik. Vielmehr sei das offensichtlich gescheiterte Konzept einer Agrarförderung durch mehr Protektionismus nochmals aufgegriffen worden. Zu einer Zeit, da der Gemeinschaft drohe, von den Agrarkosten stranguliert zu werden, müsse eine solche Entscheidung als abenteuerlich bezeichnet werden.

Die im Obst- und Gemüsektor ergriffenen Maßnahmen würden sich während der Übergangszeit des Beitritts Spaniens zu Lasten der Einfuhr aus diesem Land auswirken. Dies muß nach Ansicht des BGA zusätzliche Forderungen Spaniens provozieren.

ITALIEN / Illegal durchgeführte Bauvorhaben - Neuer Gesetzentwurf

Haushaltssanierung mit Hindernissen

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Die italienische Regierung wird noch vor Ende dieser Woche die geänderte Gesetzesverordnung erlassen, mit der laufende Strafverfahren gegen gesetzwidrig durchgeführte Bauvorhaben durch Zahlung einer Geldbuße niedergeschlagen werden sollen.

Die Ende September vorgelegte erste Fassung der Verordnung war in der vergangenen Woche durch Hektikenschnitten aus den eigenen Koalitionsreihen vor der Parlamentshürde gestoppt. Die 8500 Milliarden Lire, die die Regierung aus dem Amnestiegesetz einzunehmen hofft, machen weit mehr als ein Drittel der Einkünfte aus, die zur Stabilisierung des Haushalts 1984 zusätzlich aufgetrieben werden sollen.

Das Schicksal dieser ersten Stabilisierungsmaßnahme und die Schwierigkeiten mit der Regierung, offensichtlich auch in der eigenen Koalition zu kämpfen hat, haben neue Schatten auf die Chancen geworfen,

das Haushaltsdefizit im kommenden Jahr wie in dem Ende September dem Parlament zugeleiteten Finanzgesetz vorgesehen bei 90 000 Milliarden Lire einzufrieren.

Gleichzeitig geben diese Schwierigkeiten denjenigen neuen Auftrieb, die dem regierungsmehrheitlichen Puzzle Spiel zum Abbau des tendenziellen Defizits ohnehin nur wenig Erfolgsaussichten einräumen. Verstärkter Druck wird dabei sowohl von Seiten der Gewerkschaften als auch innerhalb eines Teils der Koalitionsparteien ausgeübt, um die Regierung zur Einführung einer Vermögenssteuer zu bewegen.

Obwohl der republikanische Finanzminister Bruno Visentini eine solche Möglichkeit vor dem Senat vor wenigen Tagen ausschloß, hat sich inzwischen der sozialdemokratische Haushalts- und Planungsminister Pietro Longo erneut dafür eingesetzt, aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit zu dieser fiktionalen Maßnahme zu greifen. Verfechter einer

Vermögenssteuer sind auch die Gewerkschaften. Sie vor allem wollen damit vorbeugen, daß zur Schließung des Staatlochs noch weitergehende Eingriffe im Sozial- und Gesundheitswesen erfolgen.

Das Ende September dem Parlament zugeleitete Finanzgesetz sieht für 1984 Kürzungen der tendenziellen Ausgaben von 26 400 Milliarden Lire und Mehreinnahmen von 21 400 Milliarden Lire vor. Mit diesen insgesamt rund 47 800 Milliarden Lire hofft die Regierung in der Lage zu sein, das Defizit auf den gleichen Höhe des Kassenfehlsbetrages des laufenden Jahres halten zu können.

Selbst dann wird der Anteil des Defizits am Bruttoinlandsprodukt allerdings noch etwa 16 Prozent betragen; viermal soviel wie in Frankreich.

Besonders schwierig ist der Abbau des Fehlbetrages im Falle Italiens nicht zuletzt deshalb, weil zwei Drittel davon dem Zinsendienst für die Staatsverschuldung zuzuschreiben sind.

RGW-STAATEN / Rund 20 Prozent der Produktion fließt in Entwicklungsländer

Handelsüberschüsse kräftig gestiegen

IRENE ZÜCKER, Genf
Während der Weltmarkt rückläufig ist und die Dritte Welt mit Zahlungsschwierigkeiten kämpft, erzielen die sozialistischen Staaten im Handel mit den Entwicklungsländern 1982 ein Exportwachstum von 12,5 Prozent. Gleichzeitig wurden jedoch die Importe aus diesen Ländern um 1,4 Prozent gekürzt.

Die Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) konnten ihre Handelsüberschüsse mit der Dritten Welt von 918 Millionen Rubel im Jahr 1980 auf 8,3 Milliarden Rubel in 1982 steigern. Dies belegt eine Studie der Organisation für Handel und Entwicklung (Unctad) in Genf. In den letzten drei Jahren hat der Ostblock den Entwicklungsländern Handelsbilanzüberschüsse von über 14 Milliarden Dollar abgenommen.

Rund 20 Prozent der osteuropäischen Produktion fließt heute in die Dritte Welt. Wichtigster Handelspartner ist die Sowjetunion. Zur Zeit bestehen Handelsbeziehungen mit über 100 Entwicklungsländern, meist als zwischenstaatliche Vereinbarungen, die in 500 Abkommen geregelt sind. Diese

Vereinbarungen werden, so die Unctad, von normalen rechtsgültigen Dokumenten nach und nach zu Instrumenten umgeformt, die die Handelspolitik und die wirtschaftlichen Ziele des Entwicklungslandes bestimmen. Nur 22 der 101 Dritte Welt-Handelspartner der UdSSR haben noch keine Handelsabkommen abgeschlossen.

Zwischen dem RGW und den Entwicklungsländern sind über 100 langfristige Kooperationsverträge in Kraft. 1982 wurden solche Abkommen auch mit Libyen geschlossen, die als westlich orientiert gelten, wie Saudi-Arabien, Kuwait, Thailand, den Philippinen, Malaysia und Venezuela.

Mit der Hilfe der sozialistischen Länder wurden bis Ende 1982 über 6400 Industrieprojekte in Asien, Afrika und Lateinamerika verwirklicht, die Hälfte davon unter sowjetischer Leitung. Die neueste Stufe der Zusammenarbeit sind Joint Ventures.

Den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bilden nach der Unctad Energieprojekte, ganz besonders mit der UdSSR. Sie baut oder plant gegenwärtig in Afrika 20 Kraftwerke, dazu kommen zwei Kernkraft-

werke in Indien und eines in Libyen sowie südamerikanische Kraftwerke in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Nicaragua, Peru, Ungarn als weiteres Beispiel führt die Elektrifizierung Nigerias durch. Eine aktive Rolle spielen die RGW-Länder im Bergbau, der Erschließung von Rohstoffvorkommen sowie beim Bohren nach Öl und Gas, wobei sich die Sowjets im Erdöl- und Gasbereich spezialisiert haben.

Die Hilfe des Ostblocks beinhaltet auch die Ausbildung der Bevölkerung: 1982 zum Beispiel hat allein die Sowjetunion 1,4 Millionen Menschen der Entwicklungsländer zu Facharbeitern, Ingenieuren, Ärzten, Lehrern, Akademikern und anderen Berufen ausgebildet.

Die Strategie des Ostblocks, die Entwicklungsländer wirtschaftlich zu durchdringen, stellt die Unctad fest, wird mit dem gesamten Instrumentarium zentralistisch gesteuerten Staaten durchgeführt. Während der Westen mit seinen unterschiedlichen Interessen und verstreuterten Entscheidungsstrukturen nichts Vergleichbares anzubieten hat.

BRASILIEN

Bankenberatung in London

WILHELM FURLER, London
Brasilien's Auslandsverschuldung wird von 1988 an nicht weiterwachsen. Dieser Überzeugung ist der Gouverneur der brasilianischen Zentralbank, Alfonso Celso Pastore. Nach einem Treffen in London mit Vertretern von rund 200 ausländischen Gläubigerbanken erklärte der Notenbank-Gouverneur, daß das Defizit in Brasiliens Leistungsbilanz, das bis zum Ende dieses Jahres rund 7,7 Milliarden Dollar (rund 20 Milliarden Mark) erreicht haben dürfte, spätestens Ende 1988 beseitigt sein werde. Das Ungleichgewicht in Brasiliens Außenhandel hat mit zu der hohen Auslandsverschuldung des südamerikanischen Landes geführt.

Vor den in London anwesenden Banken bestätigte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Internationalen Währungsfonds (IWF), William Dale, daß das vom brasilianischen Notenbankgouverneur gesteckte Ziel in der Tat erreichbar sei. Gegenwärtig liegt die Auslandsverschuldung Brasiliens bei etwa 90 Milliarden Dollar.

Der Hinweis auf die Beseitigung des Leistungsbilanz-Defizits bis zum Jahre 1988 ist insofern von großer Bedeutung, als von diesem Zeitpunkt an Brasilien mit der Rückzahlung eines Konsortialkredits in Höhe von 6,5 Milliarden Dollar beginnen muß. Von diesem Zustandekommen wird das Land gemeinsam mit dem IWF bei seinen etwa 800 Gläubigerbanken. Er ist Teil eines Beistands-Paketes in Höhe von insgesamt elf Milliarden Dollar, das grundsätzlich auf der IWF-Konferenz in Washington im vergangenen Monat zugestimmt wurde. Das Londoner Treffen war eines von vielen überall in der Welt im Rahmen einer gut vorbereiteten Kampagne,

GEMEINNÜTZIGE

Gegen weitere Belegungsbindung

HEDD STÜWE, Hamburg
Der Vorstandsvorsitzende des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, Helmut Tepper, hat die Pläne, zusätzliche Belegungsbindungen für die gemeinnützige Wohnungswirtschaft einzuführen, als „staatliche Eingriffe mit zwangswirtschaftlichem Charakter“ zurückgewiesen. Auf dem Verbandstag der norddeutschen Wohnungsunternehmen (VNW) in Hamburg betonte Tepper, die Wohnungsbaugesellschaften wären gezwungen, das Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht zu verlassen, wenn entsprechende Empfehlungen einer Bund-Länder-Kommission verwirklicht würden.

Ordnungspolitische Bedenken gegen die gemeinnützige Wohnungswirtschaft bezeichnete Tepper als unbegründet. Auch in Zukunft sei es notwendig, daß Anbieter außerhalb von Gewinnmaximierung Wohnungen für minderbemittelte Bevölkerungsgruppen bereitstellen. Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen verwalten derzeit 3,3 Millionen Wohnungen, die zu über 40 Prozent von Rentnern bewohnt würden.

Der den zumeist genossenschaftlich organisierten Unternehmen gewährte Vorteil der Steuerbefreiung, die fiskalisch ohnehin keine Bedeutung habe, wird nach Teppers Ansicht durch die bereits heute praktizierte staatliche Überwachung, den Verzicht auf Gewinnmaximierung, die Begrenzung der Gewinnbeteiligung sowie die jährlichen Pflichtprüfungen wieder ausgeglichen. Überstimmend befürworteten die Wohnungsunternehmen, die rechtlichen Voraussetzungen für eine sogenannte Unternehmensmiete zu schaffen, die eine Mischkalkulation zwischen verschiedenen Objekten ermöglichen würde.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Kreuznach: Heinrich Preuß, Stabatsurmeister, Inh. d. Stukktüren u. Glaser-Geschäfte; Heinrich Preuß; Bocholt: Walter Meßling, Gerüstbau GmbH, Borken 1; Emsen: Nachl. d. Johann Andreas Reinhold & Mursch GmbH & Co. Industrie- und Baugeschäfte; Emsen: Nachl. d. Lorenz Halbach; Wesel: Hans Mayk jun., Inh. d. Kfr. Handels, Hünne; Wilhelm: SSM Wohnungsbau, mbH, Gerolstein.

Anschlußkonkurs eröffnet: Löhnderscheid: Elke van Leeuwen, Kaufhaus, Inh. d. Einzelhandels-Geschäfte, Elke's Somb-Basar. Vergleich beantragt: München: N. H. G. Handels, mbH.

NAMEN

Hans-Georg Brüg, früheres Vorstandsmitglied der Nordstern-Versicherungen, Köln, wird am 21. Oktober 70 Jahre.

Heinz P. Kemper, Ehrenvorsitzender der Veba AG, feiert heute den 80. Geburtstag.

Dr. Walter Trautmann, Nestor der Frankfurter Wirtschaftsjournalisten, der für eine Reihe in- und ausländischer Zeitungen und Zeitschriften vor allem über außenwirtschaftliche und

währungspolitische Themen schrieb, ist im 78. Lebensjahr gestorben. Gerold Kettler, bisher Generalbevollmächtigter der Gesellschaften Landwirtschaftlicher Versicherungsverein aG, Münster, ist zum geschäftsführenden Vorstandsmittel bestellt worden.

Klaus Koller, seit fast 10 Jahren im Vertrieb der Hünnebeck-Unternehmensgruppe, Rattingen, tätig, ist in die Geschäftsführung der Hünnebeck GmbH berufen worden.



Das neue Hör+Seh-Erlebnis

Schneider »DCS 8070«

Machen Sie mit Schneider DCS 8070 den Schritt in eine neue Erlebnisdimension. Diese komplette, kompakte und zukunftsorientierte Audio-TV-Geräteeinheit hat Hören und Sehen auf eine neue Ebene: Alle Bauteile sind mikroprozessorgesteuert. Sie werden mit dem DCS Direct-Contact-System - eine Schneider Innovation - in bestmöglicher Anordnung zusammengepackt. Ohne äußere Kabelverbindung.

Mit DCS 8070 stellt Schneider einmal mehr sein Erfolgsprinzip unter

Beweist intelligentste Technik zu vernünftigen Preisen. In »made-in-Germany« Qualität.

Ihr 1. Schritt: Schneider DCS 8070 Audio-Paket: DM 1.998,-

• HiFi Stereo-Equalizer
• Vorverstärker
• 2 x 70/120 Watt Sinus/Musikleistung (Endverstärker in den Aktivboxen)

Schaltbarer analoger Oktav-Equalizer (63 Hz, 250 Hz, 1 kHz, 5 kHz, 15 kHz)
• Übertragungsbereich 16 Hz-100 kHz
• Zentraler Tuner und Fernbedienungsempfänger

• HiFi Stereo-Synthesizer-Tuner
• Dual-Channel-Sender-Abstimmungssystem
• 30 Speicherplätze (UKW, MW, LW)
• Direkte Frequenzzuweisung
• UKW-Trennschärfe -70 dB
• FM-Empfindlichkeit 0,01 µV

• HiFi Stereo-Sliding-Recorder
• Hoher Bedienungskomfort durch mikrocomputergesteuertes Lautwerk, Anzeige- und Bedienungselemente
• Dolby NR Rauschunterdrückung
• Übertragungsbereich 30 Hz-18 kHz
• Fernbedienungsabstand 60 m (Dolby NR)
• Autoplay/Autorewind-Funktion
• Automatische Bandsorten-Erkennung - Anzeige und Umschaltung
• 3-Wege-Aktivboxen
• Kalibrier-Hoch- und Mittelton-Stromzufuhr und Signalübertragung in nur 1 Kabel integriert (nur von Schneider)

• Fernbedienungsgeber
• 60 Funktionen für Audio und Video

Ihr 2. Schritt: Schneider DCS 8070 TV-Paket: DM 1.998,-

• Stereo-TV-Tuner
• PLL-gesteuerte Frequenzsynthese-Abstimmung
• Kabel TV-Tuner, 91 Kanäle
• 30 Programmplätze, vorbereitet für Videotext und Secam-DDR
• Kopfhörerschnitt mit Umschaltmöglichkeit bei Mehrkanalton
• Separate AV-DIN-Buchsen für Videorecorder und Videoplate

• Farb-Monitor
• 55 cm Black Matrix-Fluoreszenz-Röhre
• Harte Hohlkammer-Struktur
• getreue Farbwiedergabe

Weitere Bausteine als Extras:
• Integral-Plattenspieler DCS 8070 TP
• Sliding-Plattenspieler DCS 8070 PSL
• Compact Disc-Plattenspieler CDP 8000 (wie abgebildet)
• Videotext-Decoder
• PAL-Secam-Decoder
Lassen Sie sich mal von Schneider DCS 8070 beeindrucken. Beim Fachhandel und in Kaufhaus-Fachabteilungen. Und fragen Sie, warum die „Digital-festigkeit“ dieser Anlage heute so wichtig ist.

* unverbindliche Preisempfehlung

Schneider HiFi-TV-Video



COMMERZBANK / Höchstes Betriebsergebnis

Die Schieflage beseitigt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die gestern bereits gemeldete Absicht des Commerzbankvorstandes, die Dividendenzahlung (wahrscheinlich 6 DM je 50-DM-Aktie) wieder aufzunehmen, dokumentiert auch nach außen, daß die Normalisierung des vor wenigen Jahren von Schieflage gekennzeichneten Geschäftes gute Fortschritte gemacht hat. Schon jetzt lassen sich absehen, so Vorstandsvorsitzender Walter Seipp, daß die Commerzbank ihr bisher höchstes Betriebsergebnis erzielen wird, das vor Wertberichtigungen, Abschreibungen und Steuern, aber einschließlich der Eigenhandelsgewinne eine Größenordnung von mehr als 800 Mill. DM erreichen dürfte nach knapp 500 Mill. DM im letzten Jahr. Zu dieser Aussage fügt sich Seipp ergänzt, nachdem bereits in den ersten drei Quartalen ein Ergebnis von 640 Mill. DM erwirtschaftet worden ist.

Damit steht genügend Ertrag zur Verfügung, um die Bank gegen die Risiken des Kreditgeschäfts, vor allem die Länderrisiken im internationalen Geschäft, weiter abzusichern. Dabei schwebt Seipp eine ähnliche Größenordnung wie im 1982er Abschluß (knapp 700 Mill. DM) vor, doch sind die Wertberichtigungen diesmal ohne Mobilisierung stiller Reserven finanziert. Die offenen Rücklagen sollen voraussichtlich wieder um 50 Mill. DM gestärkt werden.

Ihre Ertragsverbesserung verdankt die Bank vor allem der Verbildung

der Geldeinstandskosten, die bei praktisch unverändertem Geschäftsvolumen die Zinsspanne von rund zwei auf 2,6 Prozent steigen ließ, so daß sich der Zinsüberschuß um 29,3 Prozent auf 1,43 Mrd. DM erhöhte. Als Ergebnis vor allem eigener Anstrengungen wertet der Commerzbankchef die Zunahme des Provisionsüberschusses um 18,2 Prozent auf 448 Mill. DM. Dem 26,4prozentigen Anstieg dieser laufenden Erträge steht eine nur 11,3prozentige Zunahme der Gehälter, Löhne und Sozialabgaben sowie des Sachaufwands gegenüber, so daß ein Teilbetriebsergebnis von 677 Mill. DM verbüßt, ein Plus von 62,5 Prozent gegenüber der Vorjahresvergleichszahl. Mit dem Gesamtergebnis, zu dem auch bessere Eigenhandelsgewinne als 1982 beigetragen haben, zeigt sich Seipp „voll zufrieden“.

Im Geschäft der Commerzbank gab es keine besonderen Höhepunkte. Das Geschäftsvolumen blieb mit 68,8 Mrd. DM noch leicht hinter dem Stand vom Jahresende zurück, ebenso das Kreditvolumen mit 45,4 Mrd. DM. Spiegelbild der konjunkturell bedingten geringen Firmennachfrage. Lediglich die Baufinanzierung florierte. Refinanziert hat sich die Bank weiterhin in starkem Maße durch Herabnahme kurzfristiger Termingelder, die insgesamt sanken. Gleichzeitig wurden die über Schuldverschreibungen heringekommenen langfristigen Finanzierungsmittel verstärkt. Weitere langfristige Mittel besorgte sich die Bank an den internationalen Märkten.

KLÖCKNER & CO. / Gemeinnützige Stiftung als Hauptaktionär für neue KGaA

Dem Steuer-Fallbeil elegant entronnen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Drohung war fürchterlich. Die 1974 von der sozialliberalen Bonner Koalition eingeführte, erstmals 1984 geltende Erbschaftsteuer für Familienstiftungen (alle 30 Jahre eine Erbfall-Simulation) hätte mit 35prozentigem Steuersatz die seit 1977 existierende Peter-Klöckner-Familienstiftung als eine der ersten großen derartigen Stiftungen in der Bundesrepublik und hier gleich mit einer Steuerlast von 295 Mill. DM getroffen.

Das wäre für diese Kommanditistin und Hauptaktionärin des Duisburger Handels- und Holdinghauses Klöckner & Co. KG (etwa 11,5 Mrd. DM 1983er Welturnsatz) und damit für das auf Familienkapital ruhende Herzstück des Klöckner-Reichs, „existenzvernichtend“ gewesen, wie die geschäftsführenden Gründer-Enkel, die Brüder Jörg A. Henle und C. Peter Henle, betonen.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im März 1983 diese Steuer wider Erwarten für verfassungskonform erklärte, wurde nun in „sehr schwierigen“ Verhandlungen mit dem zuständigen nordrhein-westfälischen Innenministerium eine per saldo steuerunschädliche, vom Innenminister bereits genehmigte Neukonstruktion für den Bestand von Klöckner & Co. geboren.

Die Familienstiftung überträgt fast ihr gesamtes Vermögen auf die neu gegründete gemeinnützige „Peter-Klöckner-Stiftung“. Da eine gemein-

nützige Stiftung nicht in einer Personengesellschaft „Mitunternehmer“ sein darf, wandelt sich das Handels- und Holdinghaus in die Firma „Klöckner & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien“ mit 270,3 Mill. DM AK und vier Aktionären: Die neue Stiftung (88 Prozent), die beiden Henle-Brüder als Komplementäre und die alte Familienstiftung, die das Gros des ihr verbliebenen (und zur Erbschaftsteuer herangezogenen) Vermögens mit etwa 14 bis 15 Mill. DM als nachrangiges Darlehen in der Firma hält.

Welche Dotationen im weiten Feld der Förderung gemeinnütziger Zwecke von Wissenschaft und Kunst bis zu Mildtätigkeit und Denkmalschutz aus der Klöckner-Kasse künftig ins Volk fließen werden, wird sich erstmals 1985 erweisen. Satzungsge-mäß hat die neue KGaA jeweils mindestens die Hälfte ihres Reingewinns (den jetzt überhaupt nicht vorhandene) Rücklagen zuzuführen.

Wesentlicher als Spekulationen über die Dimension künftiger Wohltätigkeit (die man sicherlich nicht sehr hoch setzen darf) ist die denn doch gewichtige strukturelle Änderung der Familienfirma. Sie bekommt erstmals einen (paritätisch mit je 6 Anteilseignern und Arbeitnehmervertretern bestückten) Aufsichtsrat.

Für die Gründungsphase wurden da bereits der Koblenzer Unternehmer Hanno Ludwig (Vorsitz) berufen, der frühere Bundeslandwirtschafts-

minister Josef Ertl und der Frankfurter Rechtsanwalt Hans-Jürgen Hellwig aus der Sozietät des mit Klöckner jahrzehntlang verbundenen Rudolf Mueller. Beibehalten will Klöckner & Co. als wertvolles Beratergremium seinen „Gesellschaftsrechtler“, Hugh E. Amos in Genf (aus dem Familienkreis), Eberhard von Brauchitsch (vormals Flick-Gesellschafter) und Daimler-Chef Gerhard Prinz.

Beibehalten will Klöckner & Co. bei dieser dem Stifterwillen des Konzerngründers Peter Klöckner noch am ehesten entsprechenden Neukonstruktion (Unternehmensbestand statt allfälligen Konsumcharakter der Firma. Kapitalbeschaffung durch Aktienemission ins Publikum sei nun zwar möglich, aber beileibe nicht geplant).

Bitterkeit schwingt mit, wenn Jörg A. Henle als Vorsitzender der Gesamtheit von Klöckner & Co. die Mühsal der letzten Monate zur Rettung der Firma vor dem Steuerfallbeil mit dem tatsächlichen Gebaren der nun fast komplett „entgegen“ alten Familienstiftung konfrontiert. In ihren 45 Lebensjahren habe sie von 771 Mill. DM Bruttoeinnahmen nach Steuern (488 Mill. DM) und Verwaltungskosten 304 Mill. DM in den Bestand der Firma investiert und ganze 1,16 Mill. DM an Familienmitglieder ausgeschüttet.

CONTI GUMMI / Aufnahme der Dividendenzahlung für 1983 noch fraglich

Reifenkonzern zeigt wieder mehr Profil

J. BRECH, Hamburg

Die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, bedeutendster Reifenhersteller und Gummiverarbeiter in Deutschland, und mit einem Marktanteil von 13 Prozent Nummer zwei auf dem europäischen Reifenmarkt, ist nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Horst W. Urban in einer Phase des „Comeback“. Das Unternehmen, so betonte der Finanzchef vor der Wirtschaftswoche in Hamburg, läuft trotz schwierigen Umfelds „auf vollen Touren“ und sei „bis an die Halskette“ ausgelastet. Das gelte sowohl für die Werke im In- und Ausland als auch für die einzelnen Produktbereiche. In den ersten 9 Monaten habe das reelle Wachstum rund 4 Prozent betragen; es liege damit um das Doppelte über dem Branchendurchschnitt. Im Konzern dürfe Conti 1983 einen Gesamtumsatz von 2,4 Mrd. DM erreichen, wovon rund 35 Prozent im Ausland abgewickelt wird.

Positiv bewertet Urban auch die Ertragsentwicklung. Conti schreibe in allen Produktgruppen schwarze Zahlen, seit 1978 erstmals auch wieder im Bereich technische Produkte. Die Erträge dieser Sparte bezeichne Urban allerdings als noch nicht ausreichend. Im Reifengeschäft, so Urban, gebe es in Europa neben Conti zur Zeit nur noch einen amerikanischen Konkurrenten, der mit Gewinn

arbeite. Genauere Angaben zum Ergebnis machte Urban nicht. Das Betriebsergebnis vor Steuern im Konzern habe sich aber gegenüber 1982 wesentlich verbessert.

Offen ließ Urban die Frage, ob Conti nach vielen Jahren erzwungener Dividendenabstinenz für 1983 wieder eine Ausschüttung vorsehe. Vor dem Hintergrund, daß das Unternehmen zur Finanzierung seiner langfristigen Pläne über kurz oder lang an die Börse müsse, bezeichnete Urban den Zustand der Dividendenlosigkeit auf Dauer als untragbar. Vor der Wiederaufnahme einer Dividendenzahlung stünden aber Hürden, von denen man bislang nicht wisse, ob man sie überwinden werde. Einmal gebe es zur Zeit nur eine Mengenkonjunktur. Der Preiswettbewerb sei dagegen unverändert rülpfend. Um die Positionen am Markt langfristig noch weiter auszubauen, könne Conti sich diesen Preiskämpfen nicht entziehen. Zum anderen müsse Conti aus früheren Verlustjahren fatalistische Altschulden bedienen, so daß im Fall einer Gewinnausschüttung die Steuerquote fast 80 Prozent erreichen würde.

Auf das Grundkapital von 270 Mill. DM ist in den letzten 10 Jahren nur einmal 6 Prozent Dividende gezahlt worden. Die Besitzverhältnisse bei Conti sind zur Zeit unübersichtlich. Nachdem sich die Deutsche Bank, Bayer AG und die Münchener Rückversicherung von ihren 11-Prozent-

Beteiligungen getrennt haben, sind die Umsätze an der Börse mit Contis sprunghaft gestiegen. Allein in diesem Jahr, so Urban, seien bereits Aktien im Nominalwert von 800 Mill. DM umgesetzt worden. Dies spreche nicht dafür, daß es einen neuen Großaktionär gebe.

Den neuerlichen Aufstieg der Conti begründet Urban einmal damit, daß die früher bestehende technologische Lücke im Reifenbereich geschlossen sei. Conti habe heute in Teilsegmenten sogar technologischen Vorsprung. Zum anderen zahle sich die Vorwärtstrategie mit der primären Ausrichtung auf den großeuropäischen Raum aus. Wichtiger Ansatzpunkt hierfür sei die 1979 erfolgte Übernahme der Uniroyal Engelbert-Gruppe gewesen, die inzwischen erheblich zum Erfolg des Konzerns beitrage. Die Präsenz auf den wichtigsten Übersee-Märkten sichere sich Conti über Kooperationsverträge, da ein direkter Marktzugang die Finanzkraft des Unternehmens übersteige. Mitte 1983 ist die Produktion von Conti-Reifen in den USA durch General Tire angelaufen, ähnliche Vereinbarungen bestehen mit dem japanischen Reifenhersteller Toyo Rubber und dem Marktführer in Indien Modil. Strategisches Ziel bleibe es, Conti als internationales Unternehmen unter den fünf größten Reifenkonzernen der Welt fest zu etablieren.

Die WELT berichtet von der Anuga

Neue Märkte im Visier

Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft ist auf dem heimischen Markt härtester Konkurrenz ausgesetzt. Sie stammt nicht nur vom Wettbewerb untereinander und von dem Konzentrationsprozeß des Handels, das Ausland drängt ebenfalls mit immer neuen Produkten auf diesen größten Verbrauchersmarkt in Europa. 1982 lieferten Staaten wie Frankreich, die Niederlande, Dänemark, Italien oder die USA Waren für 50 Mrd. DM nach Deutschland. Die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), in der die verkaufsfördernden Aktivitäten der überwiegend mittelständischen Ernährungsindustrie zusammengefaßt sind, hat also alle Hände voll zu tun.

Wie ihr Geschäftsführer Helmut Fahrschön gegenüber der WELT erklärte, komme es immer mehr darauf an, neue Märkte im Ausland zu erschließen und die Branche bei der Herstellung des „richtigen Produkts für das jeweilige Land zu beraten“. Gerade die Qualität, die Geschmacksrichtung und die Zuverlässigkeit deutscher Lebensmittellieferungen hätten viel dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik heute an vierter Stelle der Nahrungsmittel-Exportländer liege.

Von den rund 15 000 Unternehmen der Ernährungsindustrie mit 130 Mrd. DM Umsatz setzen 1200 Betriebe regelmäßig ihre Produkte im Ausland ab. Im letzten Jahr wurden mit der Ausfuhr von Gütern der Land- und Ernährungswirtschaft 24 Mrd. DM erzielt. Dieses Jahr ist es bisher noch nicht so gut gelaufen. Der Rückgang des Exportwertes um 6,5 Prozent oder 800 Mill. DM zur Jahresmitte hänge aber weitgehend mit den ausfallenden Lieferungen nach dem Ostblock, Iran und nach Ländern in Südamerika zusammen, betonte Fahrschön. Diese Länder befänden sich in finanziellen Schwierigkeiten.

und könnten die notwendigen Mittel für die deutschen Spezialitäten zur Zeit nicht aufbringen. Dafür habe der Export in andere Staaten wie Nordamerika und innerhalb der EG wieder deutlich zugenommen. Per Oktober sei der Verlust nur noch minimal, meinte Fahrschön, und zeige sich zuversichtlich, daß der Export der Ernährungsbranche bis zum Jahresende wieder ein Plus verzeichne.

Die Voraussetzungen dafür hat die CMA zusammen mit den Bundesländern und 1600 deutschen Unternehmen auf der Anuga geschaffen. Breiten Raum nimmt das Export-Service-Center ein, das dem ausländischen Einkäufer Beratung und Betreuung bietet. Hier wird speziell über das Lebensmittel- und Getränkeangebot informiert und gezielte Kontakte zu den geeigneten deutschen Firmen vermittelt. „Aufgrund der Nachfrage und des Messebesuchs können wir feststellen“, meinte Fahrschön, „daß unsere Aktion sehr erfolgreich verläuft“. Gegenüber der letzten Anuga vor zwei Jahren sei der Besuch ausländischer Importeure und Großhändler sehr viel höher.

Das bestätigte auch der Leiter des Service-Centers, Claus Böcking, der insgesamt eine Steigerung der Auslandsbesucher um 35 Prozent feststellen konnte. Auffallend sei, daß sich diesmal die Gespräche häufiger als früher in umfangreichen Geschäftsniedergeschlagen habe. Deutsche Lebensmittel würden im Ausland wieder enorm nachgefragt. Die deutschen Unternehmen der Ernährungsbranche meldeten nach Angaben von Böcking im Export mehr Abschlüsse als im Inland. CMA-Geschäftsführer Fahrschön stellte aber auch für den heimischen Markt eine selektive Belebung fest. Vor allem Produkte mit Qualitätszeichen würden vom Verbraucher immer mehr verlangt.

HENNER LAVALL

Wachstum bei Tiefkühlkost

Nach vorübergehender Umsatzabschwächung im Vorjahr rechnet die deutsche Tiefkühlwirtschaft für 1983 wieder mit einem deutlichen Plus. 1982 war der Absatz nur noch um 2,1 Prozent auf insgesamt 593 000 Tonnen gestiegen. Im Einzelhandel lag der Zuwachs gerade noch bei mageren 0,9 Prozent. Lediglich der Großverbrauchersektor, der fast die Hälfte der abgesetzten Menge aufnahm, kam auf ein Plus von 3,3 Prozent. Ohne Berücksichtigung von Gefüllten und Speiseeis betrug der Gesamtumsatz mehr als 3,6 Mrd. DM. Mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 9,6 Kilogramm liegt die Bundesrepublik derzeit im europäischen Mittelfeld.

Die starke konjunkturelle Bremswirkung hielt auch zu Jahresbeginn 1983 noch an, nach Angaben des Deutschen Tiefkühlinstituts in Köln ist inzwischen jedoch wieder eine spürbare Absatzsteigerung festzustellen, so daß sowohl im Einzelhandel als auch im Großverbrauchersektor für dieses Jahr mit einer Mengensteigerung von etwa vier Prozent gerechnet wird.

Überdurchschnittliche Zuwachszahlen verzeichnet gegenwärtig der Sortimentsbereich Gemüse und hier vor allem die Convenience-Artikel wie Gemüsemischung. Das gleiche gilt auch für Snack-Produkte sowie für deutsche und internationale Fertiggerichte und Suppen. Weitere Zuwächse kommen aus dem Bereich Betriebsverpflegung und das trotz rückläufiger Beschäftigungslage in der Wirtschaft. Hier wirken sich Kostensenkungen zugunsten von Fertigprodukten aus. Sie gehen zu Lasten von Fleischlichen und vor allem von nicht mehr rentablen Werkskichen.

Mit großer Sorge beobachten die Tiefkühlkostenanbieter jedoch die Absicht der Bundesregierung, die Verpflegungszuschüsse in ihren Kantinen und Kasinos zu streichen. Dies könnte eine Lawine ähnlicher Maßnahmen auslösen, sogar bei der Schulverpflegung, was zu erheblicher Absatzminderung für Fertigmenüs führen könnte.

HEINZ HILDEBRANDT

Industriebank spürt Belebung

J. G. Düsselhoff
Mit 1,25 Mrd. DM hat die Industriebank AG - Deutsche Industriebank (IKB), Düsseldorf, in der ersten Hälfte 1983/84 (31. 8.) ihren Kundenschaft um 29 Prozent mehr Kredite zugesagt als vor Jahresfrist. Zur Hälfte des neuen Geschäftsjahres hob Vorstandsvorsitzender Walter Krüger auf der Hauptversammlung ferner hervor, daß in dem seit März auf 9,9 (9,74) Mrd. DM erhöhten Debitorenbestand der Langfristanteil weiter und mit positiver Wirkung für die „aufrechterstellende“ Ertragsentwicklung gestiegen sei.

Allerdings habe in den letzten Monaten parallel zum Wiederaufstieg des Zinsniveaus das Interesse an längeren Kreditlaufzeiten wieder etwas nachgelassen. Die große Spanne zwischen dem niedrigen Kurzfristzins und dem hohen Kapitalmarktzins verleite wieder viele Kunden zum Anzeigenschein von Überbrückungskrediten für Langfrist-Investitionen. Die dabei mangelnde Erwartung auf einen neuen Abwärtstrend des Kapitalmarktzinses teilt der IKB-Vorstand nicht.

„Andererseits steht er im hohen Zins kein sonderlich großes Hindernis für die anlaufende Konjunkturerholung. Entscheidend sei, daß sich die miserablen Ertragslage der Industrie seit Anfang 1983 deutlich bessere. Das werde, „vielleicht erst später im Jahre 1984“ zu einem Anstieg der Unternehmensinvestitionen auf breiter Front führen.

Triumph-Adler will Stellung ausbauen

iz. München
Mit einer stärkeren Software-Orientierung und „produktübergreifenden Bürokomunikations-Fähigkeiten“ will der nach eigenen Angaben größte deutsche Mikrocomputer-Anbieter, die Triumph-Adler AG, Nürnberg, ihre internationale Marktposition deutlich ausbauen. Wie Harro D. Weisel, Vorstandsvorsitzender für Vertrieb und Marketing, anlässlich der Systems '83 in München mitteilte, sollen im kommenden Jahr bereits über 50 000 Mikrocomputer weltweit verkauft werden. In der Bundesrepublik strebt man für die kommenden Jahre eine Verdoppelung des bisherigen Marktanteils bei Mikrocomputern auf über zehn Prozent an.

Bisher hat das Unternehmen insgesamt rund 60 Mill. DM in ein Investitionsprogramm gesteckt, das im wesentlichen die Einführung neuer Produkttechnologien beinhaltet. Darüber hinaus werden, wie Weisel erläuterte, weitere 50 Mill. DM in die Entwicklung anwendungsfreundlicher Softwareprogramme investiert und der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen kontinuierlich gesteigert. Besonders gute Marktchancen mit Mikrocomputern sieht Weisel bei solchen Zielgruppen, die sich bislang dem EDV-Einsatz gegenüber sehr reserviert gezeigt haben. Diese Kunden will Triumph-Adler nun insbesondere mit seinen neuen Systemen „alphatronic PC“ und „Fritz“ bedienen.

In kleinen Dingen sind wir so genau wie in großen.

Präzisionsgeräte aus Puerto Rico, U.S.A., können Sie ruhig mit jedem anderen Präzisionsgerät prüfen.

Woran denken Sie beim Namen Puerto Rico? Bestimmt nicht an künstliche Nieren, Herzschrittmacher, Kernstrahlungs-Absorptions-Meßgeräte oder elektronische Hilfsgeräte für Blinde.

Dennoch, Puerto Rico, USA, ist eines der führenden Produktionszentren für Präzisionsinstrumente. Nicht zuletzt durch die Ansiedlung von Herstellern medizinisch-technischer Geräte oder anderer hochempfindlicher Produkte der Meß- und Regeltechnik.

Mehr als 1000 amerikanische Unternehmen haben ihre Niederlassungen auf Puerto Rico. Davon gehören 550 Firmen zu den Herstellern hochtechnisierter Produkte. Sie allein beschäftigen über 60000 Mitarbeiter. Und warum? Weil die puertoicanischen Arbeiter geschickt und



Beweis für den hohen Leistungsstandard der Facharbeiter in Puerto Rico: Herzschrittmacher „Made in Puerto Rico“.

produktiv sind. Sie lernen fleißig und schnell, auch schwierige technische Vorgänge.

Und die andere gute Seite von Puerto Rico ist das Thema Geld: Puerto Rico ist ein Teil der USA. Die Währung ist der US-Dollar. Der Warenverkehr in die USA erfolgt ohne Zollaufschläge. Außerdem hat Puerto Rico die erste Freihandelszone, die von den US-Behörden außerhalb des Landes autorisiert wurde. Und nicht zu vergessen: Ganz Nord-, Süd- und Mittelamerika liegt vor der Haustür.

Für einen reibungslosen Start in Puerto Rico steht für Sie ein Team von Experten bereit. Es hilft bei der Standortbestimmung für Ihre Niederlassung, bei der Personalsuche und bei der Erarbeitung von Trainingsprogrammen für die neuen

Mitarbeiter. Was die Produktionsstätten angeht, bieten sich zwei Möglichkeiten: Entweder Sie bauen Ihre eigene „maßgeschneiderte“ Fabrik, oder Sie leasen eines der vorgefertigten Gebäude, die Ihnen die Regierung von Puerto Rico zu äußerst konkurrenzfähigen Bedingungen anbietet.

Was können wir noch tun, um Sie für Puerto Rico, USA, zu interessieren?

Das vielleicht beste Argument für Puerto Rico sind die gewinnträchtigen Erfahrungen von Unternehmen, die schon hier sind. Unternehmen wie Rodenstock aus Deutschland, Hoffmann La Roche und Nestlé aus der Schweiz und die über 1000 namhaften Firmen aus den USA, die sich bereits für eine oder mehrere Produktionsstätten auf Puerto Rico entschieden haben.

Für viele Branchen haben wir Fallstudien erstellt. Kreuzen Sie die gewünschte Fallstudie an, schicken Sie uns den Coupon auf Ihrem Firmenbriefbogen, und Sie

bekommen umgehend die vielleicht interessanteste Lektüre seit Ihrem letzten Jahresabschluß.

Oder noch einfacher, Sie wählen die Telefonnummer 0611/74 26 44 und rufen Herrn Carl H. Jahns an. Unseren Mann in Frankfurt (Telex Nr. 4189257). Er wird Ihnen auf gut deutsch alles erklären.

Ich interessiere mich für eine Fabrikationsansiedlung in Puerto Rico, USA, und was andere Unternehmen dort für Erfahrungen gemacht haben. Bitte schicken Sie mir Informationen und Fallstudien über:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> die Industrie für Präzisionsgeräte und für Meß- und Regeltechnik | <input type="checkbox"/> Freihandelszonen |
| <input type="checkbox"/> die Elektro- und Elektronikindustrie in Puerto Rico mit Referenzliste | <input type="checkbox"/> das Arbeitskräfte-Potential auf Puerto Rico |
| <input type="checkbox"/> die Maschinen- und Maschinenzubehörindustrie | <input type="checkbox"/> Finanzierungsmöglichkeiten |
| <input type="checkbox"/> die Computer-Industrie und Zulieferer von elektronischen Bauteilen | <input type="checkbox"/> Puerto Rico, USA. Eine solide Basis zur Kapitalbildung |
| | <input type="checkbox"/> die Infrastruktur |
| | <input type="checkbox"/> das Transport- und Verkehrswesen |
| | <input type="checkbox"/> Erhebungsberichte von Investoren |

Name: _____
Firma: _____
Adresse: _____
Tel.: _____
An Herrn C.H. Jahns, Director Europe, Government of Puerto Rico, Mendelssohnstraße 53, 6000 Frankfurt/Main 1.

Puerto Rico, U.S.A.
We get things done

Ausländer sorgen für Auftrieb

Im Mittelpunkt: Siemens, Deutsche Bank und Daimler

Der Aktienmarkt stand vorläufig und auch noch in den ersten halben Stunde der offiziellen Börsenzeit im Zeichen der vorangehenden Wall-Street-Notierungen und des leicht ansteigenden Dollars. Die Börsenlust nahm auf breiter Front Gestalt an, zu teilweise recht kräftigen Notierungen vor. Die Tendenz änderte sich aber schlagartig, als recht massive Kauftätigkeit aus dem Ausland eintraf und zwar nicht nur aus den USA, sondern auch aus England, Belgien, Frankreich und der Schweiz. Die Ausländer konzentrierten ihre Käufe auf Aktien von Siemens, Deutsche Bank und Daimler.

Siemens lag am 19. Oktober um 415 DM, Deutsche Bank um 315 DM und Daimler um 180 DM. Am 20. Oktober stiegen die Kurse auf 425 DM, 325 DM und 190 DM. Die Aktien von Siemens, Deutsche Bank und Daimler stiegen am 20. Oktober um 10 DM, 10 DM und 10 DM. Die Aktien von Siemens, Deutsche Bank und Daimler stiegen am 20. Oktober um 10 DM, 10 DM und 10 DM.

Allendorf: Heinrich erhoben 2 DM) aus dem Markt. Dagegen										nehmen.																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																															
um 7,50 DM auf 289 DM und Löffern gaben NWK-Vorz. auf 173,50 DM										Nachbisse zuversichtlich																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																															
19.10.										18.10.																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																															
N. Huchel, Bernw. 9	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	177	925	HaBrach, Joh. 9	140	173,50	St. Oeth. 8	510	17,10	3116	H. Heidenbr. 8	

Warenpreise - Termine

Basiskontrakt in allen Stufen verzeichneten am Dienstag die Gold- und Silbermarkierungen an der New York Comex. In engen Grenzen einseitig notierte dagegen Kupfer. Zu Abschließen in den vorderen Stufen und Gewinnen in den entfernteren. Kautschuk kam es bei Kaffee. Gut behauptet ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte			
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1983
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1984
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1985
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1986
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1987
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1988
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1989
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1990
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1991
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1992
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1993
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1994
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1995
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1996
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1997
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1998
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	1999
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	2000
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	2001
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	2002
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	2003
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	2004
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	2005
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	2006
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	2007
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	2008
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	2009
Wheat (Chicago) (bush)	18. 10.	17. 10.	2010

Die, Fette, Tierprodukte

Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1983
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1984
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1985
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1986
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1987
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1988
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1989
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1990
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1991
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1992
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1993
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1994
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1995
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1996
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1997
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1998
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1999
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2000
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2001
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2002
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2003
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2004
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2005
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2006
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2007
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2008
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2009
Butter (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2010

Wolle, Fasern, Kautschuk

Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1983
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1984
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1985
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1986
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1987
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1988
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1989
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1990
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1991
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1992
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1993
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1994
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1995
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1996
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1997
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1998
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1999
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2000
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2001
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2002
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2003
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2004
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2005
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2006
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2007
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2008
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2009
Wool (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2010

Eräuterungen - Rohstoffpreise

Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1983
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1984
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1985
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1986
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1987
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1988
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1989
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1990
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1991
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1992
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1993
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1994
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1995
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1996
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1997
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1998
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1999
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2000
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2001
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2002
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2003
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2004
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2005
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2006
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2007
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2008
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2009
Eräuterungen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2010

Zinn-Preis Penang

Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1983
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1984
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1985
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1986
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1987
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1988
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1989
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1990
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1991
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1992
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1993
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1994
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1995
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1996
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1997
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1998
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1999
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2000
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2001
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2002
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2003
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2004
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2005
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2006
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2007
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2008
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2009
Zinn-Preis Penang (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2010

New Yorker Metallbörsen

New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1983
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1984
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1985
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1986
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1987
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1988
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1989
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1990
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1991
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1992
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1993
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1994
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1995
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1996
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1997
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1998
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	1999
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2000
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2001
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2002
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2003
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2004
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2005
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2006
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2007
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2008
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2009
New Yorker Metallbörsen (New York) (lb)	18. 10.	17. 10.	2010

Sein Wert ist Ihnen sicher - versiegelt oder unversiegelt.

Der Sachwert-Diamant.

Für die Kapitalanlage in mehrere kleine Sachwert-Diamanten empfiehlt sich das Klein-Depot. Es wird versiegelt und versiegelt, um die Kapitalanlage zu ermöglichen. Dabei ist es wichtig zu wissen, dass jeder Stein im Klein-Depot zur Verriegelung in mehreren Hüllen geteilt und versiegelt wird. Und zwar nach internationalen Richtlinien, um einen Wiederverkauf in jedem Land der Erde zu ermöglichen. Diese Praxis erlaubt es mir, die volle Qualitätsgewissheit zu übernehmen und Ihnen das Angebot auf Wiederverkauf auch dann einzuräumen, wenn Sie das Klein-Depot nachträglich ordnungsgemäß öffnen lassen wollen. Denn Qualität muß jederzeit...

Präzise informiert - sicher gekauft!
O Bitte schicken Sie mir kostenlos und unverbindlich die Checkliste für Diamanten-Anleger.

Susanne Lange-Mechlen
DIAMANT CORPORATION
Marktplatz 6/IV
7000 Stuttgart 1
Telefon: 0711/297481

AUSTRALIEN-INVESTITION?
Information von: HENKEL BROTHERS
P.O. Box 40, 2054 North Carlton, AUSTRALIA

DUDELSACK
280-1, Prospekt, Umland, 8000 München 42, Post

GRUNDGUT IN AUSTRALIEN
Inform. von: HENKEL BROTHERS
Starnberg 15, D-7950 Lappenberg 5

Exclusive Distributorship
A rare and unusual opportunity to get in the highly profitable business of...
Inform. von: HENKEL BROTHERS
Starnberg 15, D-7950 Lappenberg 5

Personalität, kleines traditionsbewusstes Unternehmen
...in- oder Ausland

49-Jähr. Dipl.-Ing., verheiratet, unbefristet, 15 J. selbstständig, mit fest fundierten, breiten Kontakten und Umsetzungsvermögen in einer guten Reihe von Berufs- und Lebensbereichen.
Mit Leistung möchte ich Substanz vermehren und Sympathie und Vertrauen gewinnen.
Ang. erb. u. Y 1450 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Werden Sie Ihr eigener Chef
Sagen Sie sich Ihr Unternehmen auf
Wir suchen für das ganze Bundesgebiet
Top-Verkäufer, -Manager und Geschäftsführer
für den Aufbau einer Vertriebsorganisation, welche bereit ist, unser internationalisiertes Spitzensystem zu übernehmen.

Ein Produkt, das den Markt erobert
Wir bieten eine bewährte Marketingkonzeption zu Ihrer Unterstützung. Der 2300 etabliert sind. Wir suchen Partner, die sich hier eine lukrative Existenz oder zweites Bein in Vertrieb und Service sichern wollen. Geschäftsführer erforderlich. Rendite erstklassig.
Ewerbe AG, Handel-Import-Export, Postfach 850
D-4970 Vorden, Telex 3 62 821

Zwei erfahrene Vertriebskaufleute (37 + 44)
suchen neue Herausforderung. Gewünscht: Vertretung bzw. Repräsentanz für hochwertige Produkte, vorzugsweise Investitionsgüter bei denen wirklich seriöse und qualifizierte Beratung gefragt ist.
Angebote erb. u. Y 1418 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Limited statt GmbH?
Vermögenssicherung, Haftungsausschluss, Gewerbesteuer, Steuerersparnis, Lizenzgebühren, Bankgeheimnis etc. Wenn Sie Fakten wollen statt Halbwahrheiten, dann fragen Sie bitte uns: Roger und Wolfgang, die Anwälte, Philip und Herbert, die Wirtschaftsprüfer, Joe und Michael, die chartered secretaries, Fred, den Banker, Maurice aus Gibraltar und Jim von den Kanalinseln, Verena und Albert, die Berater.
MBC Derwentpark Ltd. - die Experten
9-15 Leonard Street
London EC2A 4EP
Tel. 04 41 8 51 92 01, Telex: 2 64 079 Leonar G

Wir haben den absoluten Markt!
Wir produzieren als Spitzenhersteller Verbrauchsgüter für Spendersysteme, die millionenfach in Verwaltung und Wirtschaft der BRD etabliert sind. Wir suchen Partner, die sich hier eine lukrative Existenz oder zweites Bein in Vertrieb und Service sichern wollen. Geschäftsführer erforderlich. Rendite erstklassig.
Concerta Chemie Gesellschaft mbH
Am Kreuzstein 83-84, 64571 Mainlat 2, Tel. 0 61 94 / 6 12 29,
Telex 94 185 955

Hamb. Werksvertretungshaus
hat noch Kapazitäten frei. Wir suchen den Elektro-GIE, sowie alle Misch- u. Schweißgeschäfte. Außerdem Lager, Kommissionierung u. Versand.
Zuschr. u. PL 47154 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Exportservice Skandinavien
Ing.- und Techn.-Firma mit langjähriger Erfahrung in der Skandinavien-Region. Wir suchen einen erfahrenen, energiegelassen, off. Gutachten, Marktforschungen, Patentanträge sowie Übersetzungen in die nordischen Sprachen. Zuschriften an: D-TRICK, DE-4100 Rimpst, Dänemark

Friesische Klinkerkolonnen
zur Verkleinerung von 1- und Mehrfamilienhäusern, kurzfristig einsetzbar. Angebote jederzeit unverbindlich. Meisterbetrieb, Fries-Klinker-Verlag, Friedrich-Ebert-Str. 163, 35 Kasse, Tel. 05 61 / 77 21 25

Wer kann verkaufen?
Wir können produzieren!
Oder wer hat Lizenzen zu verkaufen?
Maschinenbaubetrieb mit gutem Personalstamm und Maschinen sucht neue Produktion, auch Lohnfertigung. Raum Bielefeld-Hamm, an der BAB A 2
Zuschriften erbeten unter U 1418 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Top-Adresse in Düsseldorf!
Weniger investieren - mehr profitieren! Mit Ihrem Interim-Büro in Düsseldorf. Mit Ihrem Office-Service. Mit Ihrer Marke-Marketing. Mit Ihrer Schreib- und Kollaborations-Produktion. Mit Ihrer Film- und Video-Produktion. Mit Ihrer Sekretariat- und Übersetzungsfähigkeit. Mit Ihrer Sprachkenntnis. Mit Ihrer Zukunftsfähigkeit in Düsseldorf. Vertrieben sein wollen.

OSC
OFFICE + SERVICE CENTER
INTERIM-BÜROS GMBH
Rathstraße 156 - 4000 Düsseldorf 30 - Tel. 0211 450959 - 450950

TaunusTagungsZentrum

Bad Soden ist mit dem neuen Tagungs-Zentrum in unmittelbarer Nähe Frankfurts nicht nur für die Rhein/Main-Region ein attraktives Ziel, sondern auch für Tagungen auf bundesweiter Ebene äußerst interessant.

- Variables Raumprogramm für 10-900 Personen.
- Großer Saal (teilbar) klimatisiert bis 906 Plätze. Hubbühne.
- First-class-Hotel mit 130 Zimmern (260 Betten).

Kongress-Tagungs- und Seminarangebote auf Anfrage

BAD SÖDEN am Taunus

Bitte fordern Sie den Informationsprospekt an.

Name: _____
Anschrift: _____
Firma: _____ Telefon: _____
Kurt- und Kongress Park GmbH
Kongressstr. 85 D-6332 Bad Soden a. T.
Tel. (06196) 2000 - Telex 410 588 kdp

Gründen Sie Ihre eigene Existenz
Verdienstmöglichkeit 10.000,- bis 30.000,- DM pro Monat. Erfordert sich: 30.000,- DM Startkapital. Telex: 3. FKW, Freude am Umgang mit Menschen. (Ausländerunterstützung wird vollumfänglich) Schulung wird gegeben.
Zuschr. u. V 1549 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Australienpläne?
Intern. Inst. Consult-Firma über 1. u. 2. Vorr. Dienst, sowie alle Art. von Problem. dir. v. Ort. in Austr. Mitte Nov. - Dez. 83. Hon. a. Verh. in Schiedsgericht.
Industrial Consulting GmbH
Mühlstraße 21, 2000 HH 13
T. 0 40 / 41 70 25, Telex 5 173 485

Deutscher Importeur oder Vertretung gesucht
Deutscher Hersteller von Carports mit BRD-typpischen, Garten- u. Wohnbereichsprodukten. Sucht bundes- oder länderweite Vertretung. Preiswerte Qualitätsprodukte aus bestem Holz. Zuschr. an: B.O. Carports APS, Norderstraße 7, Dänemark

Importeur gesucht
Dänischer Hersteller von Gartenmöbeln, Springbrunnen, charmanter Brunnen, u. Anlagen. Sucht bundesweite, evtl. länderweite BRD-Vertretung. Preisgünstige Qualitätsprodukte aus Dänemark zur Verfügung. Zuschriften an: Per Kirk, Søndervej 10, Dänemark
DK-4171 Glemse

Probleme, Schwierigkeiten?
Wir helfen Ihnen bei Abrechnungsproblemen, Finanzierungsproblemen, u. anderen. Durch unser Computersystem finanzieren, verkaufen u. kaufen Sie besser. Wir sind die Ansprechpartner für jedes Problem in allen Branchen. Außerdem vermitteln und handeln wir mit sämtlichen Rohstoffen u. Industriegütern der Welt. Auslands. Rufen Sie uns an. Auch Sie!
Tel. 0 22 41 / 33 36 46

U.S.A. EINWANDERUNGSVISA
Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Geschäftsleute, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern. Informationen: VIC GmbH, Wilmersberg 18/1, 8000 München 22, Tel. (089) 29133 - Telex 52

Der Löwe trägt Trauer

P.D. - Um die Buchkunst ist es nicht zum besten bestellt. Seit der Lichtsatz vorherrscht, sieht es meist recht trübe mit der Typographie aus. Die hübschen Kleinigkeiten, die einst die Bücher auf unauffällige Weise zu schmücken vermochten, sind in Vergessenheit geraten. Initial, Vignetten oder Verzierungen aus dem Satzcomputer finden den Weg in die Satzcomputer. Bleiwürsten füllen nur zu oft die Buchseiten.

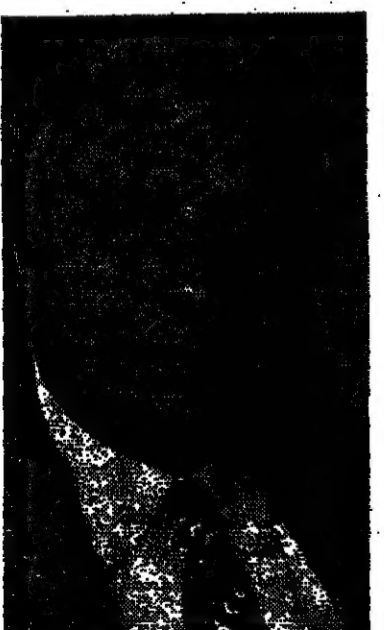
Da horcht man auf, wenn jetzt ein Verlag mit einer neuen Reihe "Denkmalstiftendes, Heiteres und Skurriles" ankündigt und zugleich verspricht, er wolle "an eine alte Tugend anknüpfen: schöne Bücher zu machen". Was den Inhalt der Reihe "Diederichs-Kabinett" betrifft, da wird das Versprechen eingelöst. Da gibt es Gedichte von Günther Eich bis Sarah Kirsch, die alte Märchenmotive variieren ("Mädchen, preßt auf den Prinzen"), oder allseits Exotisches über "Die orientalische Katze", da werden wir zu Spaziergängen in "Paradies der Liebe" wie in "Gärten des Bösen" ("Von Paradiesen und anderen Gärten") eingeladen, da dozieren William Morris, "Wie wir leben und wie wir leben könnten". Das ist lesenswert und anmutig.

Nur was das "schöne Buch" betrifft, da liegt Köln, wo Diederichs seit Jahrzehnten, allzu weit von Jena entfernt. Dort gab es einst E.R. Weiß, Peter Behrens, F.H. Ehmcke oder Rudolf Koch dem Verlag ein unverwechselbares Gesicht. Heute versucht man das mit einem Rückgriff auf Scherenschnitte von Luise Duttenhofer, mit Jugendstilvignetten oder Morris' Buchschmuck. Aber die alten Zutaten harmonieren nicht mit Satzspiegel und Schrift, die Seiten wirken vollgestopft und durch den häufigen Wechsel zur Kurven unruhig, auch die Reproduktionen orientalistischer Miniaturen geraten zu grau und flach. Kein Wunder also, daß die Diederichs-Löwe, wie ihn J.V. Cassar anno 1899 entwarf, nicht gerade frühlich auf diese Reihe blickt. Oder hält er Ausschau nach einem guten Typographen?

Peter R. Hofstätter zum 70. Geburtstag

Die Kunst der Klarheit

Es wird mit Recht immer wieder beklagt, daß die meisten maßgeblichen Wissenschaftler der Gegenwart ihre Forschung so eng auf spezielle Gebiete eingeschränkt hätten, da sie kaum noch in der Lage seien, die Ergebnisse einem breiteren Kollegenkreis verständlich darzustellen. Erst recht könne die Öffentlichkeit von den maßgeblichen Antizipationen kaum noch in zureichender Weise informiert werden. Eine rühmliche



Psychologe von internationalem Rang: Peter R. Hofstätter

Ausnahme bildet hier Peter Hofstätter, der Psychologe von internationalem Rang, der heute siebenzig Jahre alt wird.

Hofstätter versteht es in hervorragender Weise, entscheidende Konsequenzen von Forschungsergebnissen anschaulich vorzutragen und ihre Bedeutung für den Alltag zu erklären. Das hat er im letzten Jahrzehnt nicht zuletzt den Lesern der WELT immer wieder vordemonstriert, in Kommentaren zu aktuellen Ereignissen, in Hintergrundanalysen gegenwärtiger weltanschaulicher Strömungen, in den Essays und Rezensionen.

Universitäten und „Friedensbewegung“: WELT-Interview mit E. K. Scheuch

Falsches Spiel mit Kompetenz

In diesen Tagen wird von diversen Organisationen an den Universitäten „im Interesse des Friedens“ auf Streik und Vorlesungsboykott aufgerufen. Wie ist die Situation an den Hochschulen wirklich? Die WELT sprach darüber mit dem Soziologen Prof. Erwin K. Scheuch von der Universität Köln. Prof. Scheuch ist führendes Mitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaft.

WELT: Herr Professor Scheuch, wichtige Teile der „Friedensbewegung“ rekrutieren sich aus der Universität und entfalten dort auch ihre Aktivitäten. Leiden darunter der Lehrbetrieb und vielleicht sogar die Forschung?

Scheuch: Bisher ist an den Universitäten zwar viel Aktivität, aber wenig Reaktion zu sehen. Hier soll erst eine Bewegung gemacht werden. Der Akzent liegt dabei darauf, die sogenannte Friedensbewegung, also die Politik der einseitigen Rüstungsbeschränkung bzw. Vorleistung, als eine wissenschaftlich gebotene Handlungsweise hinzustellen. Schwerpunktmäßig wird in Flugblättern der Anspruch erhoben, Naturwissenschaftler hätten eine besondere Befähigung zu sagen, welche Politik im Rüstungsbereich eher geeignet sei, „dem Frieden zu dienen“.

WELT: Sie sagen, keine Reaktion – es wird aber doch immer wieder darauf verwiesen, daß es gerade in der Universität eine „breite Basis“ für die Gegner des NATO-Doppelbeschlusses gebe?

Scheuch: Ja, selbstverständlich. Aber da muß man sehen, wer einen da vorgestreckt wird. Da wird zum Beispiel ein Geograph genannt, der bekannt ist als Linksextremist und sich darüber äußert, welchen Charakter die SS 20 und welchen die Pershing 2 haben. Nur – der Mann hat nicht die Spur mehr Kompetenz als irgendein anderer. Die Berufung auf die Naturwissenschaft und damit die „Kompetenz“, die aus dem Amte folgt, ist eine einzige große Augenwischerei, der Versuch einer Bevormundung der normalen Menschen, die mit der Autorität des Titels erschlagen werden sollen. Die Wissenschaftler in

diesem Feld, die ich kenne, wissen nicht ein Jota mehr – politisch – von Rüstung, als der Durchschnittsbürger.

WELT: Immer wieder wird als Vorbild auf die Erklärung der Göttinger Sieben in den fünfziger Jahren verwiesen?

Scheuch: Die Göttinger widersprachen damals einer Sachsausage, über die sie aus besonderer Kompetenz als Atomphysiker urteilen konnten. Darüber, ob die Pershing 2 eine Erstschlagwaffe ist oder nicht, könnte man als Militärspezialist oder Rüstungsexperte etwas sagen, nicht aber als Atomphysiker qua Amt. Im übrigen ist diese Einordnung der Pershing eine faustdicke Lüge – und wenn sie dann mit dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit aufgestellt wird, ist sie besonders infam.

WELT: Das, was Sie da beschreiben, zeigt doch einen großen Mangel an Wissenschaftlichkeit, die man schon bei Promovierten oder Habilitierten erwarten dürfte.

Scheuch: In den siebziger Jahren ist es ja als Programm zu einer Politisierung der Wissenschaft gekommen. Jede Wissenschaft sollte entsprechend dem Leninismus in die Pflicht genommen werden. Wir haben da mit Hilfe der Linken eine Fülle von Professoren bekommen, die nicht nur kaum wissenschaftlichen Ansprüchen genügen, sondern auch im Grunde ihres Denkens Politprofis sind. Hinzu kommt das grundsätzliche Phänomen, daß gerade Naturwissenschaftler sehr oft sehr naive Leute sind.

WELT: Aber dies kann man doch kaum alles dem spezifischen Hochschulumfeld anlasten.

Scheuch: Nein – der eigentliche Aktionsraum für die Agitation sind die Schulen. Die Universitäten sind in erster Linie die Orte, wo man Lehrer indoktriniert. Es geht im Kern darum, die Schulkinder zu Rekruten der Protestbewegung in unserer Gesellschaft zu machen. Und letztlich geht es auch das Ziel, alle Kulturbereiche zu einer Gegenwelt zu machen gegen den Rest der Gesellschaft. Da-

zu gehört auch der Versuch, alle Kulturbereiche in einer Einheitsgewerkschaft gleichzuschalten, der von dem Extremisten und Millionärssohn Detlef Henschel stammt; der bisherige Vorsitzende der IG Druck und Papier, Mahlein, hat ihn abgesegnet. Diesen Dingen müssen wir wehren. Denn wenn es zu dieser Gleichschaltung kommt, dann ist eine Korrektur sehr schwierig. Man darf angesichts des Kampflplatzes „Friedensbewegung“ diese wichtige Entwicklung nicht übersehen.

WELT: Zum Kampfplatz Friedensbewegung sagen Sie allerdings vorhin, hier gebe es an den Universitäten keine starke Bewegung.

Scheuch: Ja, denn aus der Friedensbewegung ist ja im wesentlichen der Dampf heraus. Dort ist im Moment keine wirkliche Dynamik, die Mitglieder werden sich nach und nach in die Parteien verlaufen. Der gegenteilige Eindruck entsteht vor allem durch die Medien. Da wurde jetzt von den Aktivitäten von etwa 200 Protestlerinnen in Bonn ein Film in den Fernsehnachrichten endlos abgespielt. Wirkliche Nachrichten konnten dadurch kaum oder gar nicht übermittelt werden.

WELT: Es wird im Zusammenhang mit der „Friedenswoche“ verschiedene zum Boykott von Lehrveranstaltungen aufgerufen, zum Teil auch zu einem sogenannten Vorlesungsstreik. Was heißt eigentlich Streik der Studenten?

Scheuch: Dies ist vor allem erst einmal ein Mißbrauch des Wortes Streik. Streik heißt ja, dem anderen seine Arbeitskraft vorenthalten – in diesem Sinne könnte es höchstens einen Professoren-Streik geben. Bei den Studenten haben wir hingegen praktisch einen Boykott der Kunden. Wenn allerdings auch noch die Behinderung von Hörvorträgen hinzukommt, dann ist es letztendlich sogar Nötigung und Camouflage für den Wunsch, Gewalt auszuüben. Als Hochschullehrer mag ich dies alles bedauern, aber im Prinzip ist es mir so lang wie breit, ob zum Beispiel die Juso-Hochschulgruppe meine Vorlesungen bestreikt.

PETER PHILIPPS

Die Nobelpreise 1983 für Physik und Chemie

Mikro- und Makrokosmos

Einmal mehr haben die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Vormachtstellung auf dem Sektor der naturwissenschaftlichen Forschung unter Beweis gestellt. Gestern hat die Schwedische Akademie der Wissenschaften in Stockholm dem Amerikaner William Fowler und dem in den USA tätigen gebürtigen Indier Subramanyam Chandrasekhar den mit rund 495 000 Mark dotierten Nobelpreis für Physik zu gleichen Teilen verliehen.

Dem an der Universität Chicago beschäftigten Chandrasekhar (Jahrgang 1910) wurde die Auszeichnung für seine theoretischen Studien über physikalische Prozesse verliehen, die für die Struktur und Entwicklung der Sterne von Bedeutung sind. In der weiteren Begründung der Preisverleihung an Chandrasekhar erinnert die Akademie an die zahlreichen Veröffentlichungen des Wissenschaftlers auf dem Gebiet der Sternentwicklung. Gerade auf diesem Gebiet habe er mit seiner Studie über die in verschiedenen Phasen der Evolution auftretenden Stabilitätsprobleme einen wichtigen Beitrag geleistet.

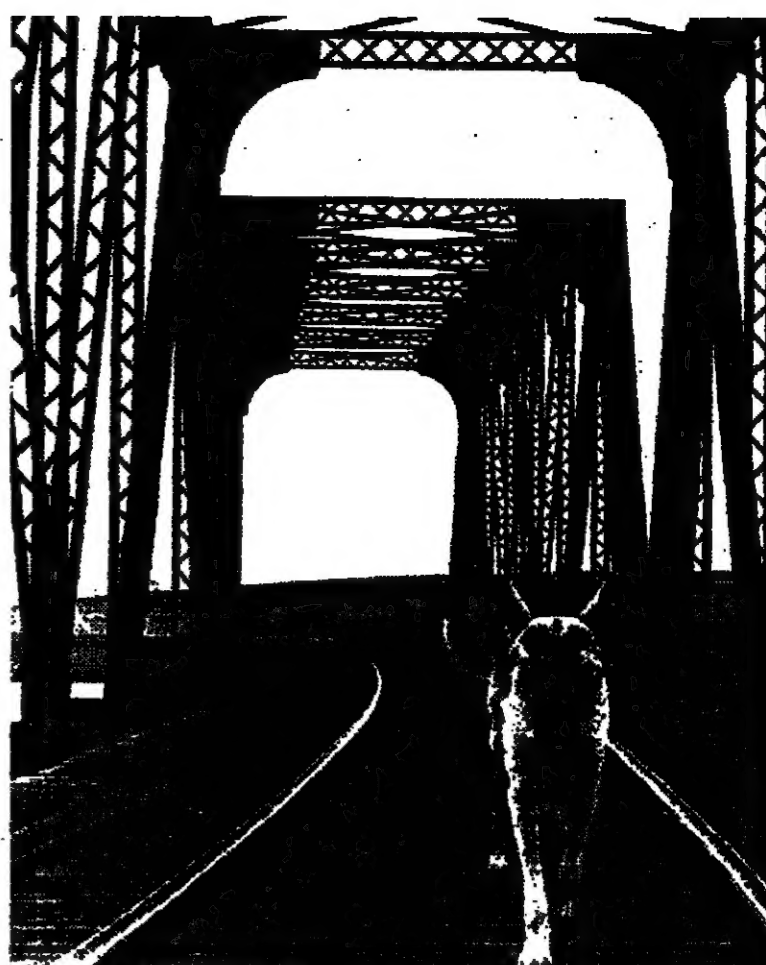
Der am kalifornischen Institut für Technologie in Pasadena tätige William Fowler (Jahrgang 1911) wurde, wie es in der Begründung heißt, für seine theoretischen und experimentellen Studien von Atomreaktionen ausgezeichnet, die für die Bildung chemischer Elemente im Universum von Bedeutung sind.

Fowler und Chandrasekhar arbeiten seit zu sehen vor dem Hintergrund des gemeinsamen Bemühens von Astronomen und Elementarteilchenphysikern, die Entstehung der Welt physikalisch zu begründen. Wir wissen heute, daß der Kosmos, den der Mensch praktisch als statische Struktur erlebt, eine ungeheure bewegte Vergangenheit und eine nicht minder dynamische Zukunft besitzt.

KLAUS BRUNS



Vorbereitend der Nordamerikaner zementiert: Die neuen Nobelpreisträger für Physik und Chemie, S. Chandrasekhar, William A. Fowler und Henry Taube (v. l.)



Freiheit in der Nähe: „Hund und Brücke“ (1976) von Alex Colville, aus der Berliner Ausstellung

Berlin: Bilder des Kanadiers Alex Colville

Magische Wirklichkeit

Warum? Die Frage steht gleichwohl in Großbuchstaben über den meisten Bildern von Alex Colville. Warum stellt der Künstler sich selbst mit einer Luftpistole am Tisch dar? Warum wandert der Blinde unter hellen Straßenlaternen durch die stockfinstere Nacht? Warum tritt ein Hund über die Bahngleise? Warum? Warum? In den Bildern des kanadischen „magischen Realisten“ verbindet sich verschiedene Realitätsebenen. Colvilles gemalte Wirklichkeit ist erfunden. Sie hat den Zug des Sonderbaren, ja einer traumatischen Surrealität. Ein Akt und eine Schneidgruppe stehen in sprachlosem Dialog. Ein nervös bewegtes Pferd hastet an einer geschlossenen Kirche vorbei.

Natur und Technik prallen immer wieder in viel- (nie ein-dingigen) Allegorien aufeinander. Das berühmteste Colville-Bild überhaupt: Ein Pferd galoppiert einem sich nähernden Expreszug entgegen. Colville, der vor mehr als einem Jahrzehnt als Gast des DAAD-Künstlerprogramms an der Spree gelebt hat, sagte heute, die Straßen Berlins seien ihm vertrauter als jene seiner Heimatstadt Toronto. Er lebt längst entfernt von den Großstädten – am Atlantik in Nova Scotia. Immer schon war er Natur und Tierwesen eng verbunden. Sein großartiges Gemälde „Hund und Knecht am Saint John River“ blieb eine Ausnahme – selten nur zeigte er den Menschen in ungewohnter Einzigkeit und Harmonie mit der Landschaft. Beinahe verloren, abgetrennt von gesichertem Lebensgrund, läßt er eine Schwärmerin umhertreiben, die Wellen eines weiten Wassers durchquert. Und immer wieder behaupten sich einzelne Menschen, voneinander abgewandt, in der Landschaft. Die Einsamkeit, die „Freiheit in der Nähe“ ist eines von Colvilles großen Themen.

Er gehört unbestritten heute zu den bedeutendsten „Realisten“ weltweit. Er kennt die italienische Renaissance, auch malend, gründlich. Seine Bewunderung für Grant Wood und Edward Hopper ist augenfällig. Seine eigenen Bilder, sein gesamtes Werk umweht die Aura der Ungewöhnlichkeit. Die hyperpräzise Arbeitsweise, die Brillanz seiner Werke, in dem die Stofflichkeit der Felle genauso frap-

pierend wirkt wie die glatte technoiden Oberfläche von Lastwagen, die Struktur der holzgebauten Häuser, erlaubt nur ein bis zwei Bilder pro Jahr. Sie werden mit äußerster mathematisch-geometrischer Sorgfalt geplant. Keine extremere malerische Position ließe sich zur gegenwärtig grassierenden blitzschnellen Spontankunst denken.

Colville hat schon als Kriegsmaler im Dienste der kanadischen Armee keine platten Abbilder und Heroisierungen geschaffen. In seinen Bildern wurden Last, Bedrückung, Melancholie spürbar. In Kaseintempere, später in Acryl, inszenierte er dann die unverwechselbare Irrealität (nicht Sinnlosigkeit) der realen Erscheinungswelt. Durch vielerlei Anschnitte, ungewöhnliche Perspektiven, kompositorische Irritationen entsteht eine verblüffende Unheimlichkeit, die Ahnung ungewisser bevorstehender Ereignisse. Aus manchen Bildern spricht ein geradezu romantisches Unendlichkeitsgefühl, auch wenn der Blick der Gestalten nicht in den Hintergrund, sondern, mit Ferngläsern oder Sonnenbrillen, geradeaus in die Richtung des Betrachters zielt. Colville ist es gelungen, die Selbstgewißheit und zugleich die diffusen Ängste des modernen Menschen, immer auf höchstem Niveau, Bild werden zu lassen.

Die Arbeiten des Niederländers Co Westerik, die hier lediglich werden, haben neben der malerischen Qualität und Dringlichkeit Colvilles nicht etwa einen schwachen – sie haben ungerechtfertigterweise gar keinen Stand. Etwas vorwiegend, perspektivisch gezeichnet, auch mitunter mit im Detail, mit cartoonhaften Anfängen bei den Zeichnungen, bilden diese Arbeiten kaum mehr als das Entree, durch das man schnell zum eigentlichen Gelingen möchte, zu Colville. Daß beide Künstler nach eigenen Bekunden erst beim Betreten der Kunststube davon erfahren, daß sie hier Schuler an Schuler ausstellen würden, gibt zu denken. Es ist gewiß nicht Colville, der in dieser Konkurrenz leiden mußte. (Bis 18. Nov.; Köln: 6. Dez. bis 15. Jan.; Katalog: Verlag Schirmer/Mosel, 30 Mark; im Buchhandel 78 Mark.)

PETER HANS GÖPFERT

JOURNAL

Bürgerrechtler in Haft schwer erkrankt

DW Moskau

Der 55jährige russische Bürgerrechtler, Dichter und Pharmazeut Viktor Nekipelow sollte schwerkrank aus dem Gefängnis Tschistopol in das Leningrader Gefängnis hospitalisiert werden. Bei ihm wurde eine Lymphdrüsenvergrößerung festgestellt. Aus unbekannten Gründen wurde der Kranke jedoch auf dem Wege nach Leningrad in das Gefängnis von Wladimir (in der Nähe von Moskau) gebracht, wo er sich augenscheinlich zur Zeit noch befindet. Seiner Frau wurde ein Besuch bei ihrem Mann verweigert. Nekipelow, der Mitglied der inzwischen aufgelösten Moskauer Helsinki-Gruppe ist, verbüßt eine zwölfjährige Freiheitsstrafe.

Das Concertgebouw muß renoviert werden

SAD, Amsterdam

Das bald hundert Jahre alte Amsterdamer Concertgebouw muß nach der Saison 1984/85 wegen dringender Gründe renoviert werden. Die auf 32 Millionen Mark veranschlagten Kosten will die Direktion des als Aktiengesellschaft betriebenen Concertgebouw zum Teil durch einen Zuschlag auf Eintrittskarten und durch Sonderkonzerte ausländischer Orchester selbst aufbringen. Die Fundamente des 1888 eröffneten Concertgebouw sind im Laufe der Zeit um 13 Zentimeter abgesackt, wodurch sich Sicherheitsprobleme für einige Teile des Gebäudes ergeben haben. Ungelöst ist noch, wo das weltberühmte Concertgebouw-Orchester während der Schließungszeit spielen kann. Zu den Vorschlägen gehört die Errichtung eines provisorischen Gebäudes auf dem nahen, mit weiten Grünflächen bedeckten Museumplein.

Klaus Reichert erhält Wieland-Übersetzerpreis

DW Stuttgart

Der „Freundeskreis zur internationalen Förderung literarischer und wissenschaftlicher Übersetzung“ hat den Klaus Reichert-Preis für die Übersetzung eines Hörspiels, „James Joyce, Marcel Duchamps, Eric Satie: Ein Alphabet“ von John Cage.

Frost für Ungarn Kulturleben?

Bal Budapest

Gabor Demszky, Herausgeber der ungarischen „Disidenten-Zeitschrift „Beszelo“ und der letzten Persönlichkeiten der intellektuellen Opposition, wurde jetzt ein Untersuchungsverfahren angeordnet. Demszky war bereits Mitte September in Budapest auf offener Straße von einer Streife der Verkehrspolizei einer schändlichen Durchsuchung unterzogen und, als er dagegen protestierte, schwer mißhandelt worden. Demszky verlor vor zwei Jahren seine Stelle als Redakteur bei „Valóság“ (Realität), als er für polnische Kinder einen Erholungsurlaub in Ungarn organisierte. Außerdem wird aus Budapest bekannt, daß Ferenc Kulcs, der Chefredakteur der kritischen Monatszeitschrift „Mozgó Világ“ (Welt in Bewegung) abgelöst wurde. Beobachter schließen daraus, daß die regierende kommunistische Partei – wohl um von dem liberaleren Wirtschaftsreformer ablenken – Restriktionen auf kulturellem Gebiet beschlossen hat.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Das Jahresmagazin „Literatur konkret“

Null Bock auf „Schopenhauer II.“

Die Buchmesse hat so ihre Rituale. Dazu gehört der Aufmarsch der Alten Garde der Revolution. Er findet statt in „Literatur konkret“, dem jeweils zu diesem Termin (noch) einmal jährlich erscheinenden Abgeber von „Konkret“. Und das ist bekanntlich das Organ jener linken Veteranen, die nicht, wie die junge linke Masse, zu den anarchoiden Bewegungen, den Alternativen, den Grünen abwandern mögen. Die keine Lust haben, sich durch Distanzierung vom „real existierenden Sozialismus“ ein Alibi zu verschaffen.

Diese roten Garderegimenter sind übrigens nicht zum Kampf gegen den „Faschismus“ angetreten, sondern gegen die permissive Gesellschaft. Aber vielleicht ist das für sie dasselbe. Auf jeden Fall ist es auffällig, daß die Gremilia, H. H. Holz, Piwitt, Scharang, Platschek dort, wo sie sich ereifern, das gegen „neue Innerlichkeit“ und gegen das Wuchern des Privaten tun. Manchmal vergessen sie dabei sogar, sich auf ihren orthodoxen Marxismus zu berufen. Für wen ist das nun gefährlich, für sie oder für uns? Es bilden sich da kuriose Fronten.

Auffällig schon, wie man sich um ein gutes Deutsch bemüht. Sogar eine „sprachlich-künstlerische klassische Form“ wird verlangt und das

mit Fotos von klassizistischer Architektur (aber nicht Speer) illustriert. Mit der sprachlichen Schwere fängt abheben der Verfall der Literatur an. Von der Blässe der Frankfurter Schule sind nur wenige Beiträge angekränkt.

So liest sich denn die Ironie über die modisch linke, mit der SPD sympathisierende Mutter, die ihre Kinder nicht mehr versteht, besonders doppelt: „Die Kinder dagegen finden den Zimmermann geil, lachen sich schrecklich über seine Kraftsprüche, drehen bei Strauß-Reden den Fernseher laut und gähnen nur, wenn sie Vogel sehen.“

Ubrigens ist das Blatt nicht nur sprachlich streng, sondern auch stilistisch. Einmal kein Klo-Geruch, über 100 DIN-A4-Seiten, und in sexualibus ist man ausgesprochen prüde. Allerdings überrascht es nicht, daß Orwell als über Sexist entlarvt wird, denn in einem vorausgehenden Artikel liest man: „... 1984 im Munde führen, heißt im allgemeinen: Ich laß mir mein kleines Flappermäulchen nicht verbieten.“ Aber die nächste Seite demoliert – wegen des latenten Rassismus – dieses Autors, der doch gerade diejenigen für die Indianer gewonnen hatte, die auf Karl May nicht ansprachen.

So gibt es viele verwirrende Begeg-

ANTON MADLER

KULTURNOTIZEN

Theatertage zum Thema „Mensch und Natur“ veranstaltet die Landesarbeitsgemeinschaft Spiel und Theater Nordrhein-Westfalen am 24. und 25. Oktober in Recklinghausen.

„Die Habsburger. Ein europäisches Phänomen“, eine Monographie aus Ungarn, liegt jetzt als Gemeinschaftsprojekt der Verlage Corvina und Kremayr & Scheriau auch in deutscher Übersetzung vor. „Becciam in Mailand“, eine Aus-

stellung über den italienischen Futuristen, die zuerst in Mailand (s. WELT v. 14. 1. 83) und dann in Hannover zu sehen war, wird bis 18. Dezember in Munchens Museum Villa Stuck gezeigt.

„In heidnische Gestalt“, die Übersetzung über „Evangelisches Altargerät von der Reformation bis zur Gegenwart“, (s. WELT v. 24. 9. 83) ist im Mönchengladbacher Schloß Rheynit bis 16. November zu sehen.

Staatlicher Mord oder Schutz der Gesellschaft?

In den USA neue Diskussion um Todesstrafe ausbrochen

GITTA BAUER, New York
Einundvierzig Minuten lang lag James David Autry in einem texanischen Gefängnis mit acht weißen Leberriemen angeschnallt auf einer Bahre, die wie zu einer Kreuzigung auf Stützen ausgebreitet. In seinen Venen stakten Katheter, durch die eine Salzlösung floß. Einundvierzig Minuten, bevor durch die Kanülen die tödliche Mischung in seinen Blutkreis strömen sollte, wurde die Vollstreckung durch Einspruch des Obersten Richters aufgeschoben. Autry, ein verurteilter Mörder, der wegen sechs Flaschen Bier zwei Menschen umgebracht und einen dritten zum geistigen Krüppel geschossen hatte, hat sechs Monate Zeit gewonnen, in der sein Fall erneut überprüft wird – mit ihm an die 300 Todesurteile in ähnlicher Situation in Texas und Kalifornien.

Nicht nur wegen seiner Dramatik – Rettung in letzter Minute – hat Oberster Richter Byron R. Whites Einspruch eine Diskussion erneut entfacht, die seit mehr als zehn Jahren die Argumente des Für und Wider der Todesstrafe bei solchen Anlässen aufwirft. Damals, 1972, hatte das neunköpfige Oberste Gericht der USA zum erstenmal die Todesstrafe für „ungewöhnlich und grausam“ und damit verfassungswidrig befunden. Das löste einen Aufschrei der Befürworter der Kapitalstrafe aus. Mord unterliegt in den USA der Gerichtsbarkeit der Bundesstaaten. 35 Bundesstaaten haben den Spruch dahingehend auf, daß sie ihre Statuten zu ändern hätten, was sie auch taten. Aber schon 1978 revidierte dies der Oberste Gerichtshof in Washington. Die Todesstrafe wurde wieder verfassungskonform. Sechs Monate später starb der mehrfache Mörder Gary Gilmore, dem Norman Mailer in seinem „Lied des Henkers“ einen Nachruf gewidmet hatte, in Utah unter den Augen eines Exekutionskommandos. Die Welle von Hinrichtungen, die Gegen der Todesstrafe vorausgesetzt hatten, blieb jedoch aus. Seit Gilmore's Tod sind nur sieben Verurteilte hingerichtet worden – einer von ihnen zum ersten Mal nach dem in Texas und jetzt auch in New Jersey eingeführten Modus, der tödlichen Injektion.

Mittlerweile bevölkern 1230 Menschen die Todeszellen in 34 Bundesstaaten Amerikas. Die Debatte um ihr Schicksal bestimmt eine neue Frage: „Warum müssen manche zum Tode Verurteilte sterben, während andere, unter vergleichbaren Umständen verurteilt, einen Aufschub erhalten?“ Diese Fragen hat das Oberste Gericht selbst beraufbeschoren. Im vorigen Dezember weigerte es sich, dem Mörder Charlie Brooks in Texas Aufschub zu gewähren, während genau einen Monat später Thomas A. Baresfoot, dessen Antrag auf Aufschub sich prozedural durch nichts von dem gerade Abgewiesenen unterschied, von der Exekution verschont blieb.

So wie die acht Männer und eine Frau, die – nach deutschen Maßstäben – Bundesgericht und Bundesverfassungsgericht in einem verkörpert, gespalten in ihren Auffassungen sind, so ist es das Land.

Die Gegner „staatlich approbierten Mordes“ werden angeführt von der American Civil Liberties Union, einer Bürgerrechtsbewegung. Meist sind es ihre Anwälte, die in letzter Stunde einen Aufschub erwirken. Ihr Hauptargument: Die USA seien das letzte demokratische Land, das noch die Todesstrafe vollziehe, nachdem sie selbst in England und Frankreich aufgehoben worden sei.

Mehr denn je melden sich jedoch jetzt die Befürworter zu Wort und erinnern daran, daß viel von dem Tode Verurteilten, nur wenig aber von ihren Opfern gesprochen werde. „Newsweek“ brachte in einer ellenlangen Titelstory die Geschichte der Hinterbliebenen der von Autry ermordeten Opfer. Die Gesellschaft habe das Recht auf Schutz vor Mordern, ist das Hauptanliegen von 62 Prozent Amerikanern, die sich in einer Gallup-Umfrage zur Todesstrafe bekannnten. Gegen sie waren nur 27 Prozent.

Eine schreckliche Frage bleibt jedoch unbeantwortet: Nämlich das Oberste Gericht endlich eine klare Haltung ein, und ließe es keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Todesstrafe. Wie soll man die 1230 Menschen umbringen? Selbst wenn nur einer pro Tag hingerichtet würde, dauerte es bis zum Frühjahr 1987, bis die Todeszellen geräumt wären. Das aber käme, so die ACLU, „einem Massenmord gleich.“ (SAD)

Die Todesurteile in den USA werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.

Die Todesurteile in den Bundesstaaten werden von den Bundesstaaten ausgesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht. In den letzten Jahren haben sich die Todesurteile in den Bundesstaaten um 10 Prozent erhöht.



Wellenlänge

Fotografieren von DOMINIK OBERHIES

Wenn Eltern ihre Kinder quälen

PETER LAUDON, London

Im Saal wurde es still. Der Herzog von Westminster hielt eine elektrische Kochplatte empor. Hiermit wurde ein kleines dreijähriges Mädchen von seinen eigenen Eltern schrecklich verbrannt.

In einer Grußadresse erklärte die Prinzessin, die auch Präsidentin des Kinderschutzbundes ist: „Es erscheint unglaublich, daß in diesem Land jedes Jahr Tausende von Kindern unter Vernachlässigung, körperlichen oder seelischen Grausamkeiten leiden müssen – oder auch nur ungeliebt sind.“ Die Premierministerin, die einen persönlichen Scheck ausgestellt hatte, ließ sagen: „Es ist zutiefst traurig, daß wir immer noch eine Gesellschaft zur Verhinderung von Grausamkeiten an Kindern brauchen. Aber es ist leider so.“

Der Kinderschutzbund will künftig auch eine größere Rolle bei der Verhinderung von Kindesmisshandlung spielen. „Mit den sechzig neuen Beratungsstellen werden wir in der Lage sein, effektiver den Kindern oder Eltern, die unsere Unterstützung brauchen, zu helfen“, sagte Gilmore. Innerhalb mehrerer Wochen soll darüber klar sein, ob es keine Schande ist, sich hilfesuchend an die Gesellschaft zu wenden. Er ging es selbst in allerschwersten Fällen häufiger, die Familie im Interesse des Kindes wieder zusammenzubringen. Mehr als neun Millionen Kindern konnte in den vergangenen hundert Jahren geholfen werden. 1982 wurden 13 862 Fälle untersucht. Davon

wurde bei etwa einem Prozent der Kinderschutzbund eingeschaltet. Aber nur sechs Elternpaare wurden angezeigt. Eine Plakataktion mit Bildern geschunden Kinder von heute und vor hundert Jahren soll die Öffentlichkeit aufmerksam machen. Der Text auf den Plakaten: „Die Gesichter ändern sich, die Wunden nicht.“ Das Motto von vor hundert Jahren gilt auch heute noch: „Das Elend und nicht die Kinder aus dem Haus schaffen.“

„Oft geht es darum, einen Kreislauf von Generation zu Generation zu durchbrechen“, meint Gilmore. Ein Kind, das von seinen Eltern geschlagen worden ist, schlägt später als Erwachsener seine eigenen Kinder. Und Norman Beggs, der Oberinspektor der Gesellschaft für die Grausamkeit, sagt: „Oft ist es schwer, seelisch misshandelten Kindern zu helfen als körperlich misshandelten. Knochenbrüche heilen schneller als seelische Wunden.“

Von einem Teil des Geldes, das die Sammelaktion einbringen soll, will der Kinderschutzbund reine Schulden in Höhe von acht Millionen Mark bezahlen. „Wir sparen schon, wo wir können“, sagt Gilmore. „Aber weitere Einsparungen würden nur noch zu Lasten der Kinder gehen können.“ Wie dringend notwendig die Arbeit ist, zeigt der jüngste Fall eines 60-jährigen, von seiner Frau verlassenen arbeitslosen Schotten, der jetzt seinen vier Kleinkindern die Kehle durchschnitten und sich selbst lebensgefährlich verletzt.

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

(SAD)

Treibhaus-Effekt der Erde schneller als befürchtet

dpa, Washington

Die Entwicklung der Erde zu einem „Treibhaus“ wird nach einer Untersuchung der US-Umweltschutzbehörde (EPA) schon 1980 einsetzen und wahrscheinlich in schnellerem Tempo – als bisher angenommen – voranschreiten. Die auch von vielen Wissenschaftlern mit Besorgnis beobachtete zunehmende Erwärmung der Erdatmosphäre werde die Nahrungsmittelproduktion erheblich verändern, zu einem Anstieg des Meeresspiegels führen, viele Küstengebiete überfluten und das Leben der Menschen vielfach beeinflussen, heißt es in dieser ersten von der Regierung erstellten und jetzt veröffentlichten Studie.

Das Klima wird sich weltweit um durchschnittlich zwei Grad Celsius bis zum Jahre 2040 und um fünf Grad bis zum Jahre 2100 erwärmen. In den Polargebieten werde der Temperaturanstieg bis zu drei Mal so stark sein und zu einer rapiden Schmelzung der Eiskappen führen. Erste Anzeichen für Klimaveränderungen könne man schon 1990 beobachten, schreiben die Experten.

Diese Berechnungen enthalten nach ihren Angaben zwar einen beträchtlichen Unsicherheitsfaktor über Tempo und Ausmaß der Erwärmung, sind aber die zur Zeit wahrscheinlichsten Annahmen. Wissenschaftler, die die Regierungstudie begutachteten, glauben, daß die Voraussagen eher zu vorsichtig seien.

Die Ursache für die zunehmende Erwärmung der Erdatmosphäre sehen die Experten im wesentlichen in dem Verbrennen fossiler Stoffe. Das dabei freigesetzte Kohlendioxid sammelt sich in der Atmosphäre. Die Sonnenstrahlen können so durch das dichter werdende Kohlendioxid hindurchdringen und die Erde erwärmen. Umgekehrt wird aber das Aufsteigen der Hitze in den Weltraum behindert.

Mögliche Veränderungen beschreiben sie so: Da die zunehmende Erwärmung regional unterschiedlich ist, werde es zu extremen Hitze-, Trocken- und Regenperioden kommen. New York könne in rund 100 Jahren ein Klima haben wie jetzt Daytona Beach im sonnenverwöhnten Florida. In manchen Gebieten könnte mehr Regen und Sonne die Agrarproduktion steigern, gegenteilige Effekte mit Kosten in Höhe von Milliarden-Dollar seien anderswo zu erwarten.

Erwirkt hat die Verfügung das Unternehmen Metro-SB-Großmärkte GmbH & Co KG, das „Unwahrscheinlich“ in dem Manuskript seines ehemaligen Angestellten entdeckt haben will. Es stimme nicht, daß Schotte-Natscheff, der das Unternehmen mit simplen Tricks in nur drei Monaten um mehr als 34 Millionen Mark betrogen hatte, in Paraguay von Metro-Mitarbeitern mit einer Trainingsgaststube zur Rückkehr nach Deutschland und Herausgabe der Millionen gezwungen worden sei. Unrichtig sei auch die Behauptung des 41-jährigen, bei der Suche nach dem Millionen-Betrüger hätten Metro-Mitarbeiter in

Südamerika ein fingiertes Fernschreiben der Düsseldorf-Kriminalpolizei vorgelegt.

Beide Vorwürfe zielen direkt auf die rechte Hand des Metro-Chefs Otto Beisheim, Hans-Jörg Herroth. Dieser hatte nach Bekanntwerden des Schwindels sofort einen Krisenstab gebildet. Privatdetektive angeheuert und neben der Polizei selbst recherchiert. Mit den Detektiven setzte er sich persönlich auf die Spur des ungetreuen Disponenten; die ihn von Paris über Rio de Janeiro in das First-Class-Hotel „Chiao“ der paraguayischen Hauptstadt Asunción führte. Dort klopfte am 2. Februar 1981 er und der Chef-Revisor der Metro, Klaus Noack, an die Tür des Zimmers 608 – die 13-tägige Flucht des Millionenbetrügers war zu Ende. Nach bisheriger Darstellung sollen die beiden Metro-Manager Schotte-Natscheff klargemacht haben, er habe keine Chance zu entkommen. Außerdem sei ein Killer-Kommando der Metro hinter ihm her, die es ebenfalls auf die Millionen abgesehen hätten. Der Ungeheure des Betrugs, Schotte-Natscheff wurde später zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Die Ermittlungen, die sich gegen insgesamt 33 Apotheker und 42 Ärzte

in Bochum richteten, hätten gezeigt, daß Affeldt nicht „das schwarze Schaf in der Bundesrepublik, sondern eines von vielen ist“. Er habe das praktiziert, was andere schon Jahre zuvor betrieben hätten. Die Staatsanwaltschaft sei von der „niedrigen Hemmschwelle“ im Heilgewerbe erschüttert gewesen. Schockiert zeigte sich Lucks darüber, daß die Ärzte bedenkenlos fast alles verschrieben, nur um von den Krankenkassen das dafür gewährte Honorar zu kassieren. Bei den Kassenspendanten hätte diese Praxis eine regelrechte „Begehrlichkeit“ erweckt. Als strafverschärfend bewertet der Staatsanwalt die Kollaboration, mit der Affeldt die Krankenkassen jahrelang betrogen habe.

Kein Verständnis zeigte Lucks dafür, daß sich Affeldt während der neun Verhandlungstage „in die Rolle des Halbmärtyrers“ geflüchtet habe und die Erpressungsversuche seiner „Klingelkinder“ für diesen „schweren fortgesetzten Betrug“ verantwortlich machte. Der Verteidiger Affeldts forderte aufgrund des Straftats der Staatsanwaltschaft eine einwöchige Bewährungszeit für sein Pildoy.

Die Ermittlungen, die sich gegen insgesamt 33 Apotheker und 42 Ärzte

in Bochum richteten, hätten gezeigt, daß Affeldt nicht „das schwarze Schaf in der Bundesrepublik, sondern eines von vielen ist“. Er habe das praktiziert, was andere schon Jahre zuvor betrieben hätten. Die Staatsanwaltschaft sei von der „niedrigen Hemmschwelle“ im Heilgewerbe erschüttert gewesen. Schockiert zeigte sich Lucks darüber, daß die Ärzte bedenkenlos fast alles verschrieben, nur um von den Krankenkassen das dafür gewährte Honorar zu kassieren. Bei den Kassenspendanten hätte diese Praxis eine regelrechte „Begehrlichkeit“ erweckt. Als strafverschärfend bewertet der Staatsanwalt die Kollaboration, mit der Affeldt die Krankenkassen jahrelang betrogen habe.

Kein Verständnis zeigte Lucks dafür, daß sich Affeldt während der neun Verhandlungstage „in die Rolle des Halbmärtyrers“ geflüchtet habe und die Erpressungsversuche seiner „Klingelkinder“ für diesen „schweren fortgesetzten Betrug“ verantwortlich machte. Der Verteidiger Affeldts forderte aufgrund des Straftats der Staatsanwaltschaft eine einwöchige Bewährungszeit für sein Pildoy.

Die Ermittlungen, die sich gegen insgesamt 33 Apotheker und 42 Ärzte

in Bochum richteten, hätten gezeigt, daß Affeldt nicht „das schwarze Schaf in der Bundesrepublik, sondern eines von vielen ist“. Er habe das praktiziert, was andere schon Jahre zuvor betrieben hätten. Die Staatsanwaltschaft sei von der „niedrigen Hemmschwelle“ im Heilgewerbe erschüttert gewesen. Schockiert zeigte sich Lucks darüber, daß die Ärzte bedenkenlos fast alles verschrieben, nur um von den Krankenkassen das dafür gewährte Honorar zu kassieren. Bei den Kassenspendanten hätte diese Praxis eine regelrechte „Begehrlichkeit“ erweckt. Als strafverschärfend bewertet der Staatsanwalt die Kollaboration, mit der Affeldt die Krankenkassen jahrelang betrogen habe.

Kein Verständnis zeigte Lucks dafür, daß sich Affeldt während der neun Verhandlungstage „in die Rolle des Halbmärtyrers“ geflüchtet habe und die Erpressungsversuche seiner „Klingelkinder“ für diesen „schweren fortgesetzten Betrug“ verantwortlich machte. Der Verteidiger Affeldts forderte aufgrund des Straftats der Staatsanwaltschaft eine einwöchige Bewährungszeit für sein Pildoy.

Die Ermittlungen, die sich gegen insgesamt 33 Apotheker und 42 Ärzte

in Bochum richteten, hätten gezeigt, daß Affeldt nicht „das schwarze Schaf in der Bundesrepublik, sondern eines von vielen ist“. Er habe das praktiziert, was andere schon Jahre zuvor betrieben hätten. Die Staatsanwaltschaft sei von der „niedrigen Hemmschwelle“ im Heilgewerbe erschüttert gewesen. Schockiert zeigte sich Lucks darüber, daß die Ärzte bedenkenlos fast alles verschrieben, nur um von den Krankenkassen das dafür gewährte Honorar zu kassieren. Bei den Kassenspendanten hätte diese Praxis eine regelrechte „Begehrlichkeit“ erweckt. Als strafverschärfend bewertet der Staatsanwalt die Kollaboration, mit der Affeldt die Krankenkassen jahrelang betrogen habe.

Kein Verständnis zeigte Lucks dafür, daß sich Affeldt während der neun Verhandlungstage „in die Rolle des Halbmärtyrers“ geflüchtet habe und die Erpressungsversuche seiner „Klingelkinder“ für diesen „schweren fortgesetzten Betrug“ verantwortlich machte. Der Verteidiger Affeldts forderte aufgrund des Straftats der Staatsanwaltschaft eine einwöchige Bewährungszeit für sein Pildoy.

Die Ermittlungen, die sich gegen insgesamt 33 Apotheker und 42 Ärzte

Kosmonauten im All gestrandet?

AP, Moskau

Die UdSSR hat gestern einen britischen Fernsehbericht dementiert, nach dem die sowjetische Raumstation Salut 7 manövrierunfähig und damit die beiden Kosmonauten Wladimir Ljuchow und Alexander Alexandrow „im Weltall“ gestrandet“ sein sollen. Die britische Fernsehstation BBC hatte Dienstagabend gemeldet, durch ein in ihrem Treibstoffbehälter aufgetretenes Leck sei Salut 7 praktisch nicht mehr zu steuern. Man wisse nicht, wie es die sowjetische Bodenkontrolle bewerkstelligen werde, die beiden Kosmonauten zur Erde zurückzubringen. Daraufhin teilte ein Sprecher der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften gestern in Moskau mit, es habe kein Leck gegeben. Der Flug werde normal fortgesetzt und den Kosmonauten gehe es gut.

„Irrtum“ teuer versteigert

dpa, Hamburg

Für 74 000 Mark hat gestern in Hamburg der „Geschichte-Irrtum“ auf einer Briefmarken-Auktion den Besitzer gewechselt. Die nicht in den Umlauf gebrachte Marke „Olympiade 80“ hatte Elisabeth Gschelke versehentlich auf eine Postkarte geklebt und abgeschickt. Die Marke ist der Entwurf einer Olympia-Sondermarke, die sich im Besitz des damaligen Postministers Kurt Gschelke befand. Von dieser Reihe sind nur vier Marken bekannt.

Kissinger in „Denver Clan“?

SAD, London

Henry Kissinger, früherer US-Außenminister und derzeit Leiter des amerikanischen Beraterstabes von Präsident Ronald Reagan, spielt demnach in „Denver Clan“ mit. Er hat sich von der Alexander-Darstellerin Joan Collins dazu überreden lassen. Auf die Frage, wie die das geschafft habe, antwortete die Collins dem Londoner „Daily Mirror“: „Er ist ja so ein entgegenkommender Mensch.“ Die „Denver Clan“-Folge mit Kissinger wird in Amerika im Dezember ausgestrahlt.

Riesiger Kokain-Fang

APF, San José de Costa Rica

Auf dem Flughafen von San José de Costa Rica sind Dienstagabend 600 Kilogramm Kokain im Schiffsverbot von 325 Millionen Dollar beschlagnahmt worden. Es handelt sich um einen der größten Fische in der Geschichte der Drogenbekämpfung. Zwei Drogenhändler wurden verhaftet.

Ungesunde Bildschirmarbeit

APF, Washington

Menschen, die regelmäßig an Bildschirmgeräten arbeiten, leiden häufiger an Augen- und Kopfschmerzen als an traditionellen Arbeitsplätzen eingesetzte Personen. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung, die der amerikanische Kongress veranlaßt hat.

Anzeige

Mit uns erfolgreich tagen.

hotel nikko düsseldorf

Verkaufsdirektion

Telefon: 0211/86 61 - Telefax: 8 582 080

Immermannstr. 41 - D-4000 Düsseldorf 1

ZU GUTER LETZT

Zwanzig Jahre unfallfreie Fahren ohne Führerschein – wurde nicht primiert, meldete die französische Nachrichtenagentur Agence France Press.

Südamerika ein fingiertes Fernschreiben der Düsseldorf-Kriminalpolizei vorgelegt.

Beide Vorwürfe zielen direkt auf die rechte Hand des Metro-Chefs Otto Beisheim, Hans-Jörg Herroth. Dieser hatte nach Bekanntwerden des Schwindels sofort einen Krisenstab gebildet. Privatdetektive angeheuert und neben der Polizei selbst recherchiert. Mit den Detektiven setzte er sich persönlich auf die Spur des ungetreuen Disponenten; die ihn von Paris über Rio de Janeiro in das First-Class-Hotel „Chiao“ der paraguayischen Hauptstadt Asunción führte. Dort klopfte am 2. Februar 1981 er und der Chef-Revisor der Metro, Klaus Noack, an die Tür des Zimmers 608 – die 13-tägige Flucht des Millionenbetrügers war zu Ende. Nach bisheriger Darstellung sollen die beiden Metro-Manager Schotte-Natscheff klargemacht haben, er habe keine Chance zu entkommen. Außerdem sei ein Killer-Kommando der Metro hinter ihm her, die es ebenfalls auf die Millionen abgesehen hätten. Der Ungeheure des Betrugs, Schotte-Natscheff wurde später zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Die Ermittlungen, die sich gegen insgesamt 33 Apotheker und 42 Ärzte

in Bochum richteten, hätten gezeigt, daß Affeldt nicht „das schwarze Schaf in der Bundesrepublik, sondern eines von vielen ist“. Er habe das praktiziert, was andere schon Jahre zuvor betrieben hätten. Die Staatsanwaltschaft sei von der „niedrigen Hemmschwelle“ im Heilgewerbe erschüttert gewesen. Schockiert zeigte sich Lucks darüber, daß die Ärzte bedenkenlos fast alles verschrieben, nur um von den Krankenkassen das dafür gewährte Honorar zu kassieren. Bei den Kassenspendanten hätte diese Praxis eine regelrechte „Begehrlichkeit“ erweckt. Als strafverschärfend bewertet der Staatsanwalt die Kollaboration, mit der Affeldt die Krankenkassen jahrelang betrogen habe.

Kein Verständnis zeigte Lucks dafür, daß sich Affeldt während der neun Verhandlungstage „in die Rolle des Halbmärtyrers“ geflüchtet habe und die Erpressungsversuche seiner „Klingelkinder“ für diesen „schweren fortgesetzten Betrug“ verantwortlich machte. Der Verteidiger Affeldts forderte aufgrund des Straftats der Staatsanwaltschaft eine einwöchige Bewährungszeit für sein Pildoy.

Die Ermittlungen, die sich gegen insgesamt 33 Apotheker und 42 Ärzte

in Bochum richteten, hätten gezeigt, daß Affeldt nicht „das schwarze Schaf in der Bundesrepublik, sondern eines von vielen ist“. Er habe das praktiziert, was andere schon Jahre zuvor betrieben hätten. Die Staatsanwaltschaft sei von der „niedrigen Hemmschwelle“ im Heilgewerbe erschüttert gewesen. Schockiert zeigte sich Lucks darüber, daß die Ärzte bedenkenlos fast alles verschrieben, nur um von den Krankenkassen das dafür gewährte Honorar zu kassieren. Bei den Kassenspendanten hätte diese Praxis eine regelrechte „Begehrlichkeit“ erweckt. Als strafverschärfend bewertet der Staatsanwalt die Kollaboration, mit der Affeldt die Krankenkassen jahrelang betrogen habe.

Kein Verständnis zeigte Lucks dafür, daß sich Affeldt während der neun Verhandlungstage „in die Rolle des Halbmärtyrers“ geflüchtet habe und die Erpressungsversuche seiner „Klingelkinder“ für diesen „schweren fortgesetzten Betrug“ verantwortlich machte. Der Verteidiger Affeldts forderte aufgrund des Straftats der Staatsanwaltschaft eine einwöchige Bewährungszeit für sein Pildoy.

Die Ermittlungen, die sich gegen insgesamt 33 Apotheker und 42 Ärzte

in Bochum richteten, hätten gezeigt, daß Affeldt nicht „das schwarze Schaf in der Bundesrepublik, sondern eines von vielen ist“. Er habe das praktiziert, was andere schon Jahre zuvor betrieben hätten. Die Staatsanwaltschaft sei von der „niedrigen Hemmschwelle“ im Heilgewerbe erschüttert gewesen. Schockiert zeigte sich Lucks darüber, daß die Ärzte bedenkenlos fast alles verschrieben, nur um von den Krankenkassen das dafür gewährte Honorar zu kassieren. Bei den Kassenspendanten hätte diese Praxis eine regelrechte „Begehrlichkeit“ erweckt. Als strafverschärfend bewertet der Staatsanwalt die Kollaboration, mit der Affeldt die Krankenkassen jahrelang betrogen habe.

Kein Verständnis zeigte Lucks dafür, daß sich Affeldt während der neun Verhandlungstage „in die Rolle des Halbmärtyrers“ geflüchtet habe und die Erpressungsversuche seiner „Klingelkinder“ für diesen „schweren fortgesetzten Betrug“ verantwortlich machte. Der Verteidiger Affeldts forderte aufgrund des Straftats der Staatsanwaltschaft eine einwöchige Bewährungszeit für sein Pildoy.

Die Ermittlungen, die sich gegen insgesamt 33 Apotheker und 42 Ärzte

in Bochum richteten, hätten gezeigt, daß Affeldt nicht „das schwarze Schaf in der Bundesrepublik, sondern eines von vielen ist“. Er habe das praktiziert, was andere schon Jahre zuvor betrieben hätten. Die Staatsanwaltschaft sei von der „niedrigen Hemmschwelle“ im Heilgewerbe erschüttert gewesen. Schockiert zeigte sich Lucks darüber, daß die Ärzte bedenkenlos fast alles verschrieben, nur um von den Krankenkassen das dafür gewährte Honorar zu kassieren. Bei den Kassenspendanten hätte diese Praxis eine regelrechte „Begehrlichkeit“ erweckt. Als strafverschärfend bewertet der Staatsanwalt die Kollaboration, mit der Affeldt die Krankenkassen jahrelang betrogen habe.

Kein Verständnis zeigte Lucks dafür, daß sich Affeldt während der neun Verhandlungstage „in die Rolle des Halbmärtyrers“ geflüchtet habe und die Erpressungsversuche seiner „Klingelkinder“ für diesen „schweren fortgesetzten Betrug“ verantwortlich machte. Der Verteidiger Affeldts forderte aufgrund des Straftats der Staatsanwaltschaft eine einwöchige Bewährungszeit für sein Pildoy.

Die Ermittlungen, die sich gegen insgesamt 33 Apotheker